Nr. 279. 30. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando bei Kreuzbandlieferung 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungspreisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 24. Oktober 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Krupp vor Gericht.

Wer es nicht gewußt hätte, daß sich in dem großen Schwurgerichtssaal in Moabit ein politischer Sensationsprozeß abspielt, hätte es aus der Physiognomie des Sitzungssaals nimmermehr gemerkt. Da sah alles so schläfrig und gleichgültig aus. Die Verhandlung säuselte an diesem ersten Tage gemütlich und geruhsam dahin, und man mußte ordentlich die Ohren spitzen, um dem Gang der Verhandlung folgen zu können. Das Bäckerdutzend Journalisten bekämpfte hartnäckig den Gähnkrampf und in dem Zuschauerraum klafften breite Lücken. Vermutlich lag das nicht an der Interessenlosigkeit des Publikums, sondern der Fürsorglichkeit des Gerichtshofes, der die ohnehin miserable Luft des Raumes für die zu erwartenden Dauersitzungen nicht noch mehr verschlechtert haben wollte. Jedenfalls waren schon am Eingang des Gerichtsgebäudes zwei Beamte postiert, die nur dem Passage gewährten, der sich durch eine Zeugenladung oder einen sonstigen Zutrittsausweis legitimieren konnte.

Trotzdem: der Prozeß der Hedwig Müller hat die bürgerliche Oeffentlichkeit sicher ganz anders elektrisiert. Das war ja auch eine Mordaffäre mit pikantem Beigeschmack, während es sich hier ja „nur" um ein politisches Panama handelte. Nur darum, ob die Firma Krupp ein gesetzwidriges Spionagesystem zum Schaden ihrer Konkurrenten und des Staates unterhalten hat. Nicht die Firma Müller oder Schulze, sondern die allmächtige Kanonenfirma Krupp, eine der stärksten Säulen unseres Militarismus, eine der festesten Trutzburgen eines brutalen Industriefeudalismus, einer antisozialen Arbeiterknebelungspolitik. Nur darum also handelt es sich, ob dieser Staat im Staate, diese politische Macht ihr Geld und ihr Ansehen dazu mißbraucht hatte, um systematisch Korruption zu züchten zur weiteren Festigung ihrer unheilvollen Monopol- und Korruptionsherrschaft. Daß ein solcher Prozeß keine sensationsgierigen Weiber aus Berlin WW herbeilocken würde, war ja anzunehmen; aber daß er auch die politischen Kreise des Bürgertums so wenig interessiert, ist nur ein Beweis mehr dafür, daß es unserer Bourgeoisie auf eine Portion Korruption mehr oder weniger nicht groß ankommt, ja daß man am liebsten die Akten über den Krupp-Skandal schon längst geschlossen hätte. Daß der Schmiergelderunfug die Seele unseres kapitalistischen Geschäfts ist, weiß man ja nur zu gut, und deshalb sollte man von der einen Schmieraffäre, so meinen sie, nicht allzuviel Aufhebens machen. Denn schließlich kommt die Aufdeckung solch' kapitalistischer Korruption doch nur der Sozialdemokratie zugute. Also schließen wir nach Möglichkeit beide Augen!

Ja, wenn nur die Krupp-Affaire so leicht totzuschweigen und totzuöden wäre. Aber das geht denn doch nicht so einfach. Denn man weiß sich unter scharfer Kontrolle. Und schließlich blitzt auch aus den langweiligsten Verhandlungen hier und da ein so helles Licht auf, daß es auch dem Schwachsichtigsten in die Augen sticht.

Daß der erste Tag der Verhandlungen nichts sonderlich Neues bot, ist der nun einmal unvermeidlichen Abwickelung des prozessualen Geschäftsganges geschuldet. Brandts Darstellung seines „Informationsdienstes" ist ja dem Leser des Kriegsgerichtsprozesses hinlänglich bekannt. Aber die Moabiter Strafkammer muß die abgeleierten Geschichten aus dem Prozeß gegen die sieben Zeugoffiziere noch einmal mit einem feierlichen Ernst abhandeln, als gelte es, funkelnagelneue Entdeckungen zu machen, während doch erst die Aussagen neuer Zeugen neue und interessante Momente bringen können.

Immerhin boten auch die Verhandlungen vom Donnerstag einiges Bemerkenswerte. Herr Maximilian Brandt ist seit seiner Verwandlung vom Zeugen zum Angeklagten noch diplomatischer geworden. Das ihm Unangenehme hat er vollends vergessen. Jedoch gibt er — ein Mann von Welt, der er nun einmal ist — die „Möglichkeit" irgend einer Aeußerung oder eines Faktums allemal dann bereitwilligst zu, wenn sich die Sache zu seinem Vorteil verwerten zu lassen scheint. Nur die kompromittierenden Geständnisse, die ihm seinerzeit bald nach seiner Verhaftung entschlüpft sind, werden ihm immer mehr zu Ausgeburten einer nervös überreizten Phantasie, von denen er sich heute mit Schaudern wendet!

Auch hat man jetzt eine neue Lesart dafür entdeckt, warum Brandt 1905 nach Berlin geschickt worden ist. Ein Toter trägt die Verantwortung dafür, der verstorbene Herr v. Schütz. Wie war dieser Mann seinerzeit von den Kruppdirektoren und auch Mitgliedern des Kriegsgerichts als leuchtendstes Vorbild eines Ehrenmannes gepriesen worden. Und nun soll just er es gewesen sein, der Brandt nach Berlin holte und mit klugen und vorsichtigen Worten und pfiffigem Augenzwinkern mit einer „Funktionszulage" von jährlich diversen Tausenden auf die Zeugoffiziere losließ. Natürlich pries ja Herr v. Schütz die Dienste des Brandt dem Direktorium, in so hohen Tönen an deshalb weil es dieser gerissene Feuerwerker d. D. verstehe, die Staatsgeheimnisse aus seinen militärischen Freunden „ohne direkte Bestechung" und auf „legalem Wege" herauszuholen. Herr v. Schütz war selbstverständlich gleich den anderen Mitwissern aus dem hohen Beamtenstabe der Firma Krupp felsenfest davon überzeugt, daß ihr Agent Brandt seine Werkzeuge stets nur freundschaftlich regaliere, niemals aber schmiere oder gar durch Geschenke bestehe. Daß die betreffenden Dienstgeheimnisse nur unter Bruch strengster militärischer Vorschriften erlangt worden sein konnten, machte den ehemaligen hohen Offizieren und Justizbeamten, die nunmehr die hohen Staatsämter des Königreichs Krupp bekleideten, erst recht keine Gewissensskrupel!

Als wie wertvolle Kraft aber die Firma Krupp den Lieferanten der „Kornwalzer" betrachtete, beweist die noch einmal genau ermittelte Bemessung seines Gehalts. In Essen erhielt Brandt 1904 insgesamt 4300 M. Gehalt. Bei der 1905 erfolgten Versetzung nach Berlin bekam er 5200 M. Gehalt und 300 M. Wohnungsgeldzuschuß, dazu 2000 M. „Funktionszulage", in Summa also 7500 M. Im Jahre 1912 dagegen setzten sich seine Bezüge folgendermaßen zusammen: 7000 M. Gehalt, 2000 M. Weihnachtsgratifikation, 1000 M. Extragratifikation und 3500 M. Funktionszulage. Insgesamt bezog Herr Brandt 1912 also nicht weniger als 13 500 M.! Und mit dem Einkommen des Brandt war auch sein Selbstbewußtsein der Firma Krupp gegenüber gewachsen, wie jener Brief beweist, in dem er energisch um Vorschuß seiner „Funktionszulage" ersuchte, um — eine Reise ins Gebirge antreten zu können. Herr Brandt wußte eben sehr gut, was er der Firma Krupp wert war und was er sich ihr gegenüber als Mitwisser ihrer empfindlichsten, und lichtscheuesten Geheimnisse herausnehmen konnte! Eher konnte man den Vorgesetzten Brandts, Herrn v. Metzen, über die Klinge springen lassen, als diesen unheimlichen Subalternen mit dem Generalsgehalt.

Seltsam mutete es endlich an, daß man in der Verhandlung zeitweilig wähnen konnte, nicht die Herren Brandt und Eccius seien das Objekt der Anklage, sondern der Zeuge v. Metzen. Daß die Verteidiger der beiden Krupp-Beamten Herrn v. Metzen der wahrheitswidrigen Verunglimpfung ihrer unantastbaren Klienten bezichtigten, ist ja begreiflich, aber der Vorsitzende hätte diesen temperamentvollen Vorstößen gegenüber immerhin feststellen können, daß Herr v. Metzen ja der zuerst Angegriffene war und jetzt nur den Spieß umgedreht hat. Auch könnte die Bemerkung des Staatsanwalts, daß er besonders darüber wachen werde, ob der Zeuge v. Metzen seine Zeugenaussage nicht durch Parteilichkeit treiben lasse, immerhin als eine Art Warnung aufgefaßt werden, über deren Berechtigung oder Nichtberechtigung doch erst der weitere Verlauf des Prozesses Aufschluß zu geben vermag. Jedenfalls aber ist es charakteristisch, daß gerade der Kruppbeamte sich am grimmigsten angefeindet und am argwöhnischsten belauert sieht, der — wes Geistes Kind er sonst immer sein möge — nachweislich zuerst lebhafte Bedenken gegen das verbrecherische System der Brandtschen Spionage erhoben hat!

Das Scheitern der Großblocktaktik.

Das Auffallendste an dem Ergebnis der badischen Wahlen ist der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen, der in solchem Ausmaß glücklicherweise ein ganz vereinzeltes Ereignis ist. Gewiß ist es richtig, daß diesmal eine so wirksame Wahlparole fehlte, wie sie bei den letzten Landtagswahlen 1909 und auch bei den Reichstagswahlen der Kampf gegen die Finanzreform bot. Das Bedenkliche ist aber gerade, daß es in Baden nicht gelungen ist, die Scharen, die die Kämpfe der letzten Jahre unserer Partei zugeführt haben, festzuhalten und zu überzeugten, prinzipienfesten Sozialdemokraten zu machen. Das allzu enge Zusammengehen mit den Liberalen erschwert eben jene unausgesetzte grundsätzliche Aufklärungsarbeit, die das Sozialistische in den Vordergrund rückt und es allein ermöglicht, die neugewonnenen oder noch indifferenten Schichten zu überzeugten Parteigenossen zu machen. Es erschwert auch die Werbearbeit unter den Zentrumsarbeitern, bei denen die verlogene Agitation ihrer Führer, die uns mit den liberal-bourgeoisen Parteien in einen Topf wirft, dann nur noch leichter Glauben findet.

Auf der andern Seite hat sich jetzt auch in Baden wie früher in Belgien und zum Teil in Bayern gezeigt, wie unzuverlässig die bürgerliche Bundesgenossenschaft ist. Ein Teil des Bürgertums ist offenbar ins reaktionäre Lager hinübergeschwenkt. Die kleinbürgerliche und kleinbäuerliche Demokratie schwindet auch im Süden immer mehr, die Reaktion nimmt zu und der Kampf für politische Freiheit und Gleichheit wird immer mehr zur Sache der Arbeiterklasse allein.

So schafft der badische Wahlausgang auch für das Reich eine ernste Situation, und die Gefahr der Beherrschung des deutschen Südens durch die klerikal-konservative Reaktion ist im Wachsen. Deshalb ist es jetzt die dringendste Aufgabe unserer Parteigenossen, alle Kraft daranzusetzen, um bei den Stichwahlen dem klerikal-konservativen Block möglichst Abbruch zu tun und den vollständigen Sieg der Reaktion zu hindern. Nichts wäre schlimmer, als den Mut sinken zu lassen und nicht alle Kraft für die Stichwahlen einzusetzen. Gewiß, wir haben eine Bataille verloren. Aber für uns, die wir keine Partei der Wahlpolitik sind, hat eine solche Niederlage keine Schrecken. Sie muß uns ein Ansporn sein, unsere Anstrengungen zu vermehren und die richtigen Lehren rücksichtslos zu ziehen. Auch in Baden zeigt es sich, daß wir uns nur auf die eigene Kraft verlassen können. Aber die Kraft des Proletariats wächst unaufhaltsam und deshalb kann unser Fortschritt zwar einmal vorübergehend gehemmt, aber nicht auf die Dauer aufgehalten werden.

Ueber den Wahlausfall wird uns aus Mannheim noch geschrieben:

Zentrum und Konservative sind des Jubels voll; sie hoffen, das gesteckte Ziel, die seit 1905 mit allen, auch den unlautersten Mitteln angestrebte Mehrheit in der Zweiten Kammer zu erringen. Und es muß zugegeben werden, daß auf den ersten Blick ihre Hoffnungen einer gewissen Berechtigung nicht entbehren. Das Zentrum, das 1905 28 und 1909 26 Sitze insgesamt inne hatte, hat bereits 30 Sitze im ersten Wahlgange erobert. Da den Konservativen mit Hilfe des Zentrums 4 Sitze zugefallen sind, so fehlen diesen beiden reaktionären Parteien nur noch drei Mandate zu der absoluten Mehrheit. Da nun mehrere Nationalliberale aber ihr Mandat nur der Unterstützung des Zentrums zu verdanken haben, so ist nach früheren Erfahrungen anzunehmen, daß diese nationalliberalen Zentrumshörigen in manchen wichtigen Fragen mit Zentrum und Konservativen stimmen werden. Auffallend ist, daß das Zentrum in den meisten Wahlkreisen einen nicht unerheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hat. Richtig ist allerdings, daß der Verlust von 18 000 Stimmen, die Zentrum und Konservative 1909 zu buchen hatten, zum Teil auf die damalige Steuermacherei im Reich zurückzuführen ist. Aber eine ausreichende Erklärung ist das nicht.

Wenn die Resultate aus den einzelnen Orten vorliegen, wird zu prüfen sein, welche Hauptursachen das Wahlresultat für uns so ungünstig beeinflußt haben. So weit sich jetzt übersehen läßt, werden wir einen Stimmenverlust von etwa 11 000 zu verzeichnen haben. Diese unangenehme Erscheinung wird durch den vor vier Jahren gemachten Gewinn von 35 000 Stimmen etwas gemildert.

Im ersten Wahlgang haben wir 9 Mandate erobert. Davon ist eins (Mannheim IV) zum erstenmal uns von den Nationalliberalen zugefallen. Das war aber auch nur möglich dadurch, daß drei Arbeitervororte eingemeindet wurden. Dafür sind wir dann aber in Mannheim-Land in die Stichwahl gedrängt. In Mannheim haben wir unsere frühere Stimmenziffer um ein Geringes gesteigert, was aber durch die Vergrößerung des Stadtgebietes und der Wählerzahl eine prozentuale Abnahme von 54½ auf 52 Proz. der abgegebenen Stimmen bedeutet. Ungünstiger ist das Wahlergebnis in Karlsruhe, wo wir von 7850 auf 7672, und in Freiburg, wo wir von 2879 auf 2062 Stimmen heruntergingen. In Karlsruhe erhielten Nationalliberale und Freisinnige 1909 7993 und jetzt 7008 Stimmen. In Freiburg hatte das Zentrum vor vier Jahren 4931 Stimmen, die es jetzt auf 5119 zu steigern vermochte.

Der auf den 30. Oktober angesetzte zweite Wahlgang wird unserer Partei voraussichtlich noch 6 bis 7 Mandate bringen, so daß wir mindestens mit 15 Abgeordneten gegen 20 in der letzten und 12 in der vorletzten Legislaturperiode vertreten sein werden. Die Nationalliberalen haben jetzt 8 Mandate und werden voraussichtlich mit mehr als 17 Mandaten, die sie jetzt hatten, zurückkehren. Die Fortschrittler haben im ersten Wahlgang nur ein Mandat erobert; sie dürften ihre alte Ziffer von sieben schwerlich wieder erreichen.

Die badische Parteipresse über das Wahlergebnis.

Karlsruher „Volksfreund": Die Wahlschlacht ist leider nicht so ausgefallen, wie wir es gewünscht und erhofft hatten. Die Linke hat eine Niederlage erlitten, die Reaktion ist auf dem Vormarsche begriffen. Diese Tatsache vertuschen zu wollen, wäre ebenso sinnwie zwecklos.

Wir sind von diesem Resultat nicht überrascht, es enthält auch keinerlei Merkmale, die uns besonders pessimistisch stimmen könnten. Wir haben vor vier Jahren einen anormal großen Erfolg, sowohl hinsichtlich der Stimmen als der Mandatszahl erreicht, und daß dieser anormale Erfolg einen Rückschlag nach sich ziehen wird, stand für uns schon damals fest. Ist doch unsere Stimmenzahl im Jahre 1909 um 38 Proz. in die Höhe geschnellt und unsere Mandatszahl um mehr als das Doppelte. Solche unter außergewöhnlichen Verhältnissen errungenen Wahlerfolge können nur unter außergewöhnlichen Verhältnissen auch gehalten werden. Die lagen aber diesmal nicht vor. Der deutsche Michel hat die blutigen Nackenschläge, welche ihm die schwarz-blaue Reaktion im Jahre 1909 mit der Reichsfinanzreform verabreicht hatte, längst vergessen und trottet wieder im alten Geleise weiter. Irgendwelche Frage, die geeignet gewesen wäre, die Volksseele ins Wallen zu bringen, lag nicht vor. So mußte man in unserer Partei von vornherein damit rechnen, daß ein nicht unerheblicher Teil der im Jahre 1909 unter der Stimmung gegen die Reichsfinanzreform gewonnenen Stimmen wieder verloren geht und daß auch einige dieser Stimmung zu verdankende Mandate verloren gehen werden.

Insofern ist das Resultat des gestrigen Wahltages sehr bedauerlich. Die Reaktion hat diesmal alle Minen springen lassen. So demagogisch ist in Baden noch nie ein Wahlkampf geführt worden. Dazu kommt weiter, daß die Klerisei, und nicht nur die katholische, im ganzen Lande gegen den Großblock mobil gemacht wurde. Insbesondere die katholische Geistlichkeit hat in einer Weise sich in den Wahlkampf gestürzt, wie nie zuvor, das zeigen die überraschend großen Stimmenzahlen, welche sowohl die Kandidaten des Zentrums als auch die von diesem unterstützten konservativen Kandidaten erhielten. Die verlogene Parole von der „gefährdeten Religion" hat gezogen.

Trotzalledem brauchen wir nicht entmutigt zu sein, die Sozialdemokratie am allerletzten. Auch in Baden wird es wieder aufwärts gehen. Die Wurzeln unserer Kraft liegen nicht in den Wahlerfolgen, sie liegen tiefer. Wir haben eine Wahlniederlage erlitten, aber wir sind nicht besiegt. Der Zug nach rechts ist eine vorübergehende Erscheinung.

„Mannheimer Volksstimme": Immerhin steht soviel fest, daß die Mehrheit der Linken in der Zweiten Kammer stark gefährdet ist, und daß es deshalb bis zum zweiten Wahlgang der Anspannung aller ihrer Kräfte bedarf, wenn das badische Land

von einer schwarzblauen Parlamentsmehrheit verschont bleiben soll. Die Mittel und Wege zu finden, wie das letztere am sichersten zu erreichen ist, das wird die Aufgabe der Parteileitungen der Linken sein. Das Schlimmste kann bei allseitigem gutem Willen ohne Zweifel noch abgewendet werden. Was von unserer Seite getan werden kann, um diesen Erfolg zu sichern, das wird ohne Zweifel geschehen. Wir haben jetzt keinen Anlaß dazu, die Nationalliberalen den Mandatsgewinn entgelten zu lassen, den sie sich in Heidelberg-Land und Heidelberg-Eberbach auf unsere Kosten mit Hilfe der Wackerschen verschafft haben. Es ist also anzunehmen, daß der Großblock, der nun schon zweimal das Land mit Erfolg vor einer klerikal-konservativen Mehrheit behütet hat, auch für den bevorstehenden zweiten Wahlgang wieder zustande kommt und dabei zum dritten Male seinen Zweck erreicht. . .

Was die Stimmenzahl der Sozialdemokratie betrifft, so war von vornherein zu erwarten, daß die ungewöhnlich hohen Stimmziffern, die unsere Partei 1909, bei den Wahlen, die unter dem unmittelbaren Einfluß der eben vollendeten volksfeindlichen Steuerreform stattfanden, erzielt hatte, sich diesmal kaum werden halten lassen. Andererseits war die Kampfesweise des Rechtsblocks, insbesondere die des Zentums, diesmal eine derart niedrige, aller politischen Moral bare, und wurde insbesondere die Religion in so schamloser Weise in den Wahlkampf hineingezerrt, daß es wahrhaft wunder nimmt, wenn der bis zur höchsten Leidenschaft entfachte religiöse Fanatismus gewisser Volkskreise sich nicht noch in schlimmeren Ausbrüchen kund tat, als es da und dort im Lande ohnehin schon geschehen ist.

„Freiburger Volkswacht“: Das ist das wesentliche Ergebnis des ersten Wahlganges. Wir sind enttäuscht, aber nicht mutlos. Man mußte damit rechnen, daß der rapide Erfolg von 1909 schwer aufrecht erhalten werden konnte. Die Empörung der badischen Landtagswähler über die erbärmliche Reichsfinanzreform drückte vor vier Jahren manchem Wähler den sozialdemokratischen Stimmzettel in die Hand, der sich sonst nicht zu den Ideen unserer Partei bekannte.

Dazwischen liegen nun vier Jahre der infernalischen Hetze des Zentrums und seiner Presse gegen die Sozialdemokratie und den Großblock, eine systematische Agitation gegen uns auf dem Lande wie in der Stadt, ein stetiges Betonen der sozialdemokratischen Gefahr in Baden, ein Denunziantenwesen schlimmster Sorte für jeden, der nicht zum schwarzblauen Block gehörte. Dazu kam ein gewisser Mißmut in den Reihen der sogen. Rechtsnationalliberalen, der verkappten Konservativen, die ihre Partei nach rechts drängen wollten und bei der jetzigen Wahl mit der Rastatterei und anderen Symptomen der inneren Parteizersetzung aufwarteten. . . .

Auch fehlte es an einer auch nur einigermaßen zugkräftigen Wahlparole für die Sozialdemokratie und für die gesamte Linke. Ihre Wähler wurden nicht durch ein momentanes politisches Ereignis aufgepeitscht, und die Reaktion brachte auch den letzten Mann auf die Beine. Das erklärt unseren Stimmenrückgang. Denn wir dürfen getrost behaupten, daß die Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf ihre Schuldigkeit getan, daß sie an Agitation und an intensiver Versammlungstätigkeit nichts fehlen ließ.

Trotz alledem: Kopf hoch! Wir haben einen starken Stimmenverlust erlitten und müssen auch mit Mandatsverlusten rechnen. Aber zum Pessimismus, zur tatenlosen Klage liegt keine Veranlassung vor. Unser Aufstieg war in Baden zu jäh, es mußte die normale Entwickelung unserer Partei Platz greifen. Jetzt heißt es alle Kraft für den zweiten Wahlgang einsetzen. Wir müssen zeigen, daß uns die Erfolge des Zentrums und der Konservativen nur um so eifriger anspornen, den sozialdemokratischen Trotz, die proletarische Energie umzuwandeln in echte und rechte Kampfeslust. Dann können wir auch den Ausgang des badischen Landtagswahlkampfes von 1913 ertragen.

Auswanderungsskandal.

Aus Wien wird uns vom 22. dieses Monats geschrieben:

Es ist ein echt österreichischer Skandal, der mit der Verfolgung der Direktoren und Agenten der Canadian-Pacific-Schiffahrtsgesellschaft offenkundig geworden ist und über den nun immer wunderbarere Einzelheiten bekannt werden. Die Canadian war, als sie vor fünf Jahren zum Geschäftsbetriebe zugelassen wurde, ein Teil des nordatlantischen Schiffahrtspools. Sie trennte sich im vorigen Jahre von dem Trust des Herrn Ballin und erhielt vom österreichischen Handelsministerium die Bewilligung zur Errichtung einer eigenen Schiffahrtsverbindung, die die Auswanderung von Oesterreich über Triest leiten sollte. Die Erteilung dieser Bewilligung wird von der österreichischen Regierung damit begründet, daß mit der Leitung des Auswanderungsverkehrs über Triest der eigene Verkehr und der eigene Hafen gehoben wird. Diese sachliche Begründung hat sicherlich etwas für sich; aber bloß mit sachlichen Argumenten wird diese Konzession nicht erworben worden sein. Es werden dabei auch andere mitgespielt haben. Auch in Wien haben die ungarischen Gewohnheiten, wonach bei großen Geschäften für Wahlkosten und Dispositionsfonds geopfert werden muß, Eingang gefunden, und es wird wohl etwas daran sein, wenn erzählt wird, daß die Canadian für die Bewilligung auch andere Leistungen als die sachlichen der Schiffahrt übernommen hat. Um so mehr kommt man auf den Gedanken, als sich die Canadian in Oesterreich mit einem echt amerikanischen Bluff, den Aussichtswagen, die sie den österreichischen Staatsbahnen gratis beistellt und einer sich daranschließenden pompösen Reklamefahrt, eingeführt hat. Jedenfalls war die Canadian geradezu ein Schoßkind des österreichischen Handelsamtes, besaß seine Gunst und wurde von ihm mit allen Hilfsmitteln der offiziösen Presse verteidigt. Gleichzeitig aber wurde sie von militärischer Seite aufs schärfste befehdet und als eine regelrechte Gaunerorganisation hingestellt. Die Gesellschaft soll nämlich, obwohl sie gelobt hatte, die Interessen der Wehrmacht besonders zu wahren, die „Verleitung“ von Militärpflichtigen zur Auswanderung in dem allergrößten Maßstabe unternommen haben, und das war den Militärs, die auf das Menschenfleisch ein Monopol zu haben glauben, gar nicht recht. Monatelang tobte der Kampf zwischen den militärischen Amtsstellen, die immerwährend schärfere Erlässe gegen die Gesellschaft herausgaben, und dem Handelsministerium, das die angegriffene Gesellschaft immer deckte und verteidigte. Endlich gelang es, den Kaiser und den Thronfolger für die Sache zu interessieren und ihnen einzureden, daß dieses Treiben die gesamte Wehrmacht in ihren Grundlagen bedrohe. Darauf wurde eine rücksichtslose Untersuchung angeordnet, die Verdächtigen in Haft genommen, der Betrieb wurde gesperrt und alle Schiffahrtsgesellschaften werden durchsucht und überprüft.

Wenn es also ein aufgelegter Skandal ist, daß sich derlei Auswüchse des Auswanderungsverkehrs, die doch nicht geheim bleiben konnten, gleichsam unter den Augen der Behörden abgespielt haben, und die verdächtige Gesellschaft von der Regierung noch geschützt wurde — es sollen dabei mehrere Beamte auch direkt bestochen worden sein —, so sieht die Sachlage auf der anderen Seite nicht sauberer aus. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß in dem Krieg gegen die Canadian der Pool seine Hände im Spiele hat, die Hände und vor allem auch Geld. Was die christlichsoziale Presse betrifft, voran die berüchtigte „Reichspost“, so ist es durch einen aufgefangenen Brief sichergestellt, daß die ganze wilde Kampagne von einem Agenten des Pool inspiriert und geleitet worden ist, und der Mann rühmt sich in dem Briefe selbst, daß er mit Geld reichlich versehen sei. Natürlich können die sogenannten patriotischen Momente, nämlich die Besorgnis um den Verlust, den die Wehrmacht durch den großen Abfluß von Militärpflichtigen erleidet, mitgewirkt haben; aber daß dem Pool, der mit seinen skandalösen Kontrollstationen die Vergewaltigung der Auswanderer nicht minder arg betreibt, diese idealen Beweggründe nicht bestimmt haben, daß er daran ein materielles Interesse hat, die Konkurrenzgesellschaft unmöglich zu machen und den ganzen Auswandererverkehr an sich zu reißen, ist selbstverständlich. Wie wahrscheinlich auch gewisse reichsdeutsche Blätter, die sich über die aufgedeckte Korruption der Canadian so empört zeigen, von diesem Gedankengang nicht frei sein werden. Natürlich wird bei den Schilderungen auch sehr übertrieben, und mit Absicht übertrieben. Wie die Regierung amtlich angibt, sollen in Galizien und der Bukowina etwa 80 000 Stellungspflichtige ausgeblieben sein. Aber die Zahl, erklärt sie selbst, „sei deshalb nicht so erschreckend groß, weil ja darunter Personen sind, die schon als Kinder ausgewandert und in Amerika vielleicht gestorben sind, und Personen, deren Aufenthalt nicht zu eruieren ist, endlich auch Saisonauswanderer, die zum großen Teile wieder zurückkehren, um sich bei der Nachstellung ihrer Stellungspflicht zu unterwerfen“. Es wird wohl auch das meiste, was nun von den ränkevollen Listen bei der Anwerbung von Auswanderern erzählt wird, Reporteraufschneiderei und Reklame der untersuchenden Polizeimenschen (die sich in Wien auf Reklame verstehen) sein. Denn man braucht den polnischen und ruthenischen Bauern heute weiß Gott nicht mehr zuzureden, um sie zur Auswanderung zu bestimmen.

Und das ist der dritte und ärgste Skandal, daß sich die Machthaber absichtlich blind stellen und es nicht sehen wollen, warum die Leute in Galizien der Heimat massenhaft entfliehen. Natürlich mag bei dem Steigen der Auswanderung auch die Verleitung durch die profitgierigen Schiffahrtsgesellschaften mitwirken, wohl auch die ungewöhnlich günstige Gelegenheit (es ist nämlich der Preis der Ueberfahrt durch den Konkurrenzkampf zwischen dem Pool und der Canadian auf die Hälfte herabgedrückt); aber die wahre und entscheidende Ursache ist die entsetzliche Not in den zwei Grenzländern, die die Menschen mit Verzweiflung erfüllt und mit dem sehnlichen Wunsche, sich eine neue und bessere Heimat zu suchen. In Galizien herrscht heute eine wahre Hungersnot und in den Städten müssen regelrechte Verteilungen von Lebensmitteln organisiert werden, um die Menschen vor dem Verhungern zu retten. Die Patrioten geberden sich, als ob die Bauern, die die Canadian von Oesterreich wegführt, dem bösesten Elend entgegengeführt würden und daß sie Gott weiß was verlieren, wenn sie in Kanada die österreichische Staatsbürgerschaft einbüßen; aber es wird den Leuten in Kanada unzweifelhaft besser gehen als in der galizischen Heimat, und den Verlust, kein Oesterreicher mehr zu sein, werden sie schwerlich empfinden. Galizien ist ja immer das klassische Land der Auswanderung, und ihre Ursache waren immer die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes: auf der einen Seite Latifundien, auf der anderen Zwergbesitz und überall Mangel an Industrie, die den riesigen Zuwachs von Menschen aufnehmen könnte. Nun ist zu diesen gleichsam natürlichen Vorbedingungen die Verwüstung durch die Krise gekommen; was Wunder, daß die Leute die Heimat massenhaft fliehen und dorthin auswandern, wo ihnen die Arbeit Ernährung verspricht! Diese Krise ist aber vornehmlich die Wirkung jener auswärtigen Politik, die das Grenzland durch Monate in Beunruhigung versetzte, die Geldverhältnisse verschlechterte, der produktiven Arbeit die Hilfsquellen entzog. Die gewissenlosen Direktoren und Agenten der Canadian mögen die Leute zur Auswanderung verlockt haben, aber die leichtfertige Politik des Grafen Berchtold, die mit der Wohlfahrt der Völker spielt, die über die Menschen Not und Elend bringt, die hat sie zu der Auswanderung geradezu gezwungen!

Politische Uebersicht.

Die Aktion gegen die Arbeitslosigkeit.

Die sozialdemokratische Fraktion wird beim Zusammentritt des Reichstages folgende Interpellation einbringen:

„Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um den schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, die durch immer wiederkehrende wirtschaftliche Krisen verschärft werden?

Ist er insbesondere bereit, eine alle Arbeiter und Angestellten umfassende reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung in die Wege zu leiten, sowie zur Bekämpfung der zurzeit besonders sich geltend machenden nachteiligen Folgen der Arbeitslosigkeit geeignete Abhilfsmittel zu ergreifen?“

Tirpitz gegen Churchill.

Einem Londoner Telegramm zufolge erklärt „Daily Chronicle“ zur Mitteilung ermächtigt zu sein, daß Staatssekretär Tirpitz positiv erklärt hat, daß Deutschland nicht von seinem festgesetzten Flottenprogramm abgehen werde.

Im Reichstag wird man ja wohl bald erfahren, welche Stellung die Regierung zu den Verhandlungsvorschlägen des englischen Marineministers einzunehmen gedenkt.

Dr. Pape als Brudermörder.

Der früher in Weißensee bei Berlin angestellte besoldete Schöffe Dr. Pape hat, wie uns telegraphisch mitgeteilt wird, in Bangkong seinen Bruder im Streite erschossen und nach der Tat sich dem deutschen Konsul gestellt. Als besoldeter Schöffe hatte er der Weißenseer Verwaltung so viel Schwierigkeiten gemacht, daß gegen ihn zweimal ein Verfahren auf Dienstentlassung schwebte. Das zweite Verfahren führte zum Ziele, im ersten war auf lebhafte Fürsprache aus den Kreisen des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nur auf die höchste zulässige Geldstrafe erkannt. Nach seiner Dienstentlassung ging Dr. Pape nach Siam. In dessen Hauptstadt leitete er mit seinem Bruder eine Apotheke. Sein Name wurde viel genannt, als er vor acht Jahren den Vorstand der Weißenseer Ortskrankenkasse seines Amtes enthob, weil aus Kassenmitteln Gelder zur Verfügung gestellt wurden, um dafür Flugblätter gegen den Alkoholismus an die Mitglieder zu verbreiten. Auf Klage hin wurde die Entsetzung des Vorstandes aufgehoben. Der Vorsitz im Gewerbegericht mußte Dr. Pape wegen gar zu falscher Rechtsprechung zuungunsten der Arbeiter einige Jahre nach seiner Amtierung genommen werden. Dr. Pape zeichnete sich als besonderer Kämpfer gegen die Sozialdemokratie aus. Nun ist diese Stütze der Mugdanesen und des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zum Brudermörder geworden.

Erleichtertes Aufatmen der „Kölner“.

Es muß doch innerhalb des Zentrums noch schlimmer stehen, als man gemeinhin annimmt. Zu Anfang dieser Woche hat Dr. Karl Bachem in Krefeld eine mehrstündige Rede gegen den ehemaligen Abgeordneten Roeren gehalten, indem er diesem Manne, der jahrzehntelang in der Zentrumspartei gefeiert wurde wie wenig andere, „unsinnigste Verdrehung“ und ähnliche Dinge vorwarf. Und nach dem Ergebnis der badischen Landtagswahlen jubelt die „Kölnische Volkszeitung“ ein über das anderemal: Ein Sieg der Kölner Richtung:

„In Baden hat nicht nur der Arbeitseifer, der arbeitswillige Optimismus der Badischen „Kölner“, wie die Außenseiter sie nannten, gesiegt, sondern auch ihre Taktik, ihre vielfach so schlecht verstandene und darum so sehr angefochtene Taktik . . .

Es ist nicht so ungefähr, daß die Dinge in Süddeutschland sich so günstig entwickeln. Dort merkt man von den Quertreibern nichts, die in einzelnen preußischen Bezirken die Parteigenossen ärgern und hier und da ihre Aktionslust hemmen. Dort läßt man den Volksverein für das katholische Deutschland in Ruhe und freut sich seiner Entwickelung, dort legt man auch den christlichen Gewerkschaften nichts in den Weg. . .“

Ob dieser Appell an gewisse deutsche Bischöfe und an Seine Heiligkeit in Rom Eindruck macht, bezweifeln wir. Solange über Köln selbst die rote Fahne weht, werden die „Kölner“ schwerlich wieder zu dem rechten Ansehen kommen. Ein Land von der wirtschaftlichen Rückständigkeit großer Teile wie Baden ist für die Kölner Taktik nicht entscheidend. Das werden sich wohl auch die Freunde der „Quertreiber“ im Zentrum sagen.

Aus dem bayerischen Landtag.

Ueber Nacht mag den bürgerlichen Parteien die Erkenntnis gekommen sein, welchen Eindruck es machen würde, wenn als einzige Partei, die für den Arbeitslosenerlaß des Prinzregenten eintrete, die Sozialdemokratie erscheine. Sowohl die Liberalen als das Zentrum ereiferten sich daher am Donnerstag, zu versichern, daß sie für die Forderung der Regierung für den Staatszuschuß der gemeindlichen Arbeitslosenversicherung eintreten würden. Der Zentrumsvertreter Ankenbrand glaubte sogar, schon die Zustimmung des Reichsrates in Aussicht stellen zu dürfen. Dabei ließen auch die Ausführungen dieses Zentrumsredners keinen Zweifel darüber, wie sehr dem Zentrum eine Arbeitslosenversicherung zuwider ist und sie erwarten nun alles von einem möglichst kraftlosen Vollzug der Arbeitslosenversicherung. Für die Sozialdemokratie redete am Donnerstag nochmals Genosse Vogel den Parteien ins Gewissen. Die Parteien sind inzwischen übereingekommen, alle Anträge zur Arbeitslosenfrage einer besonderen Kommission zu überweisen.

In einem persönlichen Nachspiel versuchte der christliche Arbeitersekretär Oswald die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß noch in der vorigen Session das Zentrum den Arbeitslosenantrag der Sozialdemokraten ablehnte, den jetzt die Regierung aufgenommen hat. An der Hand des vor ihm liegenden amtlichen Stenogramms stellte Herr Oswald fest, daß damals über den sozialdemokratischen Antrag überhaupt nicht abgestimmt worden sei. Oswald wurde sofort auf die Fälschung ertappt, daß er aus dem vor ihm liegenden Protokoll, aus dem er die Beschlüsse vorlas, einfach den seine Behauptungen widerlegenden Vermerk unterschlagen hatte. Sein Gefährte, der Zentrumsabgeordnete Schlittenhauer, mußte in der gleichen Sitzung einen beschämenden Rückzug antreten.

Zur Welfenfrage.

Der braunschweigische Landtag wurde vom Herzog-Regenten zum 27. Oktober zu einer außerordentlichen Session einberufen. Vermutlich soll er sich mit dem Regierungsantritt des Cumberländers beschäftigen.

Ausdehnung des Einjährig-Freiwilligen-Privilegs!

Eine durch die Scherlpresse verbreitete amtliche Notiz teilt mit, daß künftig nicht nur die Schüler der staatlichen oder staatlich unterstützten Baugewerksschulen und kunstgewerblichen Unterrichtsanstalten zur erleichterten Prüfung für den Einjährig-Freiwilligendienst zugelassen werden, sondern auch die Schüler der übrigen staatlichen oder staatlich unterstützten gewerblichen Fachschulen (z. B. Maschinenbauschulen, Fachschulen für Textil-, Eisen- usw. Industrie, Handwerkerschulen). Voraussetzung dafür ist die Erfüllung der allgemein bekannten Bedingungen, insbesondere gemäß § 89, 6a B.-O., der Nachweis besonders hervorragender oder kunstgewerblicher Leistungen in der Schule. Die gleiche Vergünstigung kann auch den Schülern anderer gewerblicher Fachschulen gewährt werden, sofern diese Schulen von dem Minister für Handel und Gewerbe, dem Minister des Innern und dem Kriegsminister als den staatlichen und staatlich unterstützten gewerblichen Fachschulen gleichwertig anerkannt worden sind.

Diese erweiterte Zulassung zum einjährigen Dienst nimmt der ganzen Institution nichts von ihrem Charakter als einem Privileg der Besitzenden, denn der Schüler einer der genannten Anstalten kann von dem ihm zugestandenen Vorrecht nur Gebrauch machen, wenn ihm die hierfür nicht unerheblichen Mittel zur Verfügung stehen.

Steine statt Brot.

Als würdige Volksvertretung einer Republik, in welcher der Geldsack regiert, hat sich die Hamburger Bürgerschaft bei der Abstimmung über die von unseren Genossen beantragten Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit erwiesen. Den hungernden Arbeitslosen wurden Steine statt Brot gereicht; mit Ausnahme der Vereinigten Liberalen, die allein für die sozialdemokratischen Anträge sprachen und stimmten, hat keine bürgerliche Fraktion die Pflicht des Staates, helfend einzugreifen, anerkannt, ihre Redner wetteiferten vielmehr darin, die Sozialdemokraten zu verdächtigen und ihnen vorzuwerfen, daß sie mit der Arbeitslosenfürsorge nur Parteigeschäfte besorgen wollten. Das äußerste darin leistete der schon im Bericht über die erste Sitzung erwähnte Sekretär des Unternehmerschutzverbandes Dr. Westphal, der nicht nur gegen jede Arbeitslosenunterstützung, sondern auch gegen die Forderung tariflicher Löhne wetterte. Darauf wurde ihm am vorigen Montag bei der Fortsetzung der Debatte vom Genossen Huffmeier entgegengehalten, daß er früher, als er im Dienste einer Mittelstandsvereinigung in Berlin stand, für Tarifverträge gekämpft habe. Dr. Westphal schüttelte die unbequeme Erinnerung mit einer Bemerkung ab, die zu sagen schien, daß er jetzt eben anders gesinnt sei. Vom Syndikus des Vereins Hamburger Reeder, Dr. Stubmann, wurde versucht, durch Statistiken des Hafenbetriebsvereins die Arbeitslosigkeit wegzuleugnen. Genosse Henze wies den zweifelhaften Wert solcher Zufallsstatistiken nach. Ueberdies wurde am Mittwoch, bei der Fortsetzung der Universitätsdebatte, vom Handelskammerpräsidenten Bohlen mit großer Schärfe hervorgehoben, daß wir uns mitten in einem wirtschaftlichen Niedergang schwerster Art befinden.

Die Notwendigkeit einer staatlichen Hilfeleistung für die Opfer dieser Wirtschaftskrise wurde bei der Arbeitslosendebatte trotzdem bestritten. Das einzige, wozu man sich schließlich bereitfand, war das Ersuchen an den Senat, eine Arbeitslosenzählung vorzunehmen, für den Fall größerer Arbeitslosigkeit staatliche Arbeiten in Angriff zu nehmen und tarifliche Arbeitsbedingungen vorzuschreiben. Der letztere Beschluß kam unter dem Druck einer scharfen Kritik zustande, die an der bisherigen Art der Vergebung staatlicher Arbeiten geübt wurde. Die vom Genossen Huffmeier vorgetragene Tatsache, daß jetzt, in Zeiten schwerer Arbeitslosigkeit, an Hamburger Bahnbauten die Erdarbeiten von ausländischen Arbeitern, darunter Frauen und junge Mädchen, ausgeführt werden, rief lebhafte Entrüstung auch bei der bürgerlichen Linken hervor. Glatt abgelehnt wurde dagegen der Antrag, einen Unterstützungsfonds für Arbeitslose bereitzustellen und für reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung einzutreten. Daß man von letzterer absolut nichts wissen wollte, gab unserem Genossen Winnig Veranlassung, in seinem Schlußwort den Bürgerlichen vorzuhalten, daß sie, wie Dr. Westphal es offen ausgesprochen, sich bei der Behandlung des Arbeitslosenproblems nicht von menschlichen Beweggründen, sondern vom Klassenhaß leiten lassen. Gerade dadurch zwinge man aber die Sozialdemokratie, die Arbeitslosenfürsorge zu ihrer Parteisache zu machen und sie werde sich durch den jetzigen Mißerfolg auch nicht abhalten lassen, ihre Anträge immer aufs neue zu stellen.

Die ablehnende Haltung des Hamburger Parlaments erklärt sich am Ende auch daraus, daß die bürgerliche Mehrheit sich hinter einem Klassenwahlrecht verschanzt hat, durch das sie vor dem Unwillen des Volkes ebenso geschützt ist wie durch ihren Besitz vor dem Hunger.

Portugal.

Der monarchistische Putsch.

Lissabon, 23. Oktober. Die Regierung erklärt, sie habe gewußt, daß monarchistische Komitees in Europa und Brasilien auf das Ausbrechen von Unruhen hofften, und die Zeitungen hätten voreilig gemeldet, daß sie ausgebrochen seien. In den kleinen Gruppen von Manifestanten habe sich nur ein Soldat befunden, und zu den in Lissabon und Oporto Verhafteten gehörten nur einige Militärpersonen. In Oporto habe weder eine Demonstration noch der Versuch dazu stattgefunden. Die Demonstration in Vianna do Castello, an der drei oder vier Soldaten teilgenommen hätten, sei ohne Bedeutung gewesen.

Dänemark.

Die Dampfer-Affäre.

Kopenhagen, 21. Oktober. Im Laufe der heutigen Beratung des Budgetentwurfs im Folkething erklärte der Minister des Auswärtigen anläßlich der Anfrage eines Abgeordneten wegen des von dem Landrat in Sonderburg im letzten Sommer erlassenen Verbotes gegen die Landung der Passagiere zweier dänischer Dampfer: Die Behauptung, daß das Verbot gegen die Verkehrsregeln zwischen den Völkern verstoße, erscheint etwas zweifelhaft. Da Dänemark in Preußen die Behandlung einer meistbegünstigten Nation genießt, würde es für die Frage, inwieweit der betreffende preußische Beamte das genannte Verbot erlassen habe, ohne mit den erwähnten vertragsmäßigen Bestimmungen in Gegensatz zu kommen, von wesentlicher Bedeutung sein, ob er auch imstande sein würde, die Landung zu verbieten, wenn der Ausflug an Bord eines Schiffes vorgenommen worden wäre, das die deutsche Flagge führte. Ebenso wie die Kaiserlich Deutsche Regierung in Zwischenräumen freundschaftlich die Aufmerksamkeit der dänischen Regierung auf Vorkommnisse lenkt, die geeignet scheinen, auf die Verhältnisse in den Grenzgegenden beunruhigend einzuwirken, so hat auch die dänische Regierung gemeint, im Interesse des guten freundnachbarlichen Verhältnisses diese Angelegenheit in Berlin zur Sprache bringen zu sollen. Wir haben dies getan, indem wir hier im Lande die Stimmung gegenüber unserem Nachbarlande unwillkürlich in ungünstiger Weise beeinflussen mußten, wenn dänische Reeder so, wie es geschehen ist, an einer Fahrt gehindert wurden, zu der sie, wie sie annehmen mußten, voll berechtigt waren. Der Minister hat den Eindruck, daß man im Ministerium des Auswärtigen in Berlin die vorgebrachten Bemerkungen in demselben freundschaftlichen Geiste entgegennahm, wie sie vorgebracht wurden. Die deutsche Regierung hat noch über die Vorfälle eine Untersuchung eingeleitet, die aber noch nicht abgeschlossen ist. Es ist das Bestreben des Ministeriums des Auswärtigen gewesen, zu vermeiden, daß diese Angelegenheit, die unwillkürlich Mißstimmung in weiten Kreisen Dänemarks hervorgerufen hat, einen schädlichen Einfluß auf das freundnachbarliche Verhältnis zu unserem südlichen Nachbarn übte.

Auf eine Anfrage betreffend die vertragsmäßige Regelung der Stellung der Staatenlosen in Nordschleswig, erklärte der Minister, daß die Verhandlungen, die im vorigen Herbst auf deutsche Initiative hin eingeleitet wurden, noch als schwebend bezeichnet werden müßten, und daß, seitdem er sein Amt übernommen habe, über diese Frage mit der deutschen Regierung nicht verhandelt worden sei.

Aus der Partei.

Von der ungarischen Sozialdemokratie.

Der Parteitag.

Am Sonntag, den 19. Oktober, wurde der 20. Parteitag der ungarländischen Sozialdemokratie in der „Volksoper", dem größten hauptstädtischen Theater, feierlichst eröffnet. Zum Schluß des Festes hielt Genosse Vokany die Festrede, welche einen geschichtlichen Rückblick der Arbeiterbewegung bildete. Am Nachmittag begannen die Beratungen im alten Reichstagsgebäude. Unter den Zuhörern befanden sich viele Politiker bürgerlicher Parteien. In seiner Eröffnungsrede gedachte Genosse Garbai der Toten, in erster Reihe August Bebels, dann der Toten der Revolution am 23. Mai, der Blutaufe der ungarischen Partei, wobei fünf Arbeiter den Heldentod starben; endlich gedachte er des so früh verstorbenen Genossen Max Großmann, des großen ungarischen Vorkämpfers. Vor dem Eingehen in die Beratungen begrüßte der Vorsitzende die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien Oesterreichs und Kroatiens, die Genossin Adelheid Popp und den Genossen Bukseg, worauf diese in längeren Reden antworteten.

Nach den Begrüßungsreden erstattete Parteisekretär Buchinger den Bericht. Sekretär Farkac referierte über die Presse, worauf dann die Debatten über beide Punkte begannen und erst am Mittag des zweiten Beratungstages beendet wurden. Es gab, wie gewöhnlich, auch diesmal viele Worte des Tadels und des Lobes für die Parteileitung, jedoch wurde der Bericht einstimmig zur Kenntnis genommen.

Am Nachmittag des zweiten Tages hielt Genosse Garami eine großangelegte Rede zum dritten Punkt der Tagesordnung, welcher die politische Lage behandelte. Redner wies nach, daß seit dem letzten ordentlichen Parteitag die Partei an politischem Ansehen nicht nur gewonnen, sondern daß sie zum Machtfaktor auf politischem Gebiete geworden. Ein Zusammengehen mit der bürgerlichen Opposition sei notwendig gewesen, da die Partei sonst jeden Einfluß auf den gesetzgebenden Körper hätte entbehren müssen. Die Debatte über diesen Punkt gestaltete sich äußerst lebhaft. Viele Provinzdelegierte und auch einige hauptstädtische Vertreter der Arbeiterorganisationen sprachen sich scharf gegen das Zusammengehen mit den bürgerlichen Oppositionsparteien aus und forderten das Aufgeben dieses Bündnisses, das der Sozialdemokratie Ungarns unwürdig sei. Auch betonten einige Redner, daß die Erklärung des Parteitages im Monat Januar dieses Jahres, wonach die Partei während der nächsten Reichstagswahl sich passiv zu verhalten habe, geändert werden müsse. Von den Organisationen einer deutschen Stadt (Hermannstadt) wurde ein diesbezüglicher Antrag eingereicht. Der Antrag wurde zwar abgelehnt, jedoch beschloß der Parteitag, vor dem Ausschreiben der nächsten Reichstagswahlen einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, der darüber zu entscheiden habe, ob die Partei sich an den Wahlen beteilige oder nicht.

Ueber die Sozialpolitik der gegenwärtigen Regierung referierte Genosse Weltner, über die äußere Politik Genosse Kunfi. Die Redner sprachen sich scharf über die Zustände im Lande und über die Lasten des Militarismus aus, was den Regierungsvertreter mehrmals zum Einschreiten veranlaßte. — Die Wahl der Parteileitung ging glatt vor sich, die alten Parteiführer wurden wiedergewählt.

An dem Parteitage nahmen 251 Delegierte aus 84 Städten und Gemeinden teil.

*

Die deutsche Landeskonferenz.

Zur selben Zeit, in welcher die ungarischen Delegierten den 20. Parteitag abhielten, traten die Vertreter 29 deutscher Städte und Gemeinden, 47 Mann, zusammen, die 6. Landeskonferenz der deutschsprechenden Sozialdemokraten Ungarns abzuhalten.

Der Bericht des Landeskomitees, den Genosse Baron erstattete, gab Anlaß zu einer regen Debatte, in welcher die Delegierten hervorhoben, daß die deutsche Landeskonferenz in Zukunft zu einer anderen Zeit als der Parteitag einberufen werden möge, da der deutsche Kongreß dadurch bereits zu einem Anhängsel des ungarischen Parteitages herabgesunken sei. Der Antrag, von nun an die deutsche Landeskonferenz jedes zweite Jahr, und zwar immer in einer anderen Stadt abzuhalten, wurde einstimmig angenommen und die nächste Konferenz für das Jahr 1915 nach Temesvar bestimmt.

Einige Delegierte sprachen sich scharf gegen die Magyarisierung der Zentralparteileitung aus und forderten das Landeskomitee auf, dagegen in der schärfsten Weise zu protestieren. Ein Antrag, das deutsche Zentralorgan, die „Volksstimme", die bisher dreimal wöchentlich erscheint, zu einem Tageblatt umzugestalten, wurde mit Begeisterung einstimmig angenommen und zu diesem Behufe eine Kommission eingesetzt. Auch die Taktik der Partei wurde von so manchen Delegierten getadelt und das Zusammengehen mit der Opposition als schädlich für die Partei bezeichnet. — Das Landeskomitee wurde einstimmig wiedergewählt.

*

Der Frauenkongreß.

Gleichzeitig mit dem Parteitag und der deutschen Landeskonferenz begann auch am 19. Oktober im Lokale der Buchdrucker der vierte Frauenkongreß der sozialdemokratischen Frauenorganisationen Ungarns mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht; 2. Die Frau, das Kind und die Heimarbeit; 3. Agitation; 4. Die Presse; 5. Wahl der Kommissionen; 6. Anträge.

Die Eröffnungsrede hielt Genossin Buchinger, sodann begrüßte Genossin Popp im Namen der österreichischen Frauen die Delegierten. An der Beratung nahmen 47 Frauen aus 11 Städten des Landes teil. Die Konferenz, die zwei Tage währte, erledigte die Tagesordnung und beschloß, die Agitation bei den Arbeiterinnen im ganzen Lande durchzuführen.

Zum Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie.

Taktik der Partei, Generalstreik, Jugendorganisation, Frauenstimmrecht, Bekämpfung des Alkoholismus, Ausbau der Demokratie und andere Fragen werden den am 7., 8. und 9. November in Aarau stattfindenden Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie vollauf beschäftigen. Zur Taktikfrage hat der Referent Genosse Greulich eine Reihe von Thesen aufgestellt, die zunächst konstatieren, daß die Befreiung der Arbeiter nur durch die Arbeiterklasse selbst durchgeführt werden kann. Es wird sodann die Notwendigkeit der Agitation und Organisation betont, während im übrigen die Thesen in der Hauptsache das Vorgehen bei Wahlen, Volksabstimmungen und anderen politischen Aktionen betreffen, wobei die Selbständigkeit der Partei vorangestellt wird.

Zu den Greulichschen Thesen haben der sozialdemokratische Verein „Eintracht" in Zürich und die sozialdemokratische Partei der Stadt Bern Abänderungsanträge gestellt, wobei ersterer der Greulichschen Resolution eine selbständige andere gegenüberstellt, in die aber ein großer Teil der Greulichschen Thesen Aufnahme gefunden hat. Die Gegenvorschläge der „Eintracht" heben sowohl den proletarischen Klassenstandpunkt als auch die Demokratie in der Partei schärfer hervor; ferner fordern sie auch die endliche Herbeiführung der vollständigen Vereinheitlichung der Partei. Die Berner Anträge bewegen sich in der gleichen Richtung wie die der „Eintracht".

Bezüglich des Generalstreiks unterbreitet die Geschäftsleitung der Partei dem Parteitag eine mit dem Gewerkschaftsbund vereinbarte Resolution, der der Gewerkschaftskongreß bereits zugestimmt hat. Dieser Resolution stellen die Berner Genossen eine andere, davon erheblich abweichende Resolution gegenüber, die jene nur zum Teil berücksichtigt und insbesondere auf Einschränkungen, wie z. B. den Ausschluß des syndikalistischen Generalstreiks, verzichtet; dies deshalb, weil die syndikalistische Bewegung in der Schweiz nicht mehr von Bedeutung ist. Aber auch die Berner Gegenresolution setzt intensivste Agitationsarbeit und machtvolle Arbeiterorganisationen voraus, ferner die Verständigung von Partei und Gewerkschaft im gegebenen Falle der Anwendung des Massenstreiks.

Zur Regelung des Verhältnisses der Partei zur Jugendorganisation wird dem Parteitag die ebenfalls vom Gewerkschaftskongreß schon angenommene, von beiden Teilen gemeinschaftlich aufgestellte Resolution vorgelegt. Die Berner Genossen beantragen dazu, die Frage der Jugendorganisation auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages zu setzen.

In der Ausschlußfrage will die Zürcher „Eintracht" den schweizerischen sozialdemokratischen Parteitag als letzte Instanz bestimmt wissen.

Zur Bekämpfung des Alkoholismus schlägt die Geschäftsleitung der Partei in einer längeren Resolution eine ganze Reihe von Maßnahmen vor, Zürcher Genossen empfehlen dazu in einem besonderen Antrage die Verpönung von Getränken aller Art in den Versammlungen.

Die Arbeiterinnenvereine wollen ihren Verband aufgeben, hauptsächlich aus finanziellen Gründen und verlangen dafür von der Partei die Bestellung einer siebengliedrigen Frauenkommission am Sitze der Geschäftsleitung der Partei. Und die Zürcher „Eintracht" verlangt die Erklärung der Unzulässigkeit der Doppelmitgliedschaft von Genossinnen in einer sozialdemokratischen Organisation und einem bürgerlichen Frauenstimmrechtsverein.

Die Genossen in Biel verlangen die Einleitung einer Aktion zur Einführung der Gesetzesinitiative im Bunde, der heute nur die schwerfällige Verfassungsinitiative hat, während jene in den Kantonen schon längst besteht. Es handelt sich also dabei um den Ausbau der Bundesdemokratie. Die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung wie auch die kantonalen Parlamentsfraktionen der Partei sollen zur Erreichung des Zieles die nötigen Schritte unternehmen.

Der Aarauer Parteitag hat also ein tüchtiges Stück Arbeit zu erledigen.

Soziales.

Tuberkulosekongreß.

Der Tuberkulosekongreß — vor 10 Jahren wurde der erste Tuberkulosekongreß abgehalten — begann gestern seine Verhandlungen. Ueber den Inhalt desselben werden wir zusammenfassend berichten.

Aus dem Gewerbegericht.

I. Nichtannahme angebotener Dienste.

Der Bismarckfilm hat der Eiko-Filmgesellschaft vier Klagen eingetragen, von denen drei gestern vor der Kammer des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Magistratsrats Schultz zur Entscheidung kamen.

Verzug der Filmgesellschaft durch Nichtannahme der Leistung.

1. Ein Schauspieler war als Moltke-Darsteller angenommen. Bei seinem Engagement hatte er gesagt, daß er einen Kontrakt mit einem Theater habe und folglich, der Proben wegen, nach dem 18. August schwer zu den Filmaufnahmen werde abkommen können. Es wurde ihm zugesagt, die Aufnahmen möglichst so zu legen, daß er seine Rolle spielen könne. Die erste Aufnahme wurde aber zum 19. August früh 8 Uhr in Gatow angesetzt. An diesem Tage mußte der Kläger bereits um 11 Uhr zu einer Probe in Berlin sein. Er ließ durch eine Angestellte der Firma telephonisch anfragen, ob er dennoch kommen solle. Das wurde bejaht. Als er nach Gatow kam, wurde er jedoch nicht beschäftigt und seine Rolle anderweit besetzt. Er forderte nun durch die Klage für entgangenes Honorar — 10 Aufnahmen erhielt er zugesichert — und Barauslagen 202 M. Da die Zeugenaussage seine Behauptungen im wesentlichen bestätigten, erhielt er auf Grund des § 615 des Bürgerlichen Gesetzbuches die Summe zugesprochen.

2. Aehnlich lag die Rechtslage bei einer Schauspielerin, die die Fürstin Bismarck darstellen sollte. Sie war fest für die Rolle angenommen, nachdem eine vorher für die Rolle engagierte Darstellerin abgeschrieben hatte. Letztere meldete sich aber wieder und der Klägerin wurde für einen anderen Film ein Engagement in Aussicht gestellt, wenn sie auf die frühere Rolle verzichte. Darauf ging sie ein mit dem Vorbehalt, daß sie sich bis 10. September zur Verfügung halte. In dieser Zeit ward sie nicht beschäftigt und klagte nun auf Honorar für drei Tage gleich 60 M. Dieser Betrag wäre ihr auch zugesprochen worden. Darauf zahlte die Firma die 60 M. vergleichsweise.

3. Ebenfalls Verzug auf seiten der Gesellschaft und eine unberechtigte Entlassung veranlaßte eine dritte Klage. Ein Filmdarsteller erhielt mit einer großen Zahl anderer Darsteller den Auftrag, am 19. August, früh 8 Uhr, in Berlitzhof zu sein. Es regnete in Strömen und eine Aufnahme war unmöglich. Gegen Mittag wurde den Wartenden gesagt, sie sollen nach Hause gehen. Viele hatten ihr letztes Geld zur Hinfahrt verwendet und verlangten Entschädigung, um auch ihre Zeche bezahlen zu können. Als es deswegen zu Differenzen mit dem Vertreter der Firma kam, mischte sich der Kläger ein. Das sah die Firma als Grund zur Entlassung an. Der Kläger forderte nun 100 M. Honorar für 10 zugesicherte Aufnahmen sowie 10 M. Spesen für den Tag in Berlitzhof und 60 Pf. Auslagen. Er bekam durch Urteil 108,70 Mark zugesprochen. Die Vertretung der Rechte anderer sei kein Entlassungsgrund; aber an Spesen seien 3 M. als angemessen zu betrachten.

II. Klage gegen die Städtische Straßenbahn.

Vor der Kammer 7 unter Vorsitz des Dr. Gerth klagte ein Schlosser gegen die Städtische Straßenbahn wegen ungerechtfertigter kündigungsloser Entlassung auf 59,20 Mk.

Die Beklagte wendete zunächst Unzuständigkeit ein. Der Straßenbahnbetrieb falle, wie auch der Eisenbahnbetrieb, nicht unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung (§ 6 der Gewerbeordnung). Das Gericht erklärte sich jedoch mit Recht für zuständig, denn der Kläger war als Schlosser bei der Beklagten gewerblich tätig und nicht im Fahrbetrieb beschäftigt.

Gegen den Klageanspruch macht die Beklagte geltend, es habe Kündigungsausschluß nach den „Allgemeinen Bestimmungen der Städtischen Straßenbahn" bestanden. Die Vereinbarung einer Kündigungsfrist sei vorbehalten, aber nicht zustande gekommen. Der Kläger aber konnte einen Brief vorlegen, worin ihm einige Tage nach seiner Erkrankung zum 28. August, als mit 14tägiger Frist, gekündigt wurde. Auf Grund dieses Schreibens wurde ihm der geforderte Betrag zugesprochen.

Mußte die Stadt es erst auf eine Klage ankommen lassen?

Letzte Nachrichten.

Reichstagsersatzwahl in Neumarkt.

Neumarkt (Oberpfalz), 23. Oktober. (W. T. B.) Bei der heutigen Reichstagsersatzwahl für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Kohl (Z.) erhielt Lederer (Z.) 11 543, Dollinger (liberal und Bauernbund) 1000 und Trummert (Soz.) 527 Stimmen. Lederer ist somit gewählt.

Der österreichische Schiffahrtsskandal.

Wien, 23. Oktober. (W. T. B.) Das vom Budgetausschuß eingesetzte Subkomitee zur Beratung der südamerikanischen Schiffahrt setzte heute in Gegenwart der Minister Dr. Schuster, Dr. Frhr. v. Heinold und Frhr. v. Georgi sowie des Vertreters des Kriegsministeriums seine Beratungen fort. Abg. Friedmann stellte an den Handelsminister eine Reihe von Fragen über die Beziehungen der Austro Americana zu dem früheren Leiter der Schiffahrtssektion des Handelsministeriums, Baron Weichs-Glon, und wünschte zu wissen, ob ein von dem Genannten ohne Kenntnis des Ministers an die Austro Americana gerichteter Brief dem Ausschuß im Original vorgelegt werden könnte. Sektionschef Riedel erwiderte: er werde den Wunsch des Abgeordneten der Austro Americana bekannt geben. Landesverteidigungsminister Georgi und der Vertreter des Kriegsministeriums gaben hierauf eingehende Erklärungen über die Anzeigen, die ein Herr Gruenhut seit längerer Zeit gegen die Canadian Pacific erstattet hätte. Diese Anzeigen seien vom Kriegsminister sofort den kompetenten Stellen mit dem Ersuchen übermittelt worden, die Amtshandlungen einzuleiten. Das Kriegsministerium müsse sich entschieden dagegen verwahren, daß Gruenhut als sein Vertrauensmann gelte; der Kriegsminister habe Gruenhut nie empfangen.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Friedmann erklärte der Handelsminister Schuster, die Meldungen Gruenhuts über die Konzessionserteilung an die Canadian Pacific seien nichts anderes als eine mehr oder minder heftige Kritik der ganzen Aktion, die unmöglich den Anlaß für irgendwelche amtliche Handlungen geben könne. Der weitere Inhalt der Anzeigen sei polizeilicher Natur. Minister des Innern Heinold erklärte auf verschiedene Anfragen, ob und welche Persönlichkeiten durch die Angaben Gruenhuts kompromittiert seien, daß der Regierung Vertuschung vollkommen fernliege, in dem derzeitigen Stadium könne keine bestimmte Mitteilung über die Erhebungen gemacht werden. Heinold erklärte ferner, es handle sich selbstverständlich nicht um ein einseitiges Vorgehen gegen die Canadian Pacific, sondern um die Abstellung von Mißbräuchen bei allen ähnlichen Unternehmungen.

Darauf verlas Sektionschef Riedel ein von Baron Weichs-Glon als jetzigem Generalvertreter der Hapag an das Handelsministerium gerichtetes Schreiben vom 20. Juli 1913, worin er namens des Generaldirektors Ballin mitteilt, daß die deutschen Schiffahrtsgesellschaften eine Verpflichtung betreffend die Nichtbeförderung militärpflichtiger österreichischer und ungarischer Staatsangehöriger nicht übernehmen könnten, solange nicht auch die englischen, belgischen, holländischen und französischen Schiffahrtsgesellschaften die gleiche Verpflichtung übernähmen.

Die amerikanische Grubenkatastrophe.

Dawson (Neu-Mexiko), 23. Oktober. (W. T. B. In einem alten Bergwerk, das mit dem Schacht der Hirschschlucht-Kohlengrube in Verbindung steht, brach heute nachmittag Feuer aus. Es wird befürchtet, daß die Flammen auf den Schacht übergreifen werden, in dem noch 256 Bergleute eingeschlossen sind. Nach neueren Feststellungen sind von 284 Bergleuten, die bei der Explosion eingeschlossen wurden, 22 lebend ans Tageslicht gebracht und sechs als Leichen geborgen worden.

Ein Drama aus der Fremdenlegion.

Algier, 23. Oktober. (W. T. B.) Aus Colombbechar wird gemeldet, daß ein Soldat der Fremdenlegion mehrere Schüsse auf eine Wache abgegeben hat, wobei er einen Korporal tötete. Er suchte darauf den seine Kompagnie befehligenden Offizier auf und drang in das Zimmer eines Leutnants ein, der ihn angesichts seiner drohenden Haltung niederschoß.

A. Wertheim — Heute billige Lebensmittel

Keine Zusendung.

Fleisch

Ochsenschmorfleisch . . Pfd. 95 Pf.
Roastbeef . . . . . Pfd. 1.00
Brust und Kamm . . . Pfd. 80 Pf.
Fehlrippe Pfd. 85, Querrippe 75 Pf.
Frisch. Schinken i. Ganz. Pfd. 85 Pf.
Schweinekotelettes . . . Pfd. 95 Pf.
Schweinekamm u. Schuft Pfd. 85 Pf.
Rückenfett Pfd. 70, Liesen Pfd. 80 Pf.
Kalbskeule im Ganzen . . Pfd. 1.10
Kalbskamm u. Bug . . . 85, 90 Pf.
Kasseler Rippespeer Pfd. 80 b. 95 Pf.

Australisches Hammelfleisch

Keule i. Ganz. Pfd. 80, Rücken 70 Pf.
Dicke Rippe Pfd. 65, Dünnung 55 Pf.

Obst

Melonen-Kürbis . . . . . Pfd. 5 Pf.
Kochäpfel . . . . . Pfd. 12 Pf.
Italienische Aepfel . . 2 Pfd. 25 Pf.
Graue Reinetten . . . . 2 Pfd. 35 Pf.
Amoretten-Birnen . . . . Pfd. 10 Pf.
Graubirnen . . . . . Pfd. 16 Pf.
Neue Kranzfeigen . . . . Pfd. 25 Pf.
Bananen . . . . . Pfd. 20 Pf.
Weintrauben . . . . . Pfd. 23 Pf.
Weintrauben . . Kiste 90 Pf. u. 1.70
Blaue Kurtrauben . . . . Pfd. 18 Pf.

Wilde Kaninchen . . von 80 Pf. an

Gemüse

Weiss-, Rot- u. Wirsingkohl Pfd. 4 Pf.
Spinat 2 Pfd. 10, Grünkohl 2 Pfd. 10 Pf.
Kohlrabi Mdl. 8, Mohrrüben 5 Pfd. 15 Pf.
Radieschen . . . . . 8 Bund 10 Pf.
Tomaten . . . . . Pfd. 10 Pf.
Schwarzwurzeln . . . . Pfd. 12 Pf.

Geflügel

Gänse . . . . . Pfd. 53, 65, 75 Pf.
Gänse-Rümpfe . . . . 2.25 bis 4.50
Grosse junge Hähne St. 1.20 bis 2.00
Suppenhühner . Stück 1.35 bis 2.60
Masthühner . . . . Stück 2.75, 3.00

Butter u. Käse

Koch- und Backbutter Pfd. 1.10, 1.20
Tischbutter . . . . . Pfd. 1.28
Tafelbutter Pfd. 1.36, 1/2 Pfd.-Pak. 68 Pf.
Schmalz . . . . . Pfd. 68 Pf.
Marmelade, leicht gefärbt Pfd. 33 Pf.
Pflaumenmus . . . . . Pfd. 25 Pf.
Echt Emmenthaler . . . . Pfd. 1.10
Bayr. Schweizerkäse . . Pfd. 88 Pf.
Holländer Käse . . . . . Pfd. 75 Pf.
Romatour-Käse . . . . Stück 26 Pf.
Limburger Käse . . . . . Pfd. 45 Pf.
Brie-Käse . . . . . Pfd. 78 Pf.
Camembert-Käse . . . Stück 20 Pf.
Faust- u. Spitzkäse . 3 Stück 25 Pf.

Fische

Kabeljau o. Kopf i. ganz. Fisch. 16 Pf.
Seelachs o. Kopf i. ganz. Fisch. 16 Pf.
Schellfisch . . . . . Pfd. 18 Pf.
Goldbarsch . . . . . Pfd. 15 Pf.
Bratschollen Pfd. 15, grosse 23 Pf.
Heilbutt . . . . . Pfd. 40 Pf.
Frische Zander . . . . Pfd. 48 Pf.
Lachs in ganz. Fisch. . . Pfd. 63 Pf.
Lebende Karpfen Pfd. 75, 85 95 Pf.
Lebende Hechte . . . . . Pfd. 1.00
Lebende Krebse Mdl. 25 Pf. bis 3.00
Seemuscheln . . . 100 Stück 30 Pf.
Lachsbücklinge . . . 3 Stück 20 Pf.
Kieler Schleibücklinge 2 Stück 10 Pf.

Drei Tropfen

Kaol

geben schmutzigstem Metall
Dauerglanz.
Unentbehrlich für Autos.

Man verlange überall „Kaol" in Flaschen zu 10 bis 50 Pf.
Fabrik: Chemische Werke Lubszynski & Co., Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

Teilzahlung erhöht die Preise nicht!
Gut und preiswert!
Möbel
Modern und gediegen!
Brautleuten Rabatt
Küchen v. 48.– Mark an
Komplette Einrichtung von 230.– Mark an
Garnituren von 110.– Mark an
Sofas v. 52.– Mark an
Möbel-Magazin
Berlin (Norden) Otto Piehl Brunnenstr. 120
Kein Kredithaus!
Vertiko v. 38.– Mark an
Elegante Schlaf-Zimmer von 295.– Mark an
Bettstelle mit Matratze von 32.– Mark an
Büfetts v. 125.– Mark an
Schlafsofa von 75.– M. an
Grösste, vielseitige
Ausstellungen Brunnenstr. 120 ca. 600 □-Mtr.
und im Fabrikgebäude
Kleiderschränke von 38.– Mark an

Arbeiter-Notiz-Kalender 1914

Aus dem Inhalt des soeben erschienenen Kalenders erwähnen wir folgende interessante Abhandlungen:

August Bebel (mit Porträt in vier Farben) :: Wie erzieht man die Jugend zu freien selbstbewußten Menschen. Von Emil Sonnemann :: Krankheitsverhütung und erste Hilfe. Von Dr. J. Zadek :: Schöffen u. Geschworene. Von Karl Freter :: Der Reichsetat. Von E. Däumig.

Außerdem enthält der Kalender unter anderem: Alle für Arbeiter wichtige Adressen — Reichhaltiges statistisches Material über die Reichstagswahlen 1912 und die Nachwahlen — Biographische Notizen der sozialdemokr. Reichstagsabgeordneten — Die Gewerkschaften i. Jahre 1912. Kalendarium, Geschichtskalender, Portotaxe, Merktafeln, Notizbuch.

Preis geb. 50 Pf.

Zu beziehen durch:
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69.

Flüssiges
THERMAL-SHAMPON
wirklich. Haarpflegemittel
Unerreicht in seiner Wirkung.
Preis pro Flasche 30 Pf.
Zu haben in allen Drogerien.

Putze mit
Henkel's Bleich-Soda.

---

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie **Möbel** direkt in der **Möbelfabrik**
H. Walter Inh.: **Willi Maaß,** Brunnenstr. 35 kein Laden Tel.: A. III, 5157

Kein Laden — Kein Kaufzwang!

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polsterei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Geld sparen an Augengläsern

Billige minderwertige Augengläser zu kaufen ist falsche Sparsamkeit. Solche Ware führen wir nicht. Der beste Weg, Ersparnisse zu machen, ist der, gut angepaßte Augengläser guter Qualität zu kaufen. Solche Waren preiswert zu liefern, ist unser Prinzip. Doch können Sie auch dadurch sparen, daß Sie beschädigte alte Kneifer reparieren und mit passenden Gläsern versehen lassen. Reparaturen sofort! :-: Augenuntersuchung kostenfrei.

10 Special-Geschäfte.

Oranien-Str. 44 Nahe Oranien-Platz
Brunnen-Str. 12 Nahe Invaliden-Str.
Friedrich-Str. 150 Ecke Dorotheen-Str.
Chaussee-Str. 72 neben Warenhaus Stein
Tauentzien-Str. 15 an d. Kirche
Friedrich-Str. 180 Ecke Tauben-Str.
Am Alexander-Platz neben Aschinger
Linx-Str. 1 Ecke Potsdamer Str.
Unter den Linden 20 neben Conrad Felsing
Am Spittelmarkt Ecke Wall-Str.

Optiker Ruhnke

Möbel
Komplette
Wohnungs-Einrichtungen
sowie **einzelne Möbel** in **grosser Auswahl** auf
Kredit
Kleine Anzahlg., geringe Abzahlg.
Ev. ohne Anzahlung
Portieren, Gardinen, Tischdecken, Steppdecken, Teppiche, Leinen, Bettwäsche, Betten, Gardinen, Herren- und Damen-Garderoben, Postkarte oder Besuch genügt, Probe erbeten.
J. Antel, Brückenstr. 2.

Filialen in den größten Städten Deutschlands.

Andreas-Str. 28
Ecke Grüner Weg
am Andreas-Platz.

Schuhhaus Neptun

Andreas-Str. 28
Ecke Grüner Weg
am Andreas-Platz.

Filialen in den größten Städten Deutschlands.

Neu eröffnet!

Einheits-Preis:
Für Damen- u. Herren-Stiefel
in schwarz, braun und Lackleder.
Berg-Stiefel und Promenaden-Schuhe.

Jedes Paar ohne Ausnahme

7 50 Jedes Paar

Neu eröffnet!

Ich bringe nur eleganteste, neueste Formen und übernehme für jedes Paar volle Garantie.

In dieser Preislage bringe ich etwas Ueberraschendes.

Ein Blick in die Schaufenster sagt Ihnen alles.

Jedes Paar ohne Ausnahme

Zur Eröffnung v. Mittwoch bis Sonnabend erhält jeder Käufer beim Einkauf eines Paares Herren- oder Damenstiefel **ein Paar elegante Hausschuhe gratis!**

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Gewerkschaftliches.

Die Lage in Dublin.

London, 22. Oktober. (Eig. Ber.)

Ein Schiff nach dem andern schicken die englischen Arbeiter ihren ausgesperrten Brüdern in Dublin. Das fünfte mit Nahrungsmitteln beladene Schiff ging gestern ab, und schon hat man mit der Beladung des sechsten angefangen. Ueber 27 000 Pfund hat das englische Proletariat schon für diese Schiffe aufgebracht und es scheint zurzeit nicht, daß der Strom der Unterstützungsgelder versiegen wird. Einzelne Arbeitgeber haben ohne Geräusch ihre Arbeiter wieder eingestellt, ohne von ihnen den Austritt aus der Transportarbeitergewerkschaft zu verlangen. Aber die große Masse der Unternehmer hält unter der Führung des Herrn Murphy aus und ist entschlossen, die Arbeiter auszuhungern. Die Dubliner Arbeitgeber haben es fertig gebracht, die ganze Oeffentlichkeit gegen sich mobil zu machen. Konservative Blätter, wie die „Times“ und die „Daily Mail“, unterziehen ihr Auftreten und ihre Werke einer scharfen Kritik. So bringen die „Times“ heute einen Leitartikel, in dem die Wirtschaft der Dubliner Stadtväter in bezug auf die Wohnungsfrage erbarmungslos gegeißelt wird. Es heißt da zum Schluß:

„Dublin sollte eine der gesundesten Städte in der Welt sein. Lebenbringende Seelüfte bestreichen die Stadt. Ihre Umgebung ist lieblicher als die irgendeiner anderen Stadt in den drei Königreichen. Sie hat genügend Platz, um sich auszudehnen. Und dennoch sterben die Leute wie die Fliegen in ihren schmutzigen Spelunken, und selbst die breite Fläche des Phönix-Parkes bleibt meist verlassen und verödet.“

Die Genossin Montefiore ist nach Dublin gereist, um Kinder der Ausgesperrten zu organisierten Arbeitern in England zu schicken. Darüber haben die irischen Patrioten und Priester einen Mordsskandal gemacht. Die konservative „Daily Mail“ meint dazu, es könnte nichts schaden, wenn auch ein paar Dubliner Arbeitgeber mit herübergeschickt werden würden, damit sie ihre mittelalterlichen Ideen los werden und erfahren könnten, wie vernünftige englische Arbeitgeber die Gewerkschaften beurteilten. Aber die Arbeitgeber Dublins haben eine dicke Haut; derartige Kritiken beunruhigen sie wenig, obwohl sie von Leuten kommen, die man nicht gerade als die Freunde der organisierten Arbeiterschaft bezeichnen kann. Wie sie den Einigungsvorschlag der Untersuchungskommission zurückgewiesen haben, so haben sie auch die Friedensvorschläge verworfen, die ihnen ein aus angesehenen Dubliner Bürgern zusammengesetztes Komitee gemacht hat. Sie bestehen auf den Kopf Larkins, die Reorganisation der Transportarbeitergewerkschaft und die Aufgabe des Sympathiestreiks.

Das Ansinnen, das die Unternehmer an die Dubliner Arbeiter stellen, sie sollten ihren Führer fallen lassen, ist eine Forderung, die von jedem vernünftigen Menschen als lächerlich bezeichnet wird. Es wäre vielleicht besser, wenn in dieser kritischen Zeit ein anderer Mann am Steuer der Transportarbeitergewerkschaft säße, der nicht Larkins Draufgängertemperament besäße und seine Zunge mehr im Zaume halten könnte. Die Rede, die der Generalsekretär der irischen Transportarbeiter vor kurzem in London hielt, in der er erklärte, daß der Teufel die Verträge holen könnte, hat der Sache der Arbeiter sicher geschadet. Aber was man auch gegen ihn vorbringen mag, er ist unbestritten der Mann, der in den letzten fünf Jahren das Proletariat Dublins von Sieg zu Sieg geführt hat und um den sich die Massen, selbst wenn es den Arbeitgebern gelingen sollte, ihn für den Augenblick schachmatt zu setzen oder seine Organisation aufzureiben, über kurz oder lang doch wieder scharen würden. Die unverschämte Forderung der Unternehmer, die Transportarbeitergewerkschaft müsse sich zuerst reorganisieren, ehe sie sich mit ihr in Verhandlungen einlassen könnten, kann natürlich von keinem Gewerkschafter diskutiert werden.

Die stärkste Position haben die Unternehmer in bezug auf den Sympathiestreik inne. Hier finden sie Unterstützung in dem Bericht der Untersuchungskommission, in dem ja auch der Sympathiestreik verurteilt wird. Und der Bericht ist auch von dem der Arbeiterklasse angehörenden Kommissar Clynes unterzeichnet, der selbst Beamter einer der Transportarbeiterorganisation ähnlichen Gewerkschaft ist und den niemand im Verdacht haben kann, daß er die Interessen seiner Klasse nicht mit allen Kräften wahrt. Im irischen Transportarbeiterverband selbst scheint man in bezug auf die Nützlichkeit des Sympathiestreiks geteilter Ansicht zu sein. So erklärte Connolly vor einigen Tagen, daß sich der Verband verpflichten würde, den Sympathiestreik in vernünftige Grenzen zu halten. Das sieht wie ein Kompromiß zwischen den leitenden Personen der Transportarbeitergewerkschaft aus. Doch was in Irland als Sympathiestreik bezeichnet wird, würde man anderswo eher Boykott nennen. Es ist eigentlich kein Wunder, daß der Boykott in den letzten fünf Jahren in Dublin so populär war. Der Boykott ist eine Erfindung der irischen Patrioten, die zur Zeit der Agrarkämpfe erfolgreich ausprobiert wurde. Es ist eine Waffe, die der Nationalismus das irische Volk zu handhaben gelehrt hat. Das Wort selbst stammt aus Irland. Es war Parnell, der in einer berühmten Rede das Verfahren also beschrieb:

„Wenn ein Mann ein Pachtgut von einem anderen nimmt, der exmittiert worden ist, so müßt ihr ihm auf der Straße, im Kaufladen, auf dem Jahrmarkt, auf dem Marktplatz und selbst im Gotteshause eure Verachtung für das Verbrechen, das er begangen hat, zeigen, indem ihr ihn links liegen laßt, indem ihr ihn moralisch in Verruf tut und indem ihr ihn wie einen Aussätzigen isoliert.“

Drei Tage nach der Rede fand der Hauptmann Boycott, daß man ihn gesellschaftlich geächtet hatte. Eine Woche nachher weigterten sich die Dubliner Hafenarbeiter, das Vieh eines boykottierten Pächters zu verladen. Der Unterschied zwischen einst und jetzt ist nur, daß heute dieser Knüppel-aus-dem-Sack die nationalistische Parole nicht mehr abwartet.

Wie schon erwähnt, ist Genossin Montefiore nach Dublin gereist, um Kinder der Ausgesperrten nach England zu schicken, wo sie bis zur Beendigung des Kampfes gepflegt werden sollen. Einige Kinder sind schon abgereist. Für viele Hunderte der Kleinen hat man bei freundlichen Leuten auf der Schwesterinsel schon Unterkunft gefunden. Die Genossin Gräfin Warwick spielt eine führende Rolle in dieser Bewegung. Dieser Versuch, die halbverhungerten Kleinen zu schützen und die Eltern in ihrem Kampfe gegen das arrogante Unternehmertum zu entlasten, hat in dem katholischen Erzbischof von Dublin einen grimmigen Gegner gefunden. Dieser Herr hält es anscheinend nicht mit den Worten seines Herrn und Meisters: „Lasset die Kindlein zu mir kommen.“ Er ist um das Seelenheil der Kinder besorgt, dem zuliebe der schnöde Körper geopfert werden muß, selbst wenn dadurch den Scharfmachern der irischen Hauptstadt geholfen werden sollte. In einem Schreiben sagte er:

„Ich habe mit wahrer Bestürzung gelesen, daß eine Bewegung besteht und schon Fortschritte gemacht hat, die darauf hinzielt, die Frauen der Arbeiter, die jetzt infolge des bedauernswerten wirtschaftlichen Stillstandes in Dublin arbeitslos sind, zu bewegen, ihre Kinder abzugeben, damit diese in England von Personen gepflegt werden, von denen sie natürlich nicht das geringste wissen. Die Dubliner Frauen, die dieser grausamen Versuchung, sich von ihren hilflosen Kindern zu trennen, ausgesetzt gewesen sind, sind in den meisten Fällen Katholiken. Haben sie ihren Glauben abgeschworen? Doch sicher nicht. Nun, wenn das nicht der Fall ist, so sollte es keiner Worte meinerseits bedürfen, sie an die klare Pflicht jeder katholischen Mutter in einem solchen Fall zu erinnern. Ich kann ihnen nur erklären, daß sie fürderhin nicht mehr würdig sind, den Namen katholische Mutter zu tragen, wenn sie ihre Pflicht so weit vergessen, daß sie ihre kleinen Kinder fortschicken, damit sie in einem fremden Lande gepflegt werden, ohne daß man irgendeine Bürgschaft dafür hat, daß die, denen die armen Kinder überwiesen werden, auch Katholiken sind oder selbst Leute, die überhaupt einen Glauben haben.“

Wie schrecklich würde es sein, wenn die hungrigen Dubliner Arbeiterkinder von freundlichen Protestanten = oder gar Freidenkerhänden gefüttert würden, wenn die Kleinen erfahren würden, daß es unter den vermaledeiten „Sachsen“, Protestanten, Sozialisten und Atheisten sehr nette Leute gibt und daß die Welt nicht überall so aussieht, wie in dem frommen Dubliner Schweinestall, in dem sie das Licht der Welt erblickten! Würde die Welt untergehen? Die Welt zwar nicht; aber der religiöse Aberglaube und nationalistische Fanatismus, die bald bedenklich ins Wanken geraten würden.

Berlin und Umgegend.

Die Festsetzung der Akkordpreise durch Kalkulationsbureaus

beschäftigte die Eisen-, Metall- und Revolvordreher sowie Rundschleifer in mehreren Versammlungen. Müller besprach die Schäden der Akkordarbeit, die Differenzen, die sich daraus ergeben, und die Maßnahmen, die die Arbeiter gegen übermäßige Ausbeutung trafen. Es war dies um so nötiger, als die Unternehmer bereits die raffiniertesten Methoden ausgeklügelt und ausprobiert haben, um möglichst viel Mehrwert aus den Arbeitern herauszuschinden. Sind sie doch in neuester Zeit sogar schon zu einer Art Taylorsystem übergegangen, um die Leistungsfähigkeit bis zur äußersten Grenze auszunützen. Soweit ist es in der Revolverdreherei und Rundschleiferei schon gekommen. Dem Werkmeister sind die wichtigsten Funktionen abgenommen, die Preise werden in den Kalkulationsbureaus festgesetzt. Das führt zu ständigen Unzuträglichkeiten, zumal es bei den Preiskalkulatoren weniger auf Sachkenntnis als auf Rücksichtslosigkeit und Brutalität ankommt. Auch mit der Verwendung von jugendlichen, auch weiblichen oder sonstigen ungelernten Arbeitern an Drehbänken suchen die Unternehmer die Löhne zu drücken, um ihren Profit zu erhöhen. Dies alles und noch sonstige Manipulationen haben naturgemäß im Gefolge, daß unter den Arbeitern dieser Branche eine tiefgehende Unzufriedenheit Platz gegriffen hat. Es wird hierdurch auch ein Wechsel der Arbeitsstellen erzeugt, der 68 vom Hundert umfaßt. Das Durchschnittsalter in dieser Arbeitergruppe ist gegen früher ganz erheblich gesunken. Die ungeheure Arbeitslosigkeit ist ebenfalls zum größten Teil auf dieses Hetzsystem zurückzuführen. Um dagegen anzukämpfen, müssen Maßnahmen getroffen werden, von denen die wichtigste das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterorganisation bei der Lohnfestsetzung ist. In einzelnen Branchen, z. B. bei den Formern, ist dieses Recht bereits erkämpft. Da die Dreherbranche gut organisiert ist und sich auch noch besser entwickelt, so ist zu hoffen, daß das, was die Former bereits haben, auch bei den Drehern Eingang findet. Was gleich geschehen muß, ist das Auslegen von Preisbüchern im Betriebe. Auch betreffs des Wartens auf Arbeit muß eine Regelung getroffen werden. Des weiteren ist die Abhaltung von kombinierten Dreherversammlungen zu empfehlen.

Mit dem eindringlichen Appell an die Versammelten, alles aufzubieten, um diesen Zuständen ein Ende zu bereiten, schloß Redner seinen mit großem Interesse und Beifall aufgenommenen Vortrag.

In der Diskussion wurde bedauert, daß die Frage der Kalkulation jetzt, in der Zeit der Krise, aufgerollt werde. Im übrigen

Kleines Feuilleton.

Der Kaiser baut. Er baut; aber er bezahlt nicht. Bezahlen muß das Volk. Darum darf es da nicht auch bauen? Ja, wirklich, es darf nicht. Auch das Recht auf Architektur ist ein Ausdruck für Macht. Der Kaiser ging, wie man aus der „Norddeutschen Allgemeinen“ erfährt, über die Arbeiten des Wettbewerbs für ein Botschafter-Palais in Washington zur Tagesordnung über; er hat „bestimmt“, daß dem Neubau ein Entwurf zugrunde gelegt werden soll, den der — Oberhofbaurat von Ihne angefertigt hat. So lange der Kaiser Herrn Ihne mit dem Bau der Washingtoner Botschaft beauftragen kann, so lange dürfen die Amerikaner getrost glauben, daß wir absolutistisch regiertes Mittelalter sind. Auch der Bau, den der Oberhofarchitekt aufführen wird, wird sie's lehren. Innen die Antiquitäten eines Thronsaales und dergleichen Reliquien, und außen — — Nun, Herr Ihne ist ein trockener Pedant, ein ganz gleichgültiger, schulmäßig ausgebildeter Zusammenträger; seine Werke sind wesenlos, und wenn man sie aus handwerklich als Gebautes schätzen kann, so entbehren sie doch jeder Lebensfähigkeit. Es wäre eine Art von Selbstentleibung, wollte man das Schema Ihne nach Amerika schicken, in ein Land, das Chikago nach einem gewaltigen Plane als die erste von Grund auf moderne Stadt baut. Aber man wird sich entleiben.

Der Wettbewerb, über den der Kaiser sich hinwegsetzt, ist von 272 deutschen Architekten beschickt worden. Sie haben gearbeitet, sie haben es sich etwas kosten lassen. Werden sie sich muckſen, wenn nun all diese Leistungen durch einen autokratischen Federzug abgetan werden? Gewiß, der Entwurf des Architekten Bruno Möhring, der den ersten Preis bekam, war unzulänglich. Aber dieser Entwurf war ja nicht die beste Leistung unter den 272. Und jedenfalls gibt es in Deutschland bessere Architekten als Ihne. Und schließlich: wer bezahlt, sollte auch das Recht haben, den Baumeister zu bestimmen. Aber wie Figura zeigt: er hat es nicht. Und deshalb kommt die Halbheit und Schlimmeres obenauf. Das zweite Vierteljahrhundert kaiserlicher Bauherrlichkeit hat am Ergebnis des ersten noch lange nicht genug.

Der Schnupftuchpatriot. Er spaziert durch die Straßen von Gevelsberg (Westfalen), ein echter deutscher Mann, Oberlehrer oder so etwas, Leutnant der Landwehrinfanterie ersten Aufgebots, den Schnurrbart hochgebürstet, eine Kornblume im Knopfloch, von der Theodor Fontane zu sagen pflegte, daß zu ihrer Nüchternheit noch ein roter Militärhosenstreifen fehle, so spaziert er hochgemut durch die Straßen. Bleibt hier und da stehen und betrachtet ein Schaufenster. Mit hochgemuten Gedanken, wie sie einem Patrioten zukommen Deutsche Waren . . . deutsche Industrie . . . Welthandel . . . Weltmeer . . . Dreizack in unsere Faust . . . Panzerschiffe . . . Hurra! Blickt dabei starr, immer starrer auf einen Haufen Taschentücher in einer Auslage, Taschentücher in englischen, französischen, amerikanischen Farben. Nur keine schwarz-weiß-roten. Der Patriot, „ein klein wenig gereizt“ — so steht es in der „Täglichen Rundschau“ zu lesen! — betritt im Stechschritt den Laden. Fordert ein Taschentuch in deutschen Farben. Vergebliches Umhersuchen. „Ein deutsches? Bedauere!“ „Ach so, verzeihen Sie, ich vergaß, daß wir in Deutschland sind!“ Tritt den beschleunigten Rückzug an, der Ladeninhaber tippt an die Stirn, die Mamsells lachen hinterdrein. Aber der Patriot, die Brust geschwellt von einer Aufgabe, die Schnurrbartenden drohend gesträubt, stelzt weiter, ins nächste Geschäft. Dasselbe Spiel . . . Frage, Antwort, beschleunigter Rückzug, die Mamsells lachen hinterdrein, der Chef tippt an die Stirn. Der Patriot aber setzt sich hin und weint seinen Schmerz in der „Täglichen Rundschau“ aus: „Eine einzige Farbe fehlte. Die in ihrer Einfachheit so wunderschön und geradezu klassisch-vornehm wirkende Farbe schwarz und weiß und rot! 1813—1913! Und in diesen Tagen feiern wir Leipzig!“ Furchtbar!!

Lieber Leser! So etwas gibt es, so etwas läuft auf zwei Beinen unter uns herum; wenn Du's nicht glaubst, schlag die „Tägliche Rundschau“ nach! Aber mir kamen schreckliche Zweifel. Wie, wenn dieser feurige Schnupftuchpatriot endlich ein Taschentuch in deutschen Farben entdeckt, sich mit germanischer Extase darin schnaubt und dann jählings dessen inne wird, daß er mit den Exkrementen seiner Nase eigentlich die teuren Farben beschmutzt, entweiht, geschändet hat? Was dann? Wird er mit eherner Konsequenz am folgenden Tage in allen Geschäften nach Klosettpapier in den „geradezu klassisch-vornehm wirkenden Farben schwarz und weiß und rot“ fahnden? Wer weiß?

Richtiggehend. In der Sprachecke des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins ist zu lesen: Habt ihr schon auf die lächerliche, aus Norddeutschland kommende neue Mode geachtet, nichts mehr als richtig, sondern richtiggehend zu bezeichnen? Es ist eine richtige — Verzeihung! — eine richtiggehende Krankheit. Man sagt nicht mehr: „die älteste richtige Freimarke der Welt“, nein: die älteste richtiggehende Freimarke der Welt. Hübsch, nicht wahr? Ungemein witzig! Da ist einer ein richtiggehender Ketzer; da ist aus einer Novelle aus Versehen ein richtiggehender Roman geworden; da heißt es, wir hätten dies Jahr keinen richtiggehenden Sommer gehabt; da gibt es Dinge, die für einen richtiggehenden Christen recht anstößig sind usw. usw. Kurz, es ist nicht mehr ganz richtig mit dem Worte „richtig“: es muß unter allen Umständen verlängert werden; und wenn Luther erst heute die Bibel übersetzte, dann müßte er im Hebräerbriefe schreiben: Das Szepter deines Reiches ist ein richtiggehendes Szepter.

Humor und Satire.

Breslauer Sitten.

Ei, wie kamen, Richter Mundry,
Sie doch zu der Aeußerung,
jene Mädchen, noch so jung,
seien teuflisch wie die Kundry?

Aber diese Männer, ach,
die in Amt und Würden sitzen,
Staat sowie Familie stützen,
diese wären man bloß schwach?

Wie doch kann man die Geschlechter
so verwechseln, schwach und stark?
Ist das nicht ein bißchen arg,
sagen Sie, Gesetzeswächter!

Oder meinen Sie, es sei,
ob man was als „stark“ benenne
oder es als „schwach“ erkenne,
manchmal quasi einerlei?

Soviel wäre zuzugeben:
Was sie äußerten, war schwach,
schwach wie Bohnenstroh, und ach,
dennoch war es stark beneben.

Franz.

Notizen.

— **Harmlosigkeit.** Als der Abgeordnete Bassermann im „Berl. Tagebl.“ den anonymen Roman aus der Bülow-Zeit „Die Auserwählten“, in dem er sich selber geschildert fand, gelesen, meinte er mit tragischer Miene zu einem Parteifreunde:

„Immer gedenk ich des Harms, der . . .“

„Also kennst du den Verfasser?“ staunte der Freund.

Bassermann aber blickte verständnislos. In seiner Harmlosigkeit begriff er nicht, welch bedeutungsvolles Wortspiel er soeben gemacht.

— **Ein Zusammenschluß der Wirtschaftsarchive** hat sich auf einer Tagung zu Köln vollzogen. Als Hauptziel wurde der gemeinsamen Arbeit die Aufgabe hingestellt, zu der immer noch unerschlossenen Geschichte des Bürgertums im 19. Jahrhundert vorzudringen.

— **Vorträge.** Oeffentlicher Vortrag am Institut für Meereskunde, Georgenstr. 34—36, Montag, 27. Oktober, Dr. H. Michaelsen-Berlin: Anfänge des Handels und Handel des klassischen Altertums. (1. Vortrag der Reihe: Geschichte des Welthandels vom Altertum bis in die Neuzeit). Beginn 8 Uhr abends. Eintrittskarten zu 25 Pf. in der Geschäftsstelle. — Im zweiten Vortrag des von der Humboldtakademie veranstalteten philosophischen Vortragszyklus spricht Hermann Cohen über: Das Unvergängliche in der Lehre Kants. Der Vortrag findet statt am Sonntag, den 2. November, 12 Uhr mittags, im Auditorium der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung, Alte Bauakademie, Schinkelplatz 6. Eintrittskarten zu 1 M. in den Bureaus der Humboldtakademie.

— **Theaterchronik.** In den Kammerspielen des Deutschen Theaters gelangt heute Wilhelm Schmidtbonns Legendenspiel „Der verlorene Sohn“ in der Inszenierung von Max Reinhardt zur Uraufführung. Die Vorstellung beginnt um 7½ Uhr.

— **Musikchronik.** Am 1. November wird Lortzings „Undine“ in einer textlich und musikalisch völlig gereinigten und auf Lortzings beide Urpartituren, die Hamburger und die Wiener, zurückgeführten Form im Deutschen Opernhause aufgeführt.

— **Gerhart Hauptmann** hat sein Drama aus der homerischen Sagenwelt „Der Bogenspanner Odysseus“, aus dem er Teile bereits öffentlich vorgelesen hat, vollendet. Die Veröffentlichung soll in Kürze zu erwarten sein. Ein zweites Drama, an dem er noch arbeitet, heißt „Der weiße Heiland“ und spielt in der Zeit der Eroberung Mexikos durch Cortez. Außerdem dramatisiert er zurzeit die Novelle „Herrn Arnes Schatz“ von Selma Lagerlöf.

— **Ein Heidemaler.** In Hamburg starb im besten Schaffensalter der Maler Friedrich Schwinge, der seine Kunst mit hingebender Liebe der Schilderung der Heiden, Wälder und Dörfer der Lüneburger Heide widmete.

— **Zwei neue Nildämme geplant.** Die ägyptische Regierung beschäftigt sich, wie aus Kairo gemeldet wird, gegenwärtig mit dem Plan der Errichtung von zwei neuen Nildämmen, die in Oberägypten, in der Nähe von Assiut erstehen sollen. Die Vermessungen haben bereits begonnen.

— **Oper und Kinematograph.** In Julius Bittners Spiel „Der Abenteurer“, das demnächst im Kölner Opernhaus zur Uraufführung gelangt, wird zum ersten Male in einer Oper (für zwei Bilder des dritten Akts) der Kinematograph verwendet.

sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referats aus und ergänzten dasselbe noch durch mancherlei Beispiele.

Die Steinarbeiter von Groß-Berlin stimmten nach einem beifällig aufgenommenen Referat des Genossen Otto Hanke vom Bauarbeiterverbande über „Die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung" folgender Resolution zu:

In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit im Steinmetzgewerbe Groß-Berlins fordern die organisierten Steinarbeiter

a) von den staatlichen und kommunalen Bauämtern: die möglichste Beschleunigung aller auszuführenden Bauten. Bei der Vergebung von Arbeiten nur die Berücksichtigung solcher Unternehmer, welche die tariflichen Bestimmungen anerkannt haben und sich verpflichten, hiesige Arbeiter in erster Linie zu beschäftigen;

b) von Staat und Kommunen: die Einführung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung und bis zum Inkrafttreten derselben die Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung Arbeitsloser, ohne dieser den Charakter der Armenunterstützung zu geben;

c) von den Unternehmern: die größtmöglichste Herabsetzung der Arbeitszeit auf die Dauer des allgemeinen Arbeitsmangels, den völligen Verzicht auf Ueberstunden und die Herbeiführung einer von den beiderseitigen Verbänden auszuübenden gemeinsamen Arbeitsvermittelung;

d) von sämtlichen Berufsangehörigen: die Unterstützung aller Bestrebungen, welche die Durchführung obiger Forderungen zu fördern geeignet sind, insonderheit die strikteste Einhaltung der tariflich zulässigen kürzesten Arbeitszeit, sofern ein weiteres Herabsetzen derselben nicht durchführbar ist.

Der Absatz d wurde, um ihm mehr Wirksamkeit zu geben, als besonderer Antrag behandelt und wie die Gesamtresolution mit großer Mehrheit angenommen.

Für den lokalen Arbeitslosenunterstützungsfonds (eine Zentral-Arbeitslosenunterstützung besitzt der Steinarbeiterverband noch nicht) wurden im vergangenen Quartal 3118,40 M. eingenommen und 2005,70 M. verausgabt. Die Arbeitslosigkeit erstreckt sich zurzeit auf 15 Proz. der Mitgliedschaft. Eine weitere Zunahme ist für den Winter zu erwarten.

Der Mitgliederstand hat sich auf der Höhe des vorigen Quartals (1070 Mitglieder) gehalten.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung der organisierten Schlächtergesellen in Kellinghusen (nicht Nellinghausen) ist noch nicht beendet. Die Firma Gebr. Schlimann, Wurstfabrik, verlangt von den Gehilfen ausdrücklich den Austritt aus der Organisation. Nur unorganisierte Gesellen will sie beschäftigen. Trotzdem rühmt sich die Firma mit ihrem Liberalismus und sieht namentlich Konsumvereine als Abnehmer ihrer Spezialmarken „Schlimanns Hausmarke" und „Cerva" sehr gern. Die organisierte Arbeiterschaft wird das Verhalten dieser Firma zu bewerten wissen.

Der organisierten Arbeiterschaft in den Dresdener Zigarettenfabriken gelang es, ohne Kampf eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Zunächst wurden den sämtlich im Metallarbeiterverbande organisierten Maschinenführern wesentliche Zugeständnisse gemacht. Aber auch die im Tabakarbeiterverbande Organisierten haben zum Teil erhebliche Lohnzulagen erreicht. Die Jasmayi-A.-G. (Trustfirma) wandelte ihre vor einiger Zeit gewährte Teuerungszulage von 5 Proz. in eine zehnprozentige allgemeine Lohnerhöhung um. Die Firma Eckstein bewilligte für Handarbeiten 5—25 Pf. pro Mille und erhöhte außerdem den Lohn der Packer um 2—10 Pf. pro Mille; ferner werden den Arbeiterinnen die Kartonnagen fertig zugerichtet geliefert. Andere Arbeiterinnen, wie Etikettiererinnen, Bandoliererinnen usw. erhielten Lohnzulagen von 0,50—1,50 M. pro Woche. Die Wochenlöhne der männlichen Arbeiter, Tabakschneider usw., wurden um 1, 2 und 3 M. erhöht, und soll eine Steigerung um jährlich 2 M. eintreten. Bei den Firmen Laferme, Casanova, Kosmos, Epirus, Garbaty-Filiale und Selowski wurden die Löhne für Handarbeit erhöht, und zwar meistens um 20 Pf. pro Mille, bei Casanova sogar um 30—50 Pf. Die Firmen Delta (Trustfabrik), Malzmann, Sulima und Hemidze gewährten ebenfalls Lohnerhöhungen für Handarbeiterinnen und Packerinnen bis zu 25 Pf. pro Mille, daneben wurden bei einigen dieser Firmen die im Lohn Beschäftigten mit Zulagen von 0,50 bis 1,— M. bedacht. Im Betriebe der Delta trat ferner eine Verkürzung der Arbeitszeit von täglich einer Stunde ein; der dadurch entstandene Lohnausfall wurde durch Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Pf. ausgeglichen. Bei dieser Bewegung kamen außer den Maschinenführern 4950 Personen, meistens weibliche, in Frage, von denen 4380 an der Lohnerhöhung beteiligt sind.

Achtung, Elektromonteure! In der Zeitung „Deutschlands Arbeiterfreund", einem in Berlin erscheinenden Organ, dessen gelbe Tendenzen klar zutage liegen, sucht die Firma Brown, Boveri u. Co. in Mannheim tüchtige, selbständige Elektromonteure für Hausinstallation nach Herbertingen in Württemberg. Offerten mit Zeugnissen und Lohnansprüchen sollen eingereicht werden. Es ist zu vermuten, daß der Zweck des Inserats der ist, möglichst billige Arbeitskräfte auswählen zu können. Die Elektromonteure werden darauf aufmerksam gemacht, daß in Württemberg eine Vereinbarung zwischen sämtlichen Firmen der Elektrizitätsbranche und dem Deutschen Metallarbeiterverbande besteht, in welcher die von allen Firmen zu zahlenden Löhne und Montageauslösungen festgelegt sind. Die Einstellungslöhne betragen für selbständige Monteure 60—65 Pf. Wer also bei der Firma Brown, Boveri u. Co. um Arbeit nachsucht, der verlange mindestens den Lohn, den jede andere Firma auch zu zahlen hat und erkundige sich wegen der anderen Bestimmungen der Vereinbarung bei der nächsten Verwaltung des Metallarbeiterverbandes.

Ausland.

Eine erfolgreiche Aktion der Färber in Basel.

In Basel wiesen die Handdrucker der Färberei A.-G. vormals Clavel u. Lindemeier durch einen fünftägigen Streik den Versuch der Verschlechterung des bestehenden Tarifvertrages zurück und errangen ferner die Zusage, auf den 1. April 1914 hin einen neuen Tarifvertrag mit Berücksichtigung der Arbeiterforderungen vorzubereiten.

Stadtverordneten-Versammlung.

30. Sitzung vom Donnerstag, den 23. Oktober 1913, nachm. 5 Uhr.

Vorsteher Michelet eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr mit dem Ausdruck der innigen Anteilnahme der Berliner Bürgerschaft und ihrer Vertretung an dem Unheil, das das Marine-Luftschiff L 2 und seine Besatzung am 17. Oktober betroffen hat; er knüpft daran den Wunsch, daß die Luftschiffahrt sich durch solche Katastrophen nicht beirren lassen möge. Die Versammlung hat sich während dieser Ansprache des Vorstehers von den Sitzen erhoben.

Die im Wege des Privatdienstvertrages beschäftigten städtischen Angestellten sollen nach dem Vorschlage des Magistrats nach den Vorschriften des Angestelltenversicherungsgesetzes versichert werden und die Stadt soll nur die gesetzliche Verpflichtung zur Zahlung der Hälfte der Versicherungsbeiträge übernehmen. Während die städtischen Beamten von der Versicherungspflicht befreit worden sind, will sich der Magistrat auf die Befreiung der Privatangestellten von der Versicherungspflicht nach diesem Gesetze nicht einlassen, nachdem auch die auf Grund des Versammlungsbeschlusses vom 28. November 1912 eingesetzte gemischte Deputation in gleichem Sinne beschlossen hat. Nach dem Ministerialerlaß vom 23. November 1912 ist die Befreiung möglich, wenn 1. den Angestellten ein Rechtsanspruch auf Ruhegeld und Hinterbliebenenrente zusteht, 2. die Kündigung von dem Vorhandensein eines wichtigen Grundes abhängig gemacht wird und 3. für die Entscheidung hierüber der Rechtsweg oder die Nachprüfung durch eine außerhalb der Kommune stehende Instanz zugelassen ist. — Den gesamten 3300 Versicherungspflichtigen, für die die Gesamtbeiträge rund 400 000 M. betragen würden, über den Gemeindebeschluß vom 18. Januar 1908 hinaus (wonach Ruhegeld und Hinterbliebenenfürsorge gewährt werden kann) den Rechtsanspruch und zugleich die Kündigungsbeschränkung zuzugestehen, erklärt der Magistrat schon deshalb für unmöglich, weil diese Angestellten zum Teil nur aushilfsweise oder für kürzere Zeit beschäftigt werden. Aber auch das Charlottenburger Muster (Befreiung der schon 10 Jahre im Dienste der Stadt beschäftigten Angestellten) will der Magistrat nicht nachahmen, da diese Angestellten dadurch zwar nicht rechtlich, aber tatsächlich die Stellung von Beamten erlangen würden. Gegen die Gewährung des Rechtsanspruches macht der Magistrat weiter geltend, daß, wenn dieser allgemein gewährt würde, die Arbeiter auch von der Invalidenversicherung befreit wären und so, da sie sich erfahrungsgemäß nur in den seltensten Fällen freiwillig weiterversichern, ihre durch lange Beitragsleistung erworbenen Ansprüche verlieren würden. Vor allem aber sei zweifelhaft, ob Betriebseinschränkung als „wichtiger" Grund zur Kündigung angesehen werden würde. Auch hält der Magistrat für angezeigt, den Angestellten die Möglichkeit zu belassen, nach dem Gesetz gegebenenfalls das Heilverfahren zu beantragen. — Die Uebernahme der den Angestellten obliegenden Zahlung der Beitragshälfte hat der Magistrat schließlich auch abgelehnt, weil eine solche Maßnahme nicht im Sinne der sozialen Gesetzgebung sein würde; nur soll eine besondere Berücksichtigung der beitragspflichtigen Angestellten erneut in Erwägung gezogen werden, wenn im nächsten Jahre eine allgemeine Gehaltsrevision stattfinden sollte.

Ein Antrag der Sozialdemokraten geht dahin, daß auch die Beiträge der städtischen Angestellten zur Angestelltenversicherung auf die Stadtkasse übernommen werden sollen.

Stadtv. **May** (A. L.) steht mit seinen Freunden im ganzen auf dem Boden der Vorlage, wünscht aber Ausschußberatung. Den Antrag Arons lehnt er aus den Gründen ab, die der Magistrat dagegen anführt und rekapituliert auch im übrigen in der Hauptsache lediglich die der Vorlage vom Magistrat beigegebenen Begründung. Ausschußberatung sei erforderlich, um über das Maß der notwendigen Gehaltserhöhung schlüssig zu werden.

Stadtv. **Kublenzer.** (Soz.): Der Magistrat stützt sich bei seinen Vorschlägen auf die Beschlüsse der gemischten Deputation. Diese war sich aber auch darüber einig, daß mindestens eine Gehaltserhöhung stattfinden müsse, um die Angestellten in den Stand zu setzen, ihren Teil der Beiträge zu zahlen. Diesen Standpunkt der Deputation hat der Magistrat vergessen, freilich nicht ganz, denn er spricht ja davon, daß er evtl. später eine entsprechende Berücksichtigung „in Erwägung ziehen" wolle. Auf eine solche Vertröstung auf den St. Nimmerleinstag können wir uns nicht einlassen; daher unsere Anträg. Der Magistrat hat uns ja eine Begründung für seinen Standpunkt gegeben, und mein Vorredner war so liebenswürdig, sie fast wortgetreu zu wiederholen und sie zu seiner eigenen zu machen. Der Magistrat meint, das Gesetz sei auf Wunsch der Angestellten geschaffen worden. Aber nur ein Teil von ihnen hatte das verlangt, derjenige Teil, der glaubte, Schaden zu nehmen, wenn er in die Invalidenversicherung einbegriffen würde. Da kann man also nicht einfach sagen: die Angestellten wollten das Gesetz und müssen jetzt auch die Folgen tragen. Es wäre auch ein Unsinn gewesen, wenn man den Angestellten nur den Rechtsanspruch gab, nicht aber die Kündigungsbeschränkung; dann hätte man sie ja jederzeit durch die Entlassung um dieses Recht wieder bringen können. Im Durchschnitt kommen an Neubelastung auf den einzelnen städtischen Angestellten 60 M.; sind denn ihre Gehälter alle so hoch, daß man darüber so hinweggehen kann, übt man nicht vielmehr auf diese Weise einen Druck in der Richtung einer weiteren Einschränkung der Lebenshaltung aus? Die Gründe des Magistrats gegen die Befreiung wenigstens derjenigen, welche schon zehn Jahre angestellt waren, sind ebensowenig stichhaltig. Wir können gute Einrichtungen nicht von dem Unverständnis derjenigen abhängig machen, die nicht so einsichtig geworden sind, durch Weiterversicherung sich ihre Invalidenrente zu wahren. In einem so großen Gemeinwesen wie Berlin muß man auch in der Lage sein, die Arbeitsmöglichkeiten so zu disponieren, daß man eine Person nach einer anderen Stelle dirigieren kann, wenn an der bisherigen Arbeitsmangel durch Betriebseinschränkung eintritt. Den Segen des Heilverfahrens bestreiten wir am allerwenigsten; aber diese eine Tatsache kann uns nicht zu der Gesamtauffassung des Magistrats belehren. Gegen die Uebernahme der Beiträge der Angestellten führt der Magistrat nun das ethische Moment ins Feld. Wir machen ja massenhaft in Ethik, aber mit der Ethik allein fangen die Angestellten nichts an. Diese beginnen ja auch schon, sich zu rühren; eine Versammlung der städtischen Architekten und Techniker hat sich bereits über die angekündigte Gehaltserhöhung ausgesprochen, aber keineswegs in befriedigtem Sinne; sondern auch diese Angestellten haben die Uebernahme ihrer Beiträge auf die Stadt verlangt und ersuchen in einer Petition die städtischen Behörden darum. Auch diese Herren wollen von der Ethik nichts wissen; sie stellen uns vielmehr einen Etat auf, welcher ersehen läßt, wie ungünstig die neue Belastung auf ihre Lebensführung und den Haushalt zurückwirken würde. Sehr bedenklich erscheint uns schließlich die ängstliche Rücksichtnahme des Magistrats auf die Privatindustrie, der man mit solchem Beispiel nicht vorangehen dürfe. In diesem Bestreben bemüht sich ja die Stadt ohnehin, möglichst noch etwas mit den von ihr gezahlten Löhnen hinter denen der Privatindustrie zurückzubleiben. Die Industrie muß aber mit solchen Dingen rechnen, sie muß sich damit abfinden. Eine ganze Reihe von Städten, die in ihrer Wohlhabenheit lange nicht an Berlin heranreichen, hat die Frage in unserem Sinne geregelt; wenn das bei diesen kleineren Kommunen möglich war, muß es auch der größeren Kommune Berlin möglich sein. Die entstehenden Schwierigkeiten verkennen wir keineswegs, auch nicht die damit gegebene Beschränkung der Freizügigkeit der Beamten; allen diesen Schwierigkeiten wäre man aber doch durch eine angenommene Gehaltserhöhung aus dem Wege gegangen. Hier aber liegt nur eine Verbeugung gegen die Beamten vor, die überhaupt nichts kostet. Erfreulicherweise hat ja auch der Vorredner zum mindesten eine Gehaltserhöhung für notwendig erklärt. Ich bitte Sie, unseren Antrag anzunehmen, um die Frage in würdiger Art zu lösen.

Stadtv. Dr. **Nathan** (Fr. Fr.): Aus dem Schlußsatze der Begründung geht hervor, daß der Magistrat selbst das Gefühl hat, daß die hier in Betracht kommenden Angestellten in der Tat mit der neuen Auflage so belastet werden, daß dafür eine Entschädigung eintreten muß. Ist dem so, so sollte man diese Kreise nicht auf den Nimmermehrstag vertrösten, sondern versuchen, ihnen schneller zu Hilfe zu kommen. Deshalb sind auch wir der Meinung, daß in einem Ausschuß die Möglichkeiten dafür geprüft werden müssen.

Stadtv. **Goldschmidt** (R. L.): Die Begründung der Vorlage hat mich aufs peinlichste überrascht, weil darin nicht zum Ausdruck gekommen ist, was die ganze gemischte Deputation beseelt. Die städtischen Angestellten haben sich keineswegs um das Zustandekommen des Gesetzes bemüht, für sie war ja bereits viel besser gesorgt; auf sie kann sich der Magistrat also für seinen Standpunkt nicht beziehen. Noch in diesem Juni hat ferner der Magistrat hier ausdrücklich erklärt, die Beitragsfrage würde ohne Schädigung der Angestellten gelöst werden; diese Erklärung hat damals meine Bedenken zerstreut. Am meisten hätte den Angestellten die Befreiung von der Versicherungspflicht zugesagt, schon weil das Ruhegeld viel reichlicher bemessen ist als die Rente nach dem Gesetz; aber für unmöglich halte ich, an Gehältern, wie diese Angestellten und Diätare sie beziehen, noch Kürzungen vorzunehmen. Der Magistrat hätte sich dazu verstehen sollen, hier nicht kleinlich zu sein; nicht an einer so ungeeigneten Stelle zu sparen, wo es sich um Leute handelt, die diese Versicherung gar nicht gewollt haben. Auf einen so fernen und unsicheren Wechsel kann man die Angestellten nicht vertrösten.

Stadtrat **Doflein:** Zu nochmaliger Auseinandersetzung in einem Ausschuß sind wir gern bereit. Der Magistrat hat nicht das Gesetz erlassen, und er hat auch nicht die Verpflichtung, daraus entstehende Härten zu beseitigen. (Widerspruch.) Nicht den Worten, aber dem Sinne nach ist eine solche Verpflichtung hier statuiert worden. Es wäre eine offene Ungerechtigkeit gegenüber den anderen Angestellten, wenn jetzt ein Teil derselben vorweg mit einer Gehaltsaufbesserung bedacht würde. Zeitweise sind wir mit außerordentlichen Aufgaben, wie großen Hoch- und Tiefbauten, befaßt, zu deren Herstellung eine Menge von Angestellten angenommen werden muß, die nachher in städtischen Betrieben nicht weiter beschäftigt werden können; eine allgemeine Disposition, die es gestattete, alle diese Leute nachher bei uns unterzubringen, ist unmöglich.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern.

Die Gestaltung des Baublocks: An der Neuen Promenade, Am Zwirngraben und An der Spandauer Brücke hat schon mehrmals die Versammlung und von ihr eingesetzte Ausschüsse beschäftigt. Das jüngst vorgelegte Projekt hat auch Beanstandung gefunden und ist nochmaliger Ausschußberatung überwiesen worden. In dieser hat man sich schließlich mit 11 gegen 2 Stimmen auf ein allerneuestes Projekt geeinigt, welches dem Wunsche des Stadtv. Baurat Cremer gemäß die Ecke des Grundstücks nach dem Hackeschen Markt rechtwinkelig auslaufen läßt und doch den im Verkehrsinteresse an diesen gefährlichen Straßenübergang zu stellenden Anforderungen gerecht wird.

Die Versammlung stimmt ohne Debatte den Ausschußvorschlägen zu.

Der Magistrat teilt der Versammlung seine Absicht mit, zukünftig an den Polizeipräsidenten das Ersuchen zu richten, die Polizeireviere anzuweisen, auch den zu den Beisitzerwahlen für das Gewerbegericht an sich berechtigten Personen die Wahllegitimation zu erteilen, welche bei vorübergehender Arbeitslosigkeit nachweisen, daß sie 6 Wochen vor Bekanntmachung des Wahltermins in Arbeit gestanden haben.

Stadtv. **Brückner** (Soz.): Unzweifelhaft bedeutet die Vorlage einen Fortschritt. Das hindert uns aber nicht, immer wieder zu betonen, daß die bestehenden Bestimmungen über das Wahlrecht ungerecht sind, weil sie nach wie vor einen großen Teil der Arbeiter vom Wahlrecht ausschließen. Arbeitslosigkeit bis zu 6 Wochen soll das Wahlrecht nicht mehr ausschließen; aber alle, die das Unglück haben, länger arbeitslos zu sein, verlieren es. Damit wird zweierlei Recht geschaffen. Eine Lohnforderung kann der Arbeiter noch zwei Jahre lang einklagen; er kann seine Forderung geltend machen vor demselben Gericht, zu welchem er nicht mehr wählen kann. Derjenige Arbeiter, der lange Wochen, 20 und mehr, krank und arbeitsunfähig, aber nicht durch den Arbeitgeber von der Krankenkasse abgemeldet ist, hat das Wahlrecht nach wie vor; der vom Arbeitgeber abgemeldete verliert es! Also auch hier gilt zweierlei Recht. Arbeitslosigkeit von 13, 14 Wochen rechnet in manchen Berufen bei den immer schärfer werdenden gewerblichen Krisen schon als Durchschnitt; alle so betroffenen Arbeiter sind ebenfalls vom Wahlrecht ausgeschlossen. Wir müssen uns vorbehalten, bei geeigneter Gelegenheit auf diese Mängel zurückzukommen und Anträge auf Abhilfe zu stellen.

Stadtv. **Goldschmidt:** Ich glaubte, diese Vorlage würde unbeanstandet passieren, denn die 6 Wochen sind doch seinerzeit auch mit Freunden des Vorredners vereinbart worden. Sollten sich auch jetzt noch Unzuträglichkeiten herausstellen, so wird ja später auf Abhilfe hinzuwirken sein.

Die Versammlung nimmt von der Mitteilung des Magistrats Kenntnis.

Der spezielle Entwurf betr. den Neubau zweier Personalwohngebäude mit Aerztekasino und Aerztewohnungen beim Krankenhause Friedrichshain liegt vor, ebenso der mit 548 000 M. abschließende Kostenanschlag.

Stadtv. Dr. Weyl (Soz.): Wir dürfen hier der Hochbauverwaltung unsere Anerkennung aussprechen, und das um so mehr, weil ihr früher schwere Vorwürfe wegen ihrer Säumnis gemacht werden mußten und etwas mehr Dampf dringend notwendig war. Wir haben diese Vorlage vergangenen Dienstag in der Krankenhausdeputation beraten, Freitag hat der Magistrat dazu Stellung genommen und heute können wir hier sie bereits verabschieden. Die Hochbauverwaltung kann also auch anders. Hoffentlich bewahrheitet sich hier nicht das Sprüchwort: „Eine Schwalbe macht keinen Sommer." Hoffentlich werden auch die Versprechungen gehalten, daß in erster Linie Berliner Arbeiter eingestellt und verheiratete bevorzugt werden; dann hätte auch die Hochbauverwaltung gegenüber der Arbeitslosigkeit das ihrige getan.

Die Vorlage wird angenommen.

Zu dem von der Verlagsbuchhandlung Marhold in Halle a. S. herauszugebenden Sammelwerk „Die Anstaltsfürsorge für körperlich, geistig, sittlich und wirtschaftlich Schwache im Deutschen Reiche in Wort und Bild" will der Magistrat 200 M. beitragen, damit ein Artikel über die Berliner städtische Taubstummenschule darin Aufnahme findet.

Die Versammlung bewilligt den Betrag.

Schluß der öffentlichen Sitzung nach ½7 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit" ist soeben das 4. Heft des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Zentrumsstreit. Von August Erdmann. — Die Kontinentalsperre und ihre Wirkungen auf die links- und rechts-Elbischen Industriezweige. Auch ein Beitrag zur Jahrhundertfeier. Von Georg Schumacher. — Deckungsfrage und Imperialismus. Von Ant. Pannekoek. — Die Arbeitslosenversicherung in Großbritannien. Von J. Sachse, London. (Schluß.) — August Bebel in Japan. Von S. Katayama.

Feuilleton der Neuen Zeit Nr. 68: Arbeitsdarstellungen in der Kunst. Von Adolf Behne. Die Bestandteile der Milcharten. Von Adolf Reitz. — Bücherschau: Hermann Wendel, August Bebel. Oskar Wöhrle. Der Baldamus und seine Streiche.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Witterungsübersicht vom 23. Oktober 1913.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	763	NNW	2	wolkig	11	Haparanda	749	W	2	bedeckt	4
Hamburg	764	NO	1	Regen	10	Petersburg	759	OSO	2	Nebel	4
Berlin	763	NW	1	bedeckt	11	Scilly	760	O	4	wolkig	12
Frankf. a. M	764	SSW		Nebel	10	Aberdeen	767	SW	3	wolkenl.	1
München	766	S	1	wolkenl.	5	Paris	761	S	1	bedeckt	7
Wien	765	SSW		bedeckt	7						

Wetterprognose für Freitag, den 24. Oktober 1913.

Etwas kühler bei ziemlich frischen nördlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 22.10. cm	seit 21.10. cm¹)	Wasserstand	am 22.10. cm	seit 21.10. cm¹)
Memel, Tilsit	146	—8	Saale, Grochlitz	68	0
Pregel, Insterburg	5	—8	Havel, Spandau²)	32	+2
Weichsel, Thorn	211	—5	„ Rathenow²)	—2	+2
Oder, Ratibor	130	—3	Spree, Spremberg²)	82	0
„ Krossen	132	—2	„ Beeskow	90	—2
„ Frankfurt	133	—8	Weser, Münden	120	+2
Warthe, Schrimm	42	—	„ Minden	187	—5
„ Landsberg	20	0	Rhein, Maximiliansau	346	—2
Netze, Nordamm	—6	+3	„ Kaub	143	—2
Elbe, Leitmeritz	—34	—4	„ Köln	120	—5
„ Dresden	—154	—2	Neckar, Heilbronn	44	0
„ Pardy	82	—5	Main, Hanau	116	0
„ Magdeburg	78	0	Mosel, Trier	26	0

¹) + bedeutet Wachs, — Fall. — ²) Unterpegel.

Unserem Genossen
Julius Hasche nebst Frau
herzliche Glückwünsche zur Silberhochzeit!
Die Genossinnen und Genossen des 63. u. 64. Bez., 2. Wahlkr.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis

Am Dienstag, den 21. d. M., verstarb unser Genosse, der Maurer

Max Wellnitz

Wattstr. 6.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 24. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelfahrts-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen-Nordend aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.

Am 21. Oktober starb unser Mitglied, der Maurer

Max Wellnitz

(Bezirk Oranienburger Vorstadt).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Halle der Himmelfahrtsgemeinde in Niederschönhausen-Nordend aus statt.
146/5 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klemmer

Stanislaus Urbanski

gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 24. Oktober, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Kirchhofes in Spandau aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Maschinenformer

Joseph Lange

Ruheplatzstr. 18

am 10. d. Mts. an den Folgen eines Unfalles.

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 24. Oktober, nachmittags 3½ Uhr, vom Virchow-Krankenhaus aus nach dem Sebastian-Kirchhof in Reinickendorf-West, Humboldtstraße, statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung wird erwartet.
128/10 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Tabakarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.

Am 21. Oktober verstarb unser Mitglied, der Zigarettenmacher

Karl Scheerbarth.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 25. d. Mts., mittags 12 Uhr, im städtischen Krematorium in der Gerichtstraße 37 statt. 279/19

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

Albert Trinkwitz

am 21. d. Mts. im Alter von 49 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 24. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes Rummelsburg, Lückstraße, aus statt.
69/1 **Die Bezirksverwaltung.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter sagen wir allen Teilnehmern, insbesondere dem Wahlverein des 4. Kreises und den Kollegen der 16. Revierinspektion der städtischen Gaswerke unseren innigsten Dank.

Caspar Walkowiak und Kinder.
1058

Danksagung.

Anläßlich der großen Teilnahme, die uns bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters

Christoph Brand

zuteil geworden ist, sagen wir allen, insbesondere den Kollegen vom Deutschen Dachdeckerverband unseren herzlichen Dank. 90a

Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Vaters

August Blumenthal

sagen allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank. 943

Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Verwandten, sowie den Kollegen der Eisengießerei Siemens u. Halske meinen herzlichsten Dank. 739

Frau Klara Strehmel.

Offene Füsse

Krampfadergeschwüre, wenn auch veralt. u. hartnäck., schmerzhafte Wunden, unerträgl. Jucken heilt ohne Nachteil die mild wirkende „Olinda-Salbe" besonders für empfindsame Leiden. Sofort kühlend und lindernd, da frei von jeder Schärfe. Zahlreiche Erfolge! — M 1.— u. 2.50.
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnst. 4

Joseph Kastners Arbeitskleidungs-
Spezialgeschäft befindet sich jetzt Berlin O.
Revaler Straße 8,
Eckhaus Libauer Straße, an der Warschauer Brücke,
früher Revaler Straße 6.

Haarblondin
das ideal Waschpulver für helles u. dunkles Haar
1 Paket = 25 Pf. Nur echt m. d. Feuerkranz.
Zu haben in Drogerien.
Fritz Kratz, Berlin N.
Reinickendorferstr. 119

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonntag, den 26. Oktober 1913, vorm. 10 Uhr:

Branchen-Versammlung der Maschinenschlosser

in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31 (großer Saal).

Tagesordnung:

Gründung der Maschinenschlosser-Branche.

Referent Kollege **W. Siering.**

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Kollegen! Sorgt dafür, daß die Versammlung gut besucht wird. Da die Gründung der Branche so notwendig ist, erwarten wir zahlreichen Besuch.

Sonntag, den 26. Oktober 1913, vorm. 10 Uhr:

Allg. Branchen-Versammlung der Rohrleger und Helfer

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer Nr. 15.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen **H. Gries** über: **„Die Reichsversicherungsordnung unter besonderer Berücksichtigung der Krankenkassen".** 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Achtung! Emaillierer! Achtung!

Sonntag, den 26. Oktober 1913, vorm. 10 Uhr:

Große Versammlung

aller in den Emaillierwerken Berlins und Umgegend beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 3.

Tagesordnung:

Wird der am 17. Oktober fällige erhöhte Lohn gezahlt?

Sonntag, den 26. Oktober 1913, vorm. 10 Uhr:

Branchen-Versammlung

aller in der Metallindustrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen

in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18 (großer Saal),

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. **Broitscheid** über: **„Terrorismus und persönliche Freiheit".** 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt:

Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet und erwarten wir, daß jeder Kollege und jede Kollegin in denselben erscheint.

128/8 **Die Ortsverwaltung.**

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12.

Spezialarzt
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata. Blutuntersuchung. Schnelle, sich. Heilung. Mäßige Preise.
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
Sprechst. v. 8—8, Sonntags 8—10.

Zentralverband der Dachdecker Deutschlands

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 10 Uhr:

Versammlung der Dachdecker u. Hilfsarbeiter

bei Fritz Wilke, Sebastianstraße 39.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen **Gustav Link** über: **„Die Krankenkassen nach dem 1. Januar 1914 unter Berücksichtigung der Reichsversicherungsordnung".** 2. Kassenbericht vom 3. Quartal 1913. 3. Verbandsangelegenheiten.

Wegen der äußerst wichtigen Tagesordnung erwartet der Vorstand das Erscheinen aller Mitglieder. 51/11

Wahlausschreiben

der

Allgemeinen Ortskrankenkasse für Nowawes und Umgegend.

Auf Grund des § 91 der neuen Kassensatzung sind für die Wahlperiode vom 1. Januar 1914 bis 31. Dezember 1917 von den Versicherten und den bei der Kasse zuständigen Arbeitgebern Vertreter zum Ausschuß (früher Generalversammlung) nach näherer Vorschrift der Wahlordnung zu wählen.

Die Versicherten haben 30 Vertreter und 60 Ersatzmänner aus ihrer Mitte und die Arbeitgeber 15 Vertreter und 30 Ersatzmänner aus ihrer Mitte in getrennter Wahlhandlung zu wählen. Wahlberechtigt sind volljährige Arbeitgeber und Versicherte, welche der Kasse angehören.

Die Versicherten sowohl als die Arbeitgeber haben das Wahlrecht in Person auszuüben, dürfen sich also nicht vertreten lassen.

Wählbar sind nur volljährige Deutsche. Die Arbeitgeber können auch als Vertreter und als Ersatzmänner zum Ausschuß bevollmächtigte Betriebsleiter, Geschäftsführer und Betriebsbeamte der beteiligten Arbeitgeber wählen.

Die Wahl der Versicherten findet statt am Sonnabend, den 22. November, von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends, im großen Saale des Herrn Max Singer, Priesterstr. 31.

Die Wahl der Arbeitgeber findet statt am Montag, den 24. November, nachmittags von 4 bis 7 Uhr, im Restaurant „Port Arthur".

Jeder Wähler, welcher an der Wahl teilnehmen will, erhält bis spätestens 15. November von seinem Arbeitgeber oder im Kassenbureau während der Dienststunden von 2 bis 4 Uhr eine Wahlkarte ausgehändigt, die am Wahltage als Ausweis über seine Wahl- und Stimmberechtigung dient und welche er dem Wahlausschuß vorzuweisen hat. Wähler, die nicht im Besitze einer Wahlkarte sind, werden zur Wahl nur zugelassen, wenn sie in einer sämtliche Mitglieder des Wahlausschusses überzeugenden Weise ihre Wahlberechtigung nachweisen können. Freiwillige Mitglieder können sich durch ihre Mitgliedskarte legitimieren. Die Arbeitgeber legitimieren sich durch die letzte Beitragsquittung. Der Wahlausschuß am Tage der Wahl ist befugt, die Wahl- und Stimmberechtigung jedes Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen.

Die Wähler können die Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnisse während der Kassenstunden von 2 bis 4 Uhr im Kassenbureau einsehen.

Einsprüche gegen die Richtigkeit der sich aus dem Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnisse ergebenden Wahl- und Stimmberechtigung sind **bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens bis zum 6. November unter Beifügung von Beweismitteln bei dem Kassenvorstand einzulegen.**

Wahlberechtigt sind ferner die am 1. Januar 1914 durch die Reichsversicherungsordnung neu in die Krankenversicherung einbezogenen volljährigen Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Nowawes und Umgegend und die volljährigen Arbeitgeber solcher Mitglieder. Ausgenommen hiervon sind die Arbeitgeber unständig Beschäftigter als solche, sowie unständig Beschäftigte, die nach § 455 der Reichsversicherungsordnung keine Beitragsstelle zahlen, und ferner solche Versicherungspflichtigen, die Mitglieder einer Ersatzkasse sind und deren eigene Rechte und Pflichten auf ihren Antrag ruhen.

Die wahlberechtigten Personen werden aufgefordert, sich zwecks Eintragung in die Wählerliste bis spätestens den 15. November werktäglich von 2 bis 4 Uhr im Kassenlokal der Allgemeinen Ortskrankenkasse einzufinden. Die Arbeitnehmer haben sich dort durch eine Bescheinigung ihrer Arbeitgeber über das bestehende Beschäftigungsverhältnis auszuweisen. Den in die Wählerliste aufgenommenen Personen wird im Kassenbureau der Allgemeinen Ortskrankenkasse eine Wahlkarte als Ausweis zur Ausübung ihres Stimmrechts ausgehändigt werden. Im übrigen wird noch darauf hingewiesen, daß die in der vorstehenden Bekanntmachung enthaltenen Bestimmungen über den Gang der Wahl auch für die hier genannten Personen in allen Punkten Geltung haben.

Wir fordern nunmehr die Wähler (Versicherte und Arbeitgeber) auf, bis spätestens zum 6. November schriftliche Vorschläge bei dem Kassenvorstand getrennt für Arbeitgeber und für Versicherte einzureichen.

Die Stimmabgabe der Wähler ist an diese Wahlvorschläge gebunden.

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe unterzeichnet sein. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung ausdrückt, und nach Familien- und Vor- (Ruf-) Namen, Beruf und Wohnung zu bezeichnen. Bei Versicherten ist auch der Arbeitgeber, bei dem sie beschäftigt sind, anzugeben. Mit den Wahlvorschlägen für Versicherte ist von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist. Bei den Wahlvorschlägen für Arbeitgeber ist eine solche Erklärung nur erforderlich, soweit ein vorgeschlagener Bewerber nach § 17 der Reichsversicherungsordnung **zur Ablehnung der Wahl** befugt ist.

In jedem Wahlvorschlag ist ferner ein Vertreter des Wahlvorschlages und ein Stellvertreter für ihn aus der Mitte der Unterzeichner zu bezeichnen. Ist dies unterblieben, so gilt der erste Unterzeichner als Vertreter des Wahlvorschlages und, soweit eine Reihenfolge erkennbar ist, der zweite als sein Stellvertreter. Der Wahlvorschlagsvertreter ist berechtigt und verpflichtet, dem Vorstand die zur Beseitigung etwaiger Anstände erforderlichen Erklärungen abzugeben. 276/12

Die zugelassenen **Wahlvorschläge** können von den Wählern im Kassenbureau während der Kassenstunden, von 2—4 Uhr, eingesehen werden.

Nowawes, den 22. Oktober 1913.

Der Kassenvorstand.
Kersten.

Anzüge

für Herren in Jackett-, Rockform, in hochmodernen Farben, aus besten Stoffen, selbst angefertigt, für jede Figur passend, auf Lager, werden zu folgenden billigen Preisen zum Verkauf gestellt:

Jackett-Anzüge	M. 10, 16, 20 etc.
Gehrock-Anzug	„ 18, 22, 27 „
Winter-Ulster	„ 12, 15, 22 „
Herren-Paletots	„ 6, 8, 12 „
Jünglings-Anzug	„ 8, 10, 14 „
Hosen	„ 2, 3 bis 6.-

Institut für Verleihung elegant. Gesellschafts-Anzüge.

Garderobenhaus.
Hauptgeschäft:
Gr. Frankfurter Straße 116
an der Andreasstraße.
Zweigeschäft: **Schönhauser Allee 101.**

Nur ein Preis!
Frische fette junge, 7—15 Pfd. schwere
Gänse pro Pfd. **72** Pf.
Nur allererste Qualität!
Gänsebrüste, ½ Gänse, ¼ Gänse, Suppenhühner, Brathühner, Tauben empfiehlt
F. Wegner, Berlin SO.
nur Mariannenstr. 34.

Land- und Bauparzellen

für Vorwärtsleser schon mit **100 Mark Anzahlung,** kleine jährliche Tilgung, im westlichen Vorort, direkt am Bahnhof. Guter Boden, größte **Wertsteigerung** zu erwarten. Bevor Sie anderweitig besichtigen, prüfen Sie dieses Angebot, da streng reell. Schreiben Sie sofort an **M. Buchholz,** Berlin, Knipradestr. 19. Pläne, Prospekte. Auskunft kostenlos.

Jeder **Arbeiter,** jeder **Handwerker,** jeder praktisch arbeitende **Mann**
der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma
Kohnen & Jöring, Berlin 49. **Arbeitskleidung — Berufskleidung.**
Größtes Spezialgeschäft dieser Art.
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 66.
Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Machart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

A. Jandorf & Co

Soweit Vorrat — Spittelmarkt — Belle-Alliancestr. — Grosse Frankfurterstr. — Brunnenstr. — Kottbuser Damm

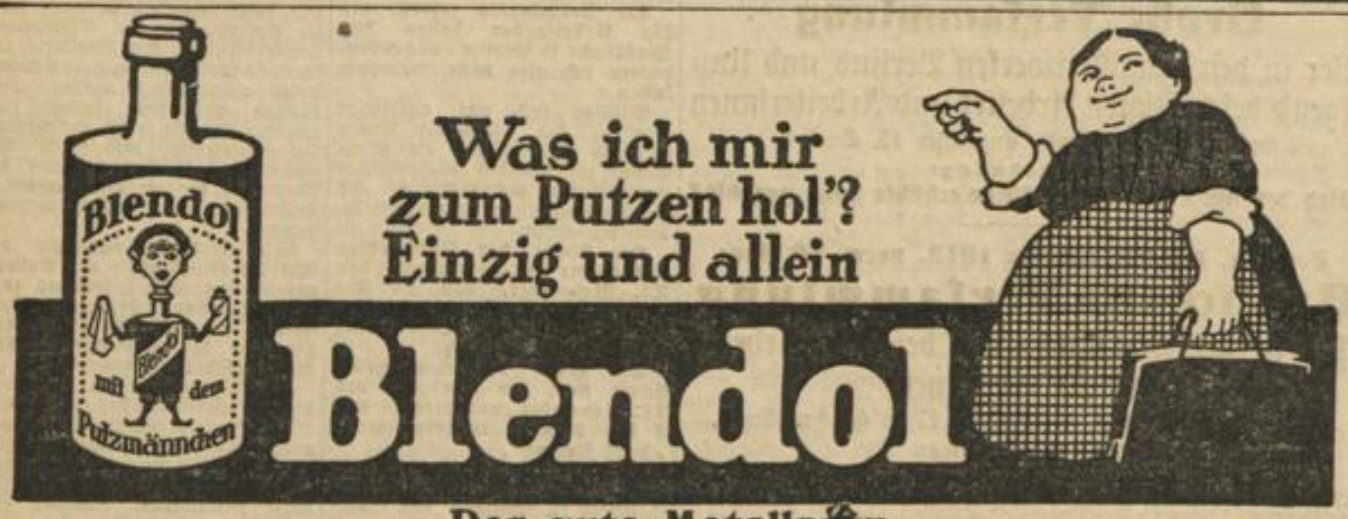
Verkauf nicht an Wiederverkäufer

Verlangen Sie bei Einkäufen Rabattmarken! Beachten Sie unsere Schaufenster!

Im eigenen Interesse unserer Kundschaft machen wir darauf aufmerksam, dass der Verkauf der **billigen Artikel** aus unserer

39 Pfennig-Woche

weiter **heute Freitag und morgen Sonnabend** stattfindet.



Der gute Metallputz.

In Glas- u. Blechflaschen überall erhältlich. — Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Würzburger Hühneraugenmittel

von **Dr. H. Unger.** — Gegen **30 Pfennig** auf 10 Pf. Anweisung frei Ohne Zweifel die **bequemste u. wirksamste Hilfe.** Der Schmerz ist in **5 Min.** ort. Das Hühnerauge selbst in **3 Tagen.** (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.)

Dr. H. Unger in Würzburg.

Berlin (20 Pf.): **Salomon-Apotheke,** Charlottenstraße 54. — **Greif-Apotheke,** Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: **Rosen-Apotheke, Würzburg.**

Zigarrengeschäfte

mache ich aufmerksam auf meine **Kautabak-Spezialitäten:**

Skandia-Skraa

und

Solidaritäts-Tabak

Max Ziegenhals, Neue König-Straße 70 (Königstadt: 3047).

Sämtliche eingeführte Fabrikate in Zigaretten, Tabaken, Zigarren zu billigsten Preisen.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppich-Thomas. Oranienstr. 44 farbfehlerhafte Teppiche spottbillig; Gardinen, Steppdecken, Tischdecken halben Preis. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. 785R*

Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Spottbilliger Bettenverkauf. Wäscheverkauf. Gardinenverkauf. Teppichverkauf. Goldwarenlager. Riesenauswahl Herrengarderobe. Sonntagsverkauf ebenfalls. *

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 25—60 Mark, Hosen 6—18 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

In Freien Stunden. Wochenschrift für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnements wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts" entgegen. Probehefte gratis.

Winterpaletots, Winterjoppen 8,00, Federbetten Stand 11,00, 16,00, hochfeine 21,00. Leihhaus Osten, Königsbergerstraße 19. 1547R*

Ohne Anzahlung, 50 Pfennig Wochenrate an, liefere Bilder, Wanduhren, Teppiche, Gardinen, Portieren, Tischdecken, Steppdecken. Strengste Diskretion zugesichert. Auf Wunsch Auswahlsendung. Bestellungen erbitte „Postlagerkarte 9", Postamt 102. *

Nähmaschinen, gebrauchte, in allen Systemen billigst, schon von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26. 298R*

Similiseidene Steppdecken (Seidenersatz) 4,15, Wollatlas-Steppdecken 8,50, große Schlafdecken, grau farbig, 1,10, Normal-Schlafdecken 1,65. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 1256R*

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Natz, Mulackstraße 14. *

Lombardhaus verkauft Schreibtische, Uhren, Teppiche, Gardinen, Portieren, Kleiderschränke, Stühle, Waren jeder Art. Auguststraße 73.

Bettenstand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R*

Leihhaus Moritzplatz 58a! kaufen Sie spottbillig von Kavalieren wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots. Serie I: 10—18, Serie II: 20—30 Mark, größtenteils auf Seide. Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe, enorm billig. Riesenposten Kleider, Kostüme, Plüschmäntel, auf Seide, früher bis 150, jetzt 20—35 Mark. Große Posten Pelzstolas in Skunks, Marder, Nerz, Füchsen, früher bis 200, jetzt 20—75 Mark. Große Auswahl in Herren-Gehpelzen, Gelegenheit in Damen-, Reise-, Wagenpelzen. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Uhren, Brillanten, Goldwaren enorm billig nur Moritzplatz 58a I. 194R*

Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus „Rosenthaler Tor", Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, nur 1 Treppe, kein Laden! kaufen. Anzüge 9,—, Ulster, Paletots 5,—, Silberuhren 3,—, goldene Damenuhren 8,—, Goldwaren, Brillanten, Pelzstolas, Betten, Gardinen, Teppiche, Freischwinger, Fahrräder. Alles enorm billig. Sonntags geöffnet. 1440R*

Teppiche (Farbenfehler) spottbillig. Fabriklager Mauerhof, Große Frankfurterstraße 9, parterre. „Vorwärts"-Leser zehn Prozent Extrarabatt! 1296R*

Junfallsache. Schlafzimmer 150 Mark an, 60 Kleiderschränke mit und ohne Spiegel 40 Mark an. Ganze komplette Einrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Gardinen, Stores, Portieren, Stepp-, Tisch- und Kommodendecken, Gaskronen, Teppiche, Herren-Garderobe usw. Für Brautleute sehr geeignet. Weber's Möbelspeicher, Neue Königstraße 36.

Teilzahlung 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Decken, Teppiche, Bilder, Uhren, Spiegel, Goskronen, Möbel, Betten, Wäsche, Kinderwagen, Herrengarderobe, Damengarderobe. Sende Vertreter. Meisels, Andreasstraße 4 (Schlesischer Bahnhof). *

Gaskronen, dreiflammig, komplett 7,50, Gaszuglampen 6,00, Hängelichtpendel 4,00, Gasbrenner 2,40, Gaswandarme 1,50. Kronenlager, Große Frankfurterstraße 92, Reinickendorferstraße 120, Schönhauser Allee 121, Neukölln, Berlinerstraße 102. 1103R*

Gaskronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Riesenlager! Louis Böttcher (selbst!), Betriebsleitung: Borkagenerstraße 32 (kein Laden). (Fahrverbindung Warschauerstraße.) Filiale: Kottbuser Damm 41 (Hermannplatz). Die allbekannte, in Berlin alleinige Inhaberperson Böttcher verbürgt gediegene Verarbeitung, brennhartes Lötung. (Vorwärtskunden 5 Proz.) 1548R*

Teppiche, Farbenfehler, spottbillige Riesenposten, Portieren, Gardinen, Plüschtischdecken, Diwandecken, Möbelstoffe, Läuferstoffe, Fellvorlagen. Potsdamerstr. 109, Conrad Fischer. Vorwärtsleser Extrarabatt. 1189R

Geschäftsverkäufe.

Kohlengeschäft verkäuflich Czarnikauerstraße 2. †93

Altes Lokal, Parteiverkehr, Brauereilieferung, krankheitshalber verkäuflich. Erfragen Adolfstraße 12. †110

Obstgeschäft, zehnjähriges, Gemüse, Wild, Geflügel, vorzügliche Lage, Gespann, wegen Verheiratung preiswert. Nichtfachmann wird angelernt. Auskunft Bäckerladen Neukölln, Berlinerstraße 16. 192/6

Lokal, kleines, für Anfänger, Parteigenossen passend, billig verkäuflich. Lagerkarte „68" Postamt 58.

Möbel.

Möbel zu außergewöhnlich niedrigen Fabrikpreisen. Besichtigung ohne Kaufzwang. Spezialität: 1-, 2- und 3-Zimmer-Einrichtungen. Eventuell Zahlungs-Erleichterung. Richard Dehmel, Oranienstraße 131. 1281R*

Möbeltausch. Aeltere unmoderne Möbel nehme ich in Zahlung und liefere moderne Möbel dafür. Differenz in bequemen Wochenraten. Postlagerkarte 3, Postamt 22. 1536R*

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Kein Geheimnis, daß man bei mir Wohnungseinrichtungen sowie Einzelmöbel in modernster Ausführung zu reellen Kassenpreisen erhält. Auch guterhaltene gebrauchte und zurückgesetzte. Anzahlung und Raten nach Wunsch. Weitgehende Stundung bei Krankheit, Aussperrung usw. Neuartiges Rabattsystem bei pünktlicher Zahlung. Große Ersparnis für den reellen Käufer. Julius Gabbert, Tischlermeister, Ackerstraße 54. *

Gehe zu mir, ich borge Dir Möbel für Stube und Küche, mit 10 Mark Anzahlung und allerkleinsten Wochenraten. Einzelne Möbel 3 Mark Anzahlung. In allen Stadtteilen Verkaufslager. Osten: Tannenzapf, Blumenstraße 2, Neukölln und Südosten: Möbelkonsum, Kottbuserstraße 14, Norden und Zentrum: Alte Schönhauserstraße 32. 1535R*

Bekanntmachung! 60 Schreibtische, modern und mit Säulen, nußbaum, mahagoni, eiche, zu enorm billigen Preisen nur an Private! „Möbelhaus des Südosten". Nur Skalitzerstraße 25. 1549R

Kreditbaus „Frankfurter Tor", Große Frankfurterstraße 1, liefert bei denkbar kleinsten An- und Abzahlungen ganze Wohnungs-Einrichtungen, Stube und Küche schon bei Mark 15.— Anzahlung an, einzelne Möbelstücke schon bei Mark 5.— Anzahlung an. Riesengroße Auswahl in dunklen Küchen und aller Arten Möbel. Abzahlung ganz nach Wunsch des Käufers. Bekannte Kulanz und Rücksicht. Sonntags 12—2 geöffnet. Vorzeiger dieses erhält beim Kauf 5 Mk. gutgeschrieben, Bitte genau auf Hausnummer Nr. 1 zu achten. 1201R*

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts"-leser 3 Prozent Rabatt. 896R*

Stube (mahagoni), Küche (weiß) zu verkaufen. Händler verbeten. Willrup, Rominterenstraße 47. Sprechzeit abends 6—7½. †84

Bilder.

Das größte Bildergeschäft Berlins ist jetzt eröffnet worden von der Firma Bilder-Bogdan, Rosenthalerstr. 11/12. Jeder Käufer erhält bis auf weiteres ein schönes Bild gratis. 1411R*

Fahrräder.

Fahrradvertrieb „Groß-Berlin", reelle und billige Bezugsquelle, Reparaturen gewissenhaft und schnellstens Neue Schönhauserstraße 9, Brunnenstraße 145, Badstraße 9, Müllerstraße 13, Turmstraße 25, Charlottenburg, Spandauerberg 29.

Kaufgesuche.

Pfandscheine, Fahrräder, Nähmaschinen, Möbel kauft, beleiht höchstzahlend Leihhaus, Invalidenstr. 148.

Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmelzerei Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 111/1*

Platinabfälle, Gramm 5,60, Altgold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft höchstzahlend Blümel, Schmelzerei, Auguststraße 19 III.

Goldschmelze kauft höchstzahlend Zahngebisse, alle Metalle. Witwe Nieper, nur Köpenickerstraße 157.

Münzen, Briefmarken kauft Großmann, Spandauer Brücke 2. Norden 10621. 170/20*

Briefmarken-Sammlung kauft Großmann, Spandauerbrücke 2. Norden 10621. 170/19*

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 448R*

Akademische Arbeiter-Unterrichtskurse, 25. Oktober Hörerversammlung. Annahme von Anmeldungen Gormannstraße 13 im Zentral-Arbeitsnachweis. †142

Verschiedenes.

Patentanwalt Beffel, Gitschinerstraße 94a.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 16.

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer vermietet Werner, Elsenstraße 106 I. †73

Schlafstellen.

Schlafstelle allein, Schlafstelle zwei Herren, Woche 3,—. Hoffmann, Dragonerstraße 18. 2736B*

Möblierte Schlafstelle für Herrn, separat, allein. Hasenheide 56, 2. Aufgang IV links. †144

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Klavierstimmer. Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Hasselbach, Neukölln, Riemeyerstraße 10.

Stellenangebote.

Ein geübter Abzieher für Zinkplatten wird sofort verlangt. H. Bernert, Charlottenburg, Wielandstraße 42. 171/36*

Packerinnen, geübte, jüngere, zum Einpacken und Kontrollieren der Waren an unseren Kassen sofort gesucht. — Meldungen 1—2 mittags oder 7—8 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1—2. 1533R*

Redakteur gesucht.

Für die Redaktion der **„Arbeiter-Zeitung"** suchen wir per **1. Januar** einen geeigneten Genossen, der besonders in der Berichterstattung bewandert ist. Ihm würde auch die Führung des Redaktionsarchivs und der provinzielle Teil der Zeitung übertragen werden. Bewerbungen mit kurzem Bildungsgang werden bis 1. November erbeten an

292/18 **Fritz Kahl, Dortmund, Leopoldstraße 48.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Hamburg.

Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum baldigen Antritt einen

Bevollmächtigten

an Stelle des zum Parteisekretär gewählten Kollegen **H. Kürbis.** Bewerber müssen mit der Agitation und den Verwaltungsarbeiten durchaus vertraut sein.

Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen der Breslauer Generalversammlung (Gauleiterfalla). Bewerber müssen wenigstens 5 Jahre Mitglied des Verbandes sein. Aus der Bewerbung muß hervorgehen die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung. Dienstjahre in der Arbeiterbewegung werden zur Anrechnung gebracht.

Die Bewerbungen sind bis **spätestens 6. November 1913** mit der Aufschrift **„Bewerbung"** zu senden an **H. Kürbis, Hamburg 1, Besenbinderhof 57 II.**

128/9* **Die Ortsverwaltung.**

Konsumverein für Oranienburg u. Umg.

Obiger Verein sucht zum 1. Dezember dieses Jahres einen kautionsfähigen

Geschäftsführer.

Offerten mit Gehaltsansprüchen sind bis zum 8. November an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Herrn **W. Möbius,** Schützenstraße 11, zu richten. 107/18*

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wiesepp, Neukölln. Für den Inseratenteil veranw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Mitte November erscheint wieder eine neue Lokalliste.

Wir ersuchen daher, alle Aenderungen bezw. Neuaufnahmen bis **spätestens Sonnabend, den 1. November,** an die nachverzeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

Für den I. Wahlkreis an den Genossen Franz Lucht, SO. 36, Liegnitzer Straße 43.

Für den II. Wahlkreis an den Genossen R. Reinhardt, S. 59, Urbanstraße 67.

Für den III. Wahlkreis an den Genossen Gustav Müller, SO. 36, Grünauer Straße 26, IV.

Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Franz Behersdorf, O. 34, Litauer Straße 14.

Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Hahnisch, C. 54, Auguststr. 51, III.

Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Salomon Joseph, NW. 21, Stromstr. 36.

Für Nieder-Barnim an den Genossen Ernst Werkmann, Friedrichshagen, Köpenicker Straße 18.

Für Teltow-Beeskow an den Genossen Karl Rohr, Neukölln, Neue Jonasstr. 38, IV.

Für Potsdam-Osthavelland an den Genossen Karl Kasmirzak, Spandau, Elisabethstr. 1.

Für Ober-Barnim an den Genossen Karl Schindhelm, Eberswalde, Breite Straße 59.

Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorsitzenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten.

Um das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitgliede, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln. — Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokalkonferenzen der Wahlkreise so oft gefaßten Beschluß hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzusenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgekommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 1. November einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten.

Des weiteren ersuchen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einsendungen immer erst in letzter Stunde einlaufen, ist, wenn es sich um eine Sperrnotiz handelt (Vergnügen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission:
Albert Hahnisch, C. 54, Auguststraße 51.

Zweiter Wahlkreis. Heute abend letzter Vortrag über „Imperialismus und Militarismus“. Anfang pünktlich 8½ Uhr. Um zahlreichen Besuch bittet Der Bildungsausschuß.

Dritter Wahlkreis. Heute Freitag, abends 7 Uhr, findet eine wichtige Flugblattverbreitung statt. Pflicht der Genossen und Genossinnen ist es, sich zahlreich in den bekannten Lokalen einzufinden. Der Vorstand.

Sechster Wahlkreis.

37. und 38. Kommunalwahlbezirk, 1., 5. und 6. Kreis (Hansa-, Luisen- und Kriminalgerichts-Viertel): Sonntag, den 26. Oktober: Wichtige Flugblattverbreitung. Die Genossen der 13., 14. und 20. Abteilung werden ersucht, in den ihnen zugeteilten Bezirken zu helfen.

Die Genossen und Genossinnen der 21. Abteilung ersuchen wir, sich rege an der Handzettelverbreitung am Sonntag vormittag 8 Uhr von den bekannten Lokalen aus zu beteiligen.

Charlottenburg. Am Sonntagmorgen 8 Uhr findet eine Flugblattverbreitung zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl statt. Wir bitten die Genossen, pünktlich zur Stelle zu sein.

Bohnsdorf und Umgegend. Am Montag, den 27. Oktober, abends pünktlich 8¼ Uhr, findet in der Villa Kahl der dritte Vortrag des Genossen Wilhelm Pieck über: Der praktische Teil des Parteiprogramms „Unsere Stellung zum Militarismus und zur Kolonialpolitik“ statt.

Gleichzeitig weisen wir auf den am Sonntag im selben Lokale stattfindenden Kunstabend hin. Mitwirkende: Frl. Marie Schipfmann (Rezitationen), Herr Kurt Lietzmann (Lieder zur Laute). Anfang nachmittags 6 Uhr. Eintrittskarten a 30 Pf. sind zu haben beim Kassierer W. Franz, Paradiesstr. 4, und dem Genossen Molkenthien, Eichwalde, Kaiser-Friedrichstr. 7.

Tegel. Am Sonnabend, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, findet in Trapps Festsälen (Inh. Ziegs), Bahnhofstr. 1, der vierte Vortrag des Lichtbilderkursus: „Entwickelung des Tierreiches und Abstammung des Menschen“ statt. Vortragender: Herr M. H. Boege. Ende des Vortrages 10 Uhr. Nachdem Tanz. Eintrittskarten an der Kasse 20 Pf.

Petershagen-Fredersdorf. Am Sonntag, den 26. Oktober, nachmittags 4 Uhr, bei Wolters (Forsthaus): Oeffentliche Versammlung.

Mühlenbeck. Am Sonntag, den 26. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Lokale „Zur Sonne“ (Inh. Adolf Bärsch): Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag in Jena (Martha Arendsee). 2. Bericht aus der Gemeindevertretung (Gemeindevertreter A. Bärsch). 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Für die von der Stadt Berlin beschäftigten Angestellten mit Privatdienstvertrag soll jetzt die Frage der Angestelltenversicherung geregelt werden. Eine gemischte Deputation hatte längere Zeit darüber beraten und dann ihre Vorschläge gemacht. Was der Magistrat nunmehr den Stadtverordneten mit dem Ersuchen um Zustimmung vorlegt, dürfte in den Reihen der Angestellten nicht viel Freude wecken. Gegen die Absicht, den Angestellten die Zahlung ihrer Beitragshälfte aufzuerlegen, wendet sich die sozialdemokratische Fraktion. Sie beantragt, daß die Stadt die Zahlung des vollen Beitrages übernehmen soll. Genosse Koblenzer, der gestern den Antrag begründete, zerpflückte die „ethischen“ Gründe des Magistrats. Redner der bürgerlichen Fraktionen erklärten, daß sie für die Angestellten der Stadt viel Wohlwollen empfinden. Nun, das kennt man ja. Ob der Antrag unserer Genossen eine Mehrheit finden wird, muß man abwarten. Er wurde samt der Vorlage einem Ausschuß überwiesen.

Zur Kenntnisnahme überreichte der Magistrat die Mitteilung, daß er auf eine andere Regelung der Zulassung von Arbeitslosen zu den Gewerbegerichtswahlen hinwirken will. Er wünscht, daß der Polizeipräsident künftig die Polizeireviere anweist, die Wahllegitimation all' den Arbeitslosen noch auszustellen, die nicht seit mehr als 6 Wochen vor Bekanntmachung des Wahltermins arbeitslos sind. Gegenüber dem bisherigen Zustand — man erinnert sich der Debatten, die darüber im vorigen Jahre in der Stadtverordnetenversammlung geführt wurden — ist auch das noch kein großer Fortschritt. Genosse Brückner hob hervor, daß auch so noch sehr viele Arbeitslose um ihr Wahlrecht kommen müssen. Die sozialdemokratische Fraktion wird zu gegebener Zeit entsprechende Anträge stellen, die auf Erweiterung des Kreises der zuzulassenden Arbeitslosen abzielen.

Das russische Fleisch.

Der Vertrieb des durch die Stadt bezogenen russischen Fleisches hat gestern morgen, wie bereits gemeldet, wieder begonnen. Es waren 273 Rinderviertel, 130 Schweine und 15 Kälber aus Rußland eingetroffen, von denen Charlottenburg 2 Rinderviertel und 3 Schweine übernommen hat. Der Verkauf fand an 160 Stellen und zwar bei 40 Ladenschlächtern und an 120 Markthallenständen statt. Das Fleisch sah recht gut aus und fand schnell Absatz. Einzelne Stände waren schon im Laufe des Vormittags geräumt.

Vom städtischen Wohnungsamte.

Gestern tagte unter dem Vorsitz des Stadtrats Fischbeck die Deputation für das Wohnungswesen. Der Vorsitzende führte zunächst den vom Magistrat zum Direktor des Wohnungsamtes gewählten Dr. phil. Laporte in sein Amt ein. Die Deputation beschäftigte sich dann mit der Wahl von Wohnungsinspektoren und -inspektorinnen sowie Wohnungspflegern und -pflegerinnen für das Amt. Ferner gab der Direktor einen eingehenden Bericht über die bisherigen organisatorischen Arbeiten für die praktische Ausführung der Wohnungsinspektion. Die Bezirke der Wohnungsinspektionen für das gesamte Stadtgebiet, das in 10 Teile zerlegt werden soll, wurden festgesetzt. Ebenso wurde die Zahl die Mitglieder für die 118 Wohnungskommissionen bestimmt. Außerdem wurde beschlossen, mit denjenigen Vereinen, welche auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge für das Wohnungs- und Gesundheitswesen in Berlin tätig sind, in Verbindung zu treten, um eine möglichst einheitliche Arbeit zu organisieren.

Der größte Straßenbahnhof der Welt.

Der neue Bahnhof der Großen Berliner Straßenbahn in Berlin-Lichtenberg, der 21. den die Gesellschaft im Betriebe hat, übertrifft alle seine Vorgänger an Größe. Die Halle ist 200 Meter lang und über 100 Meter breit; sie kann bei voller Besetzung 500 Wagen gleichzeitig aufnehmen, die auf 26 nebeneinanderliegenden Gleisen aufgestellt werden. Dieser Fassungsraum macht den Straßenbahnhof zum größten seiner Art. Man würde jedoch fehlgehen, wenn man sich diesen reinen Nutzbau in seinem Aussehen nüchtern oder düster vorstellen wollte. Vielmehr ist auf Gefälligkeit und nettes Aussehen Wert gelegt worden. Schon der weite Vorplatz, auf dem alle Rangierbewegungen vorgenommen werden, erhält durch den gärtnerischen Schmuck zwischen den Gleisen ein freundliches Aussehen und die langgestreckte Fassade der Halle mit ihren vielen Einfahrten geben diesem Bilde einen gefälligen Hintergrund. Die Halle selbst überwältigt beim Eintritt durch ihre fast unübersehbaren Dimensionen und überrascht durch die Lichtfülle, die aus den Oberlichten hereinströmt. Im Vorderteile sind unter den Gleisen die Arbeitsgruben untergebracht, in denen sich die Schlosser zur Revision der Untergestelle und Motoren unter den Wagen bewegen. Diese Gruben sind so tief, daß darin ein Mann aufrecht stehen kann. Sie stehen untereinander in Verbindung, so daß man von einer in die andere gelangen kann, ohne auf das Hallenniveau hinaufsteigen zu müssen. Das luftige Dach der Halle wird von einer überaus leicht wirkenden und doch soliden Eisenkonstruktion getragen. An der rechten Längswand der Halle sind Werkstätten, Wirtschaftsräume, Magazine und Aufenthaltsräume für das Personal untergebracht, die bei dem reichlich zur Verfügung stehenden Platz gleichfalls geräumig und hell ausgefallen sind. Auf dem Vorraum sind dann noch in einem schmucken Bau die Bahnhofsbureaus, Säle für Schaffner und Fahrer und eine geräumige und freundliche Kantine untergebracht. Der vollen Besetzung des Bahnhofs entspricht ein Personal von etwa 2000 Mann.

Am Mittwochabend hatte die Direktion die Vertreter der Presse zu einer Besichtigung geladen, bei der gleichzeitig eine neue Schutzvorrichtung vorgeführt wurde. Es handelt sich um eine selbsttätige Fangvorrichtung, welche die Frucht einer Kombination von in London und Wien eingeführten Schutzvorrichtungen ist. Demnächst sollen 2000 Wagen mit diesem Schutze ausgerüstet werden. Das lange Zögern in dieser Frage wurde von der Direktion damit begründet, daß die bisherigen Erfindungen auf diesem Gebiete sehr mangelhaft gewesen seien. Das durfte aber nicht dazu führen, gar nichts zu tun. Das lag weder im Interesse des Publikums, noch im Interesse der Gesellschaft, die ja für entstandene Schäden haftbar ist.

Auf dem Bahnhof regt sich in nächtlicher Stunde das Leben. Wagen auf Wagen kehrt heim. Die weite, gut beleuchtete Halle füllt sich. Die „kranken“ Wagen werden sofort der Reparatur unterzogen, während die Schaffner zur Abrechnung eilen und nach ihrer Abfertigung ihrer Behausung zutraben.

Ein „rausgeschmissenes“ Dienstmädchen.

Viel besprochen wird im Hause Gneisenaustr. 83 ein Auftritt, der für das Dienstmädchen einer dort wohnenden Familie Block übel geendet hat. Das Mädchen hatte den Dienst bei dem Ehepaar Block bereits seit Januar dieses Jahres, so daß eigentlich eine die Herrschaft befriedigende Brauchbarkeit zu vermuten war. Mitunter hörte man aber aus der Blockschen Wohnung recht grobe Schimpfworte, mit denen das Mädchen belegt wurde. Auch fiel auf, daß die erst Sechzehnjährige oft abgehetzt aussah. In letzter Zeit soll Frau Block mehrfach geäußert haben, sie werde sie „rausschmeißen“. Schließlich kam es dann zu einem sehr eigenartigen „Rausschmiß“, den die Mutter der Frau Block besorgte. Die Mutter, eine Frau Köhler, wohnt nicht bei dem Ehepaar Block, sie geht aber dort ein und aus. Auch sie beteiligte sich an den Zurechtweisungen des Mädchens und zeigte sich sehr ungehalten, wenn ihr etwas nicht nach Wunsch ausgeführt schien. Am vorigen Freitag, als ihr wieder mal etwas nicht recht gemacht war, packte sie das Mädchen am Arm und „schmiß“ es aus der Küche auf den Treppenflur hinaus. Hausbewohner hörten dann Lärm und einen Knall wie von einer zuschlagenden Tür, so daß sie, ärgerlich über die Störung, herbeieilten. Sie fanden das Mädchen auf dem Flur am unteren Ende der Treppe — die Blocksche Wohnung liegt im Parterre — kauernd an der Hoftür und klagend über Schmerzen am Kopf und am Leib. Was war geschehen? Als ein herbeigerufener Schutzmann das Mädchen hinaufführte, sagte Frau Köhler: „Ich habe sie rausgeschmissen. Dafür, daß sie die Treppe runtergefallen ist, kann ich nichts.“ Die Angaben, die das Mädchen über den Hergang machte, veranlaßten die Polizei, einer Prüfung der Angelegenheit näherzutreten. Das Mädchen wurde übrigens nicht in der Wohnung der Herrschaft belassen, sondern durch den Schutzmann in einer Droschke nach dem Urban-Krankenhaus gebracht. Dort ergab sich eine Wunde am Kopf, die wohl von dem Fall gegen die Hoftür herrührte, sowie eine Bauchmuskelquetschung, die das Mädchen bei dem „Rausschmiß“ schon in der Küche erlitten zu haben meint.

Verhaftung eines Schwindlers. Die Steglitzer Kriminalpolizei verhaftete gestern den angeblichen Direktor Albert Huster wegen einer großen Reihe von Schwindeleien, die er in den verschiedensten Städten Deutschlands und auch in Groß-Berlin begangen hat. Die Spezialität des immer sehr würdig aussehenden und gewandt auftretenden Direktors waren Schwindeleien in Hotels und in Engrosgeschäften. Es hat sich herausgestellt, daß er in den letzten Monaten sozusagen ganz Deutschland gebrandschatzt hat. Er wurde daher von den verschiedensten Gerichtsbehörden gesucht; es war jedoch nicht möglich, seiner habhaft zu werden, da er sich meist auf „Geschäftsreisen“ befand. Huster hatte vor kurzem eine Wohnung in der Poschingerstraße 14 zu Steglitz bezogen, wo ihn sein Schicksal nunmehr ereilt hat.

Ein schwerer Diebstahl ist in Rosenthal bei Reinickendorf ausgeführt worden. Während der dort in der Schillerstraße wohnende Polizeisekretär Schreibvogel an der Hochzeit seines Sohnes teilnahm, drangen Diebe in das völlig isoliert liegende Haus, schleppten den Geldschrank auf ein nahe gelegenes Feld und sprengten dort die Tür. In dem Geldschrank befanden sich eine größere Summe Geldes, Schmucksachen und Wertpapiere. Nach den bisherigen Ermittlungen hat der Transport des Geldschrankes den Dieben viel Arbeit gemacht. Nach anscheinend vergeblichen Versuchen, den schweren Schrank durch die Tür und das Treppenhaus auf die Straße zu schaffen, ließ man ihn vermutlich durch das Fenster herab. Von den Tätern, die sich jedenfalls eines Gespanns bedient haben und mit den örtlichen Verhältnissen vertraut gewesen sein müssen, fehlt bis jetzt noch jede Spur.

Aus der Konsumgenossenschaft.

Der Genossenschaftsrat der Konsumgenossenschaft hat sich in zwei Sitzungen mit dem Geschäftsbericht für 1912/13 beschäftigt. Es wurden verschiedene Anregungen und Wünsche vorgetragen, die vom Vorstande teils zustimmend, teils ablehnend behandelt wurden. Der Generalversammlung soll die Abänderung zweier statutarischer Bestimmungen empfohlen werden. In einem uns von der Verwaltung zugesandten Bericht heißt es:

Nach § 2 des Statuts kann die Konsumgenossenschaft die Waren, die sie in ihren Produktivbetrieben herstellt, auch an Nichtmitglieder verkaufen. Sie hat seither davon fast gar keinen Gebrauch gemacht, nur an einige Kantinen wurde Selter abgegeben. Nun trat aber am 1. Oktober d. J. das Reichsstempelsteuergesetz in Kraft, welches besagt, daß die Genossenschaften, die ihren Geschäftsbetrieb über den Mitgliederkreis hinaus ausdehnen wollen, für jedes neueintretende Mitglied mindestens 10 M. Stempelsteuer zu bezahlen haben. Diese Steuer würde die Konsumgenossenschaft ungeheuer belasten. Da sie in ihren Produktivbetrieben vollauf beschäftigt ist, um die Waren für ihre Mitglieder herzustellen, hat sie gar keinerlei Interesse, den Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus zu erstrecken und wurde deshalb von der Statutenberatungskommission vorgeschlagen, den letzten Absatz im § 2 des Statuts zu streichen. Ferner hat sich ergeben, daß die dem Aufsichtsrat der Genossenschaft obliegenden Arbeiten sich so vermehrt haben, daß sie von den 15 Personen nicht mehr bewältigt werden können. Die Statutenberatungskommission schlug deshalb vor, die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder auf 18 zu erhöhen. Außerdem wurden auch in diesem § 14 noch einige redaktionelle Aenderungen beantragt. Beide Vorschläge der Statutenberatungskommission wurden einstimmig akzeptiert und im Verfolg dieses Beschlusses wird die am 29. Oktober stattfindende Generalversammlung 9 Aufsichtsratsmitglieder zu wählen haben, und zwar 5 für die turnusgemäß ausscheidenden, ein Mitglied hat sein Mandat niedergelegt, weil es geschäftlich verhindert ist, den Posten weiter auszuführen, und drei sind neu zu wählen.

Außerdem hat sich der Genossenschaftsrat mit mehreren vorliegenden Anträgen zu beschäftigen, u. a. auch mit dem, daß die Verkaufsstellen ununterbrochen von morgens 8 bis abends 8 Uhr, Sonnabends bis 9 Uhr offen gehalten werden sollen. Die Antragsteller sowie sämtliche Diskussionsredner betonten ausdrücklich, daß sie nicht etwa die Mittagspause der Angestellten verkürzt wissen wollen, sondern sie wünschen nur deshalb über Mittag geöffnet, um den Arbeiterfrauen die Möglichkeit zu geben, in der Mittagsstunde ebenfalls Waren einholen zu können und glauben, daß damit der starke Andrang in den Abendstunden etwas zurückgedrängt werden könnte. Der Antrag wurde der Verwaltung überwiesen, weil, wie von der letzteren erklärt wurde, diese Aenderung Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Gewerkschaften bedingt.

Von allgemeinem Interesse ist die Stellungnahme des Genossenschaftsrats zu dem Konflikt „Verlagsgesellschaft kontra Buchdrucker“. Es lag dazu folgende Resolution vor:

„Die Versammlung nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß es Genosse Kaufmann als Leiter der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine fertiggebracht hat, den vor allen Instanzen erledigten Konflikt in der Verlagsdruckerei in scharfmacherischer Weise in der Versammlung der Unternehmerorganisation gegen die organisierten Buchdrucker ausschlachten zu lassen und in Gemeinschaft mit dem technischen Leiter der Verlagsdruckerei, Steinhorst, dabei tätig mitzuwirken.

Die Versammlung fordert von den Aufsichtsinstanzen der Verlagsgesellschaft, daß den Leitern dieses Unternehmens, welches dem Solidaritätsgedanken der organisierten Arbeiterschaft sein Entstehen verdankt, klar gemacht wird, daß sie kein Recht haben, die Genossenschaftsbewegung durch ihr arbeiterfeindliches Verhalten fortgesetzt zu diskreditieren.

Die Versammlung hat weiter kein Verständnis dafür, daß die Leiter eines Arbeiterunternehmens Mitglieder einer Unternehmerorganisation sind und sogar hervorragend tätigen Anteil an deren arbeiterfeindlichen Bestrebungen nehmen.“

In einer längeren Debatte wurde das Verhalten Kaufmanns von keiner Seite verteidigt, wenn auch die Meinungen über Einzelheiten der Resolution auseinandergehen mochten. Die Resolution wurde gegen drei Stimmen angenommen.

Der „Männerchor Ost“, M. d. A.-S.-B., Chormeister E. Thilo, gibt am Sonntag, 26. Oktober, im großen Konzertsaal der Brauerei Friedrichshain sein Herbstkonzert. Als Mitwirkende sind das Berliner Konzerthausorchester unter persönlicher Leitung des Komponisten Franz v. Blon und der Konzertsänger Eugen Brieger (Bariton) gewonnen. Zur Aufführung gelangen neben den Orchesterstücken Ouvertüre „Egmont“ von Beethoven, Ouvertüre zur Oper „Rienzi“ von Wagner, Ouvertüre zu Shakespeares „Ein Sommernachtstraum“ von Mendelssohn, Feierliche Ouvertüre „1912“ von Tschaikowski, Männerchöre von Dietze, Kaun, Mücke, Bothe, Zelter, Kurz, Schubert und Wagner, letztere mit Orchesterbegleitung, zur Aufführung. Anfang pünktlich 6 Uhr. Programm und Liedertexte 60 Pf., an der Kasse 75 Pf. Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.

Kleine Nachrichten. Aus Furcht vor völliger Erblindung hat der 81 Jahre alte Rentenempfänger Bode aus der Lychener Straße 26 sich erhängt. — Am Goldfischteich hat sich ein Mann vergiftet, bei dem Papiere auf den Namen Heinrich Kalina gefunden wurden. — Ins Wasser gegangen ist ein Mädchen Elisabeth Freurzel, das in der Kopenhagener Straße wohnte. Seine Leiche ist noch nicht gefunden. — Schwierigkeiten macht die Feststellung zweier Männer, die in der Königsheide bei Adlershof und in der Jungfernheide erhängt aufgefunden wurden. Der erste ist ein Mann von etwa 40 Jahren. Er ist 1,65 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und Glatze und einen rotblonden Schnurrbart und trug einen grüngestreiften Jackettanzug, einen weißen Kragen mit schwarzem Schlips, schwarze Schnürschuhe und einen schwarzen, steifen Hut. Nach Papierschnitzeln, die man in seinen Taschen fand, scheint er Reichel zu heißen. Der zweite, dessen Leiche nach der Halle in Plötzensee gebracht wurde, ist ungefähr 50 Jahre alt, etwa 1,70 Meter groß, hat graumeliertes Haar und einen rotblonden Schnurrbart und trug eine graue Mütze, eine grüne Sommerjoppe, eine dunkelgestreifte Hose, eine graue Wolljacke und Gummizugstiefel. Am rechten Knie hat er eine alte Operationsnarbe.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl

nahm die Wahlvereins-Mitgliederversammlung am 21. Oktober im Volkshause vor. Als Nichthausbesitzer wurden aufgestellt in der ersten Gruppe Genosse Richter, in der zweiten Gruppe Genosse Gebert, in der vierten Gruppe Genosse Rosenthal, in der fünften Gruppe Genosse Scharnberg, in der achten Gruppe Genosse Zaein. Als Hausbesitzer wurden aufgestellt in der ersten Gruppe Genosse Ahrens, in der dritten Gruppe Genosse Bade, in der sechsten Gruppe Genosse Klick, in der siebenten Gruppe Genosse Hirsch, in der achten Gruppe Genosse Vogel. In der ersten und zweiten Abteilung wurde in allen Abteilungen der Genosse Hirsch als Zählkandidat aufgestellt. Hierauf gab der Genosse Thielicke-Wilmersdorf den Bericht vom diesjährigen Parteitag. Er verteidigte die Zustimmung der Teltow-Beeskower Delegierten zur Massenstreikresolution des Parteivorstandes. Die bedeutungsvollste Tat des letzten Parteitages sei die Kundgebung für die Arbeitslosenversicherung gewesen. Die Steuerfrage bedürfe noch gründlicher Erörterung in der Partei. Bei der Behandlung der Wehr- und Deckungsvorlagen habe die Fraktion recht gehandelt. Nur in der Maifeierfrage sei er, Referent, mit dem Parteitag nicht einverstanden. Man hätte bei dem Beschlusse des Nürnberger Parteitages bleiben sollen. Die Maifeier sei jetzt derartig verfahren, daß besser Schluß mit ihr gemacht werde. Die Diskussionsredner Hähn, Striemer, Düwell und Ohlhoff stellten sich sämtlich auf den Standpunkt der Opposition auf dem Parteitag. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Genosse Seifert gab noch den Kassenbericht. Aus ihm ging hervor, daß die Zahl der verkauften Beitragsmarken erfreulicherweise zugenommen hat.

Schöneberg.

Den Auftakt zu den bevorstehenden Kommunalwahlen

bildete eine gutbesuchte öffentliche Versammlung im „Schwarzen Adler", in welcher Genosse Mollenbuhr referierte. Der Redner beleuchtete in großen Zügen die Bedeutung des kommunalen Lebens namentlich für die werktätige Bevölkerung. Er glossierte das mehr als sonderbare Verhalten der Liberalen zu der angeblich schlechten Finanzlage Schönebergs. Früher hätten die Gemeinden nur die Interessen des Grundbesitzes vertreten, das Armen- und Schulwesen sowie andere wichtige Zweige sozialer Fürsorge seien völlig als Nebensache betrachtet worden. Das sei anders geworden in dem Augenblick, als die Sozialdemokratie sich Eingang in die kommunalen Vertretungen verschafft habe. Auf dem Gebiete der Schwangeren- und Säuglingsfürsorge, des Schulwesens, der Arbeitslosenfürsorge, des Verkehrswesens, der Speisung bedürftiger Kinder usw. hätten die sozialdemokratischen Vertreter in der unermüdlichsten Weise gewirkt. Die Ausführungen Mollenbuhrs wurden mit regem Interesse verfolgt und am Schluß durch lebhaften Beifall belohnt.

In der Diskussion betonte Genosse Küter, daß im Jahre 1908 die Sozialdemokratie nur durch zwei Genossen im Stadtparlament vertreten gewesen sei. Seit dieser Zeit hätte sich die Zahl unserer Vertreter ständig vermehrt; sie sei auf 5, dann auf 9 und bei der letzten Wahl auf 13 gestiegen. Wenn die Wähler bei den kommenden Wahlen am 9. November völlig ihre Pflicht tun, sei es möglich, den sozialdemokratischen Einfluß auf das kommunale Leben weiter zu stärken. Bei diesen Wahlarbeiten könnten auch die Frauen gute Wahlhilfe leisten. Des weiteren betonte Küter, daß die Liberalen im 8. Bezirk einen Renommierarbeiter, den Modelltischler Arensiedt, aufgestellt hätten, um denselben zu gewinnen. Zum Schluß forderte Genosse Hoffmann die Versammelten zum Anschluß an den Wahlverein sowie zum Abonnement auf den „Vorwärts" auf.

Lichterfelde.

Zur Krankenkassenwahl werden die Delegierten der Gewerkschaften gebeten, ihre Adressen zur Aufstellung der Wählerliste unverzüglich an den Obmann des Gewerkschaftskartells Peter Moeckel, Stukkateur, Lichterfelde, Marschnerstr. 2 III, einzusenden.

Rosenthal.

Den Bericht vom Parteitag erstattete in der Versammlung des Wahlvereins Genosse Schwarzburger-Ober-Schöneweide. An seine Ausführungen knüpfte sich eine lebhafte Diskussion. Sämtliche Redner erklärten, mit den Ergebnissen des diesjährigen Parteitages nicht zufrieden zu sein. Weder die Massenstreikfrage noch die anderen großen Fragen seien in richtiger Weise behandelt worden; nur in dem Punkte der Arbeitslosenfürsorge wurde dem Parteitage vollste Anerkennung gezollt. Debatteredner waren Genosse Gramatke, Genossin Haeske, Genossen Plagemann und Kretke. In seinem Schlußworte stimmte Genosse Schwarzburger den einzelnen Rednern zum Teil bei. — Nachdem alsdann Genosse Tietze zum Mitgliede des Bildungsausschusses und Genosse Wilgrubs als Revisor gewählt wurden, berichtete Genosse Milbrodt über die Verhandlungen betr. Einfuhr des russischen Fleisches. Er habe als einziger Delegierter von Rosenthal an den Verhandlungen im Berliner Rathause teilgenommen, trotzdem der Schöffe Biernath ebenfalls von der Gemeindevertretung delegiert war. Die Einführung des russischen Fleisches sei gesichert, nur müsse die nächste Gemeindevertretersitzung ihre Zustimmung geben. Dadurch trete aber bedauerlicherweise eine Verzögerung von etwa drei Wochen im Bezuge des Fleisches ein. Wöchentlich sollen vier Schweine und ein Rind zum Verkauf kommen. Schlächtermeister Gahl hat sich bereit erklärt, den Verkauf zu übernehmen. Am Schluß der Versammlung ersuchte der Vorsitzende, zu dem am Sonnabend, den 26. Oktober, im Lokal von Gustav Milbrodt stattfindenden Stiftungsfest, bestehend in hoch- und plattdeutschen Vorträgen, Konzert und Ball, zahlreich zu erscheinen, zumal es das einzige Wintervergnügen ist, welches der Wahlverein veranstaltet.

Spandau.

Eine gutbesuchte öffentliche Kommunalwählerversammlung, die sich mit den am Montag, den 3. November, stattfindenden Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung beschäftigte, tagte am Dienstagabend bei Köpnick. Das einleitende Referat über die Wichtigkeit der Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen hatte Stadtverordneter Genosse Grauer-Lichtenberg übernommen. Redner schilderte in eingehender Weise die vielen Fragen, welche die Kommunen zu lösen haben, wobei die bürgerlichen Stadtverordneten, soweit es sich um die Volksschule und die Arbeitslosenfürsorge handele, um die es doch am traurigsten bestellt sei, fast regelmäßig versagten. Unsere bürgerlichen Kommunalpolitiker ständen diesen Fragen nicht nur ratlos gegenüber, sondern begegneten ihnen oft noch mit Hohn und Spott. Aber auch als Arbeitgeber spiele die Kommune eine wichtige Rolle, sie könne durch Vergebung von Notstandsarbeiten viel zur Linderung der Arbeitslosigkeit beitragen. Der Referent ersuchte am Schluß seines mit Beifall aufgenommenen Vortrages die Erschienenen, trotz des schändlichen Dreiklassenwahlrechts mit aller Wucht in den Wahlkampf zu treten, damit am Tage der Wahl unser Zentralorgan berichten könne, die Spandauer Genossen haben einen glänzenden Sieg errungen.

Den Tätigkeitsbericht der sozialdemokratischen Fraktion erstattete Stadtverordneter Genosse Pieck, aus dem folgendes erwähnt sei: Wenn es auch der kleinen Fraktion nicht oft gelungen sei, eigene Anträge durchzubringen, so seien doch die geschaffenen sozialen Einrichtungen dem dauernden Drängen derselben zu verdanken. Schulärzte seien erst nach jahrelangen Bemühungen angestellt worden. Der erste im April d. J. gegebene Bericht lautete geradezu vernichtend über die Kgl. Arbeiterkolonie Haselhorst, weil dort nach der aufgestellten Statistik die meisten kranken Kinder waren. Auf Antrag unserer Fraktion sei auch eine Erhebung darüber angestellt worden, wieviel Schulkinder ohne warmes Frühstück zur Schule kommen. Ein Rektor habe die Schuld, weshalb 67 Kinder ohne Frühstück zur Schule kommen, zum größten Teil auf die Faulheit der Eltern und Kinder zurückgeführt. Endlich seien auch für eine Schulzahnklinik 4000 M. bewilligt worden. Leider sei es der Fraktion trotz wiederholt gestellter Anträge bisher nicht gelungen, durchzudrücken, daß die aus allgemeinen Mitteln erbaute Jubiläumsturnhalle auch der Freien Turnerschaft zur Verfügung gestellt werde. Eine kleine Besserung sei bei der Benutzung der Rednerhalle auf dem Friedhof eingetreten. Früher mußten die Leichen der ohne Pfarrer beerdigten Genossen aus dem Keller der Leichenhalle geholt werden und die Polizei wohnte hoch zu Roß der Beerdigung bei, wobei es bei der Beschlagnahme von roten Schleifen wiederholt zu unliebsamen Szenen kam. Heute würden die Leichen aus der Rednerhalle geholt, durchgeführt müsse aber noch werden, daß auch die Redner der Freireligiösen Gemeinde in der Halle reden dürfen. 50 000 M. wurden von den Stadtverordneten für Anlegung eines Spielplatzes für den Jungdeutschlandbund und andere patriotischen Jugendvereine bewilligt, unsere Jugend aber werde von der Benutzung des Spielplatzes ausgeschlossen. Auf der städtischen Gasanstalt seien heute noch Arbeiter, welche angestrengt 12 Stunden arbeiten müssen, aber nur 11 Stunden bezahlt erhalten. Dem Antrag, daß Stadtverordnete und Magistratsmitglieder sich nicht an städtischen Submissionen beteiligen dürfen, ständen die bürgerlichen Stadtverordneten hohnlächelnd gegenüber. Jeder einzelne, der bessere Zustände herbeiführen wolle, müsse für die Kandidaten der Sozialdemokratie stimmen. In erster Linie müsse der Kampf gegen die Kommunale Vereinigung geführt werden; sei es doch der Stadtverordnete Katte gewesen, der im Auftrage dieser Fraktion sich gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung ausgesprochen und dabei erklärt habe, die Versicherung würde nur dahin führen, daß der fleißige Arbeiter für den faulen Arbeiter mitbezahlen müsse.

In der hierauf folgenden Diskussion wandten sich die Genossen Appoldt und Reich gegen Mißstände in städtischen Betrieben. Genosse Willi Jahnke ersuchte am Schluß der Versammlung darum, die ganze Kraft einzusetzen, damit wir als Sieger aus diesem Kampf hervorgehen.

Eine Pulverexplosion fand gestern vormittag nach 11 Uhr in der königlichen Pulverfabrik statt. Dabei erlitt ein Arbeiter aus Charlottenburg schwere Brandwunden am ganzen Körper. Wie uns berichtet wird, soll der Schwerverletzte, der sich vor Schmerzen auf dem Rasen umherwälzte, längere Zeit, bis nach Ablöschen des Feuers sich selbst überlassen geblieben sein. Hierauf sei er auf einem zweiräderigen Karren nach dem städtischen Krankenhause übergeführt worden, trotzdem dortselbst einige Krankenwagen vorhanden sind. Wir können im Augenblick nicht nachprüfen, ob die uns als verbürgt bezeichneten Angaben völlig zutreffen. Wäre das der Fall, so müßte ein solches Verhalten der verantwortlichen Personen in der schärfsten Weise gemißbilligt werden.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Neu-Zittau (Kr. Beeskow). Heute Freitag, abends 8 Uhr, im „Goldenen Anker".

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Gerichts-Zeitung.

Friedrichshagener Polizei.

Uebereifer und Schneidigkeit von Polizisten führten in Friedrichshagen in der Nacht vom 23. zum 24. August zu einem bösen Auftritt. Gestern hatte das **Amtsgericht Köpenick** den Sachverhalt zu prüfen in der Verhandlung einer Anklage, die gegen vier Einwohner Friedrichshagens, einen Maurer **Kretzschmar**, einen Maurer **Palm**, einen Arbeiter **Buchholz** und einen Schuhmacher **Berndt**, erhoben worden war. Beschuldigt wurden alle vier Angeklagten des groben Unfugs durch **ruhestörenden Lärm**, außerdem Kretzschmar des **Widerstandes** gegen Polizeibeamte, Palm und Buchholz der **Polizeibeleidigung**.

In jener Nacht hatte **Kretzschmar** gegen Morgen sich aufgemacht, um angeln zu gehen. Als er, das Angelzeug in einem Beutel tragend, in der Seestraße seinen Freund Palm herausklopfen wollte, **hielt ein Mann in Zivil ihn an.** Er solle mal zeigen, was er in dem Beutel da habe, forderte der Fremde. Selbstverständlich verlangte Kr. zunächst zu wissen, wen er vor sich habe. Als der andere sich als Polizeibeamter bezeichnet und auf Verlangen eine Legitimation vorgewiesen hatte, sagte Kr. ihm, er solle nur selber den Beutel aufmachen. Der Beamte — es war der Friedrichshagener **Polizeisergeant Völker** — untersuchte den Beutel und fand darin weiter nichts als Angelgerät. An diesen Vorgang knüpften sich eine Reihe erregter Szenen an, die nach der Darstellung der Angeklagten durch schroffes Vorgehen des Polizeisergeanten Völker und seines hinzukommenden Kollegen Frisch, nach der Darstellung der Beamten durch die Aufgeregtheit Kretzschmars sowie durch das Eingreifen des durch den Lärm aus dem Schlaf geweckten Palm und der die Sistierung Kretzschmars mitansehenden Buchholz und Berndt verursacht worden sein sollen. Kretzschmars **„Widerstand"** bestand darin, daß er, am Boden liegend, **sich an einem Vorgartengitter anklammerte**, während die Beamten ihn an der einen Hand mit der Fessel hielten und die andere loszureißen suchten. Durch Palm fühlten die Polizisten sich beleidigt, weil er rief, sie sollten Kr. **nicht stoßen und kneifen.** Buchholz soll die Polizisten als „Schufte", „Lumpen in Zivil" und ähnlich beschimpft haben. Berndt hatte gerufen, in Berlin hätten die Polizisten „schon längst die Jacke vollgekriegt".

Die **Beweiserhebung** brachte, wie so oft bei derartigen Polizeiaffären, **unvereinbare Gegensätze** zwischen den Aussagen von Zivilpersonen und denen der Polizisten. **Polizeisergeant Völker** bekundete, daß Kr. nach erfolgter Durchsuchung des Beutels hinter ihm hergegangen sei und aufgeregt skandalierend mit Beschwerde gedroht habe. Durch den zufällig vorübergehenden Polizeibeamten Frisch sei Kr., weil er dem Versuch einer Sistierung sich widersetzt habe, gefesselt worden. Völker **bestritt**, den Kr. vor die Brust gestoßen und **geschlagen** und **auf dem Liegenden gekniet** zu haben. Auch habe er weder ihn noch Palm mit dem **Revolver** bedroht. Gekniet habe er neben Kr., möglicherweise habe er ihn auch bei dem Fesselungsversuch verletzt, doch dafür könne er nicht. Auch **Polizeibeamter Frisch** wußte nichts von einer Mißhandlung Kretzschmars. Kretzschmar selber gab an, er sei am Kopf, im Gesicht, am Arm und am Handgelenk verletzt worden. Aus dem Handgelenk habe ihm Völker, mit den Fingernägeln kneifend, **13 oder 14 Hautfetzen herausgerissen.** Kr. ist damals eine Woche hindurch **arbeitsunfähig** gewesen. Gegen die Darstellung der Polizeibeamten setzte die Verteidigung die Aussagen eines Kaufmanns **Plate**, der zufällig Augenzeuge der Sistierungsversuche geworden war. Plate hat gehört, wie Kr., hinter Völker hingehend, zu diesem sagte: „Jetzt will ich mal feststellen lassen, wer Sie sind." Plötzlich habe Völker sich umgedreht, **auf Kretzschmar eingehauen**, nach ihm gegriffen und einem dazukommenden Radfahrer zugerufen: „Fesseln Sie mal den!" Der Radfahrer habe das versucht, Kr. aber sei jetzt davongelaufen. Palm sei dazwischengetreten: „Was wollen Sie denn von dem Mann, der hat doch nichts getan!" Darauf habe Völker mit seinem Revolver gedroht. Kr. sei eingeholt worden, man habe ihn zu fesseln versucht, dabei habe Völker **auf ihn gekniet**, Kr. habe mehrfach aufgeschrien und auch gerufen: „Er kneift mich!" Daß er **geschlagen** wurde, sah Zeuge **nicht**.

Der **Amtsanwalt** ging auf die Widersprüche zwischen der Aussage dieses Zeugen und denen der Polizeibeamten mit keinem Wort ein. Er beantragte wegen des ruhestörenden Lärms gegen Kretzschmar **1 Woche Haft**, gegen Palm **2 Wochen Haft**, gegen Buchholz **1 Woche Haft**, gegen Berndt **4 Wochen Haft**, ferner gegen Kretzschmar wegen des Widerstandes **4 Monate Gefängnis**, gegen Palm wegen Beleidigung **1 Woche Gefängnis**, gegen Buchholz wegen Beleidigung **2 Monate Gefängnis**. Der **Verteidiger** hielt teils Freisprechung, teils mildere Verurteilung für geboten. Die **Widersprüche der Zeugenaussagen** hob er hervor. Nach der Aussage Plates habe Völker auf Kr. in dem Augenblick losgeschlagen, wo sein Kollege Frisch zu ihm stieß. Kr. habe nur nicht in Fesseln den Weg zur Wache antreten wollen und sei ja dann, als schließlich auf Fesselung verzichtet wurde, ruhig mitgegangen. Palms Zuruf, man solle Kr. nicht stoßen und kneifen, sei nach der Darstellung des Zeugen Plate berechtigt gewesen.

Das **Gericht** sprach alle Angeklagten **schuldig**. Kr. habe Widerstand geleistet, indem er sich festhielt. Diesen Widerstand zu brechen, seien die Beamten verpflichtet gewesen. Auch hätten sie keinen Anlaß gehabt, Kr. ungefesselt zu lassen, da er ja beim ersten Sistierungsversuch weggelaufen sei. Seine Tat sei aber milder zu beurteilen, weil er schon dadurch bestraft worden sei, daß er „mancherlei Verletzungen erlitten" habe. Für Palm falle mildernd ins Gewicht, daß er für seinen Freund eintreten zu müssen meinte. Das **Urteil** lautete gegen **Kretzschmar** auf **3 Tage Haft** für den Lärm und **18 Tage Gefängnis** für den „Widerstand", gegen **Palm** auf **20 M. Geldstrafe** für seine „ungebührlichen Redensarten", gegen **Buchholz** auf **30 M. Geldstrafe** für seine „in der Trunkenheit begangenen Schimpfereien", gegen **Berndt** auf **2 Wochen Haft**.

Den Widerspruch zwischen den Aussagen der Polizeibeamten und derjenigen des Zivilzeugen erwähnte auch die Urteilsbegründung nicht.

Wieder Streikende vor dem Schwurgericht.

Vor dem Schwurgericht in Stolp mußten sich am Mittwoch die Maurer Theodor Bauske und Willi Müller gegen die Anklage wegen Landfriedensbruchs verteidigen. In der Holzentorstraße zu Stolp wurde ein Neubau aufgeführt. Auf diesem waren am 22. April d. J. einige von dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein der Bauhandwerker vermittelte Arbeitswillige beschäftigt. Dort war ein Polizeiposten aufgestellt. Diese Maßnahme der Stolper Polizei erregte die Aufmerksamkeit der zahlreichen Passanten der Holzentorstraße. Als der Arbeitsschluß herannahte, wurde von der Polizei die Straße abgesperrt, damit die Arbeitswilligen nicht mit den Bürgern in Berührung kommen. Wer von den Nicht-Arbeitswilligen durch die Holzentorstraße gehen wollte, mußte einen Umweg machen. Die Maßregel vergrößerte die Menschenansammlung. Als die Arbeitswilligen in Begleitung des Bauführers und zweier Polizeibeamten in eine Nebenstraße einbogen, drängte die Menge von beiden Seiten nach. Es entstand ein Knäuel und wurde dadurch ein Teil der Leute direkt in die Nebenstraße gedrängt, während andere freiwillig der Eskorte folgten. Die beiden Polizeibeamten forderten nun die Menge auf, zurück zu bleiben. Das geschah zögernd. Aus dieser Menge, in der sich die Angeklagten befanden, wurde nun mit einer Flasche geworfen, die den Bauführer Heuer traf. Der Polizeisergeant Lange, der das Aufschlagen der Flasche hörte, will bemerkt haben, daß Bauske mit verlegenem Gesicht dastand. Er beschuldigte ihn des Wurfes. Als er es bestritt, wurde aus der Menge gerufen: „Er ist es nicht, es tat dieses ein Schuljunge, der fortlief!" Unbehelligt gelangten die Arbeitswilligen und die Polizeibeamten weiter. Als der Polizeisergeant Lange später in das Vereinslokal des Gewerkvereins kam, wurde ihm von dem arbeitswilligen, zugereisten Maurerpolier Siebold die Mitteilung gemacht, daß er gesehen habe, wie Bauske mit der Flasche geworfen habe. Darauf wurde Anzeige erstattet und am 3. Mai Bauske verhaftet. In der Voruntersuchung war nun die Behauptung aufgetaucht, daß Müller mit der Flasche geworfen habe. So wurde auch dieser am 12. Juni verhaftet. Bereits im Juni wurde die Angelegenheit vor dem Schwurgericht verhandelt, verfiel jedoch der Vertagung, weil ein Belastungszeuge nicht erschienen war. Man behielt die Angeklagten trotzdem in Haft bis zur jetzigen Verhandlung.

In der jetzigen Verhandlung konnte der Zeuge Siebold seine Bekundung nicht aufrecht halten. Es mußte der Staatsanwalt deshalb die Anklage des schweren Landfriedensbruches fallen lassen. Die Geschworenen sprachen die Angeklagten des einfachen Landfriedensbruches schuldig. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis gegen Bauske unter voller Anrechnung der Untersuchungshaft, und auf acht Monate Gefängnis gegen Müller unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft.

Spiel und Sport.

Radfahrer.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität" (Ortsgruppe Berlin). Touren zum Sonntag, den 26. Oktober. Sämtliche Abteilungen früh 8 Uhr: Rüdersdorfer Kalkberge (Zum weißen Schwan). 1 Uhr: Baumschulenweg (Gesellschaftshaus). Starts: an den bekannten Stellen.

Neukölln. Am 26. Oktober: Stiftungsfest bei Bartsch, Hermannstr. 49. Am 26. Okt., 2 Uhr: Johannisthal (Gruber-Kuchen). Start: Hohenzollernplatz.

Treptow-Baumschulenweg. 8 Uhr: Nauen (Paul Scholz). 1 Uhr: Finkenkrug. Start: bei Kümmel in Treptow.

Adlershof. 8 Uhr: Müncheberg. Start: Bismarckstr. 27. Für Nachzügler 1 Uhr im selben Lokal.

Charlottenburg. Schnitzeljagd nach Jungfernheide. Start: 8½ Uhr früh: Volkshaus. Im Anschluß daran: Freibier bei Schön, Tegeler Weg.

Lichtenberg. 1 Uhr: Ahrensfelde bei Schneider. Start: Pfarrstraße 74. Für Bahnfahrer: 1.17, 2.14, 2.42 von Lichtenberg-Friedrichsfelde.

Tegel. 1 Uhr: Mühlenbeck (Unterbezirkstour).

Pankow-Niederschönhausen. 12½ Uhr: Spieltour nach Schönwalde (Schulz). Start: am Marktplatz.

Reinickendorf. Nach Mühlenbeck zur Unterbezirkssitzung. Start: 10 Uhr vorm. bei Lüning, Schillingstraße.

Arbeiter-Radfahrerverein Groß-Berlin. Sonnabend den 25. Oktober: Stiftungsfest bei Kliem. — Sonntag, 26., nachm. 2 Uhr: Köpenick (Schweizergarten). Anschlußstart Bahnhof Treptow.

Oberschöneweide. Sonntag, den 26. Oktober: Mittenwalde. Start: früh 8 Uhr bei Th. Schäffler, Siemensstr. 28.

Turner.

Sonntag, 26. Oktober. Tv. „Fichte". Partie des Jugendausschusses nach Nowawes. Treffpunkt: 7½ Wannseebahnhof.

3. Männerabt. Partie nach Birkenwerder-Biesenthal. Treffpunkt: ¾7 Uhr Stettiner Vorortbahnhof. Gäste willkommen.

1. Kreis. 2. Bezirk.
Bezirksserienspiele.
Resultate vom Sonntag, den 19. Oktober 1913.
Faustball: Pankow—Wittenau 94:51
Borsigwalde—Velten: 48:58.
2 × 500 Meter-Staffette:
Pankow: 70 Sekunden, Wittenau 75 Sekunden.

Wanderer.

Deutscher Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde". Ortsgruppe Berlin. Am Sonntag, den 26. Oktober, werden folgende Touren unternommen:

1. Niederfinow—Plagesenn—Kloster Chorin—Eberswalde. Abfahrt Stett. Fernbhf. 5.50 Uhr vorm.
2. Melchow—Samithsee—Nonnenfließ—Melchow. Abfahrt Stettiner Fernbahnhof 5.59 Uhr vorm.
3. Schwante—Behrensbrück—Oranienburg. Abfahrt Stettiner Fernbhf. 6.42 Uhr vorm.
4. Finkenkrug—Brieselang—Krämer—Schwante. Abfahrt Lehrter Bhf. 6.25 Uhr vorm.
5. Strausberg—Böhsee—Strausberg. Abfahrt Schlesischer Bhf. 6.23 Uhr vorm.
6. Dahmsdorf-Müncheberg—Trebus—Fürstenwalde. Abfahrt Schles. Bhf. 5.25 Uhr vorm.
7. Ludwigsfelde—Rangsdorfer See—Dahlewitz. Abfahrt Anhalter Bhf. 6.15 Uhr vorm.
8. Tiefensee—Nördlicher Gamengrund—Falkenberg. Abfahrt Schlesischer Bahnhof (Briezener Bahnsteig) 5.32 Uhr vorm.
9. Grünau—Müggelberge—Friedrichshagen. Treffpunkt 2 Uhr nachm. Bahnhof Grünau.

Ortsgruppe Spandau. 26. Oktober: Nachmittagstour nach Nauen. Abfahrt 12.55 Uhr mittags Spandau-West.

Ortsgruppe Steglitz. 26. Oktober: Ruhewanderung. Drewitz—Glauer Berge—Treblin. Abfahrt Bahnhof Charlottenburg 8 Uhr vorm. Fahrgeld 1,10 M.

Gäste willkommen.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde". Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 26. Oktober: Wanderungen. I. Dahmsdorf—Groß-Klobichsee—Buckow—Rehfelde. Abfahrt nach Dahmsdorf-Müncheberg Schles. Bhf. 6.50. — II. Lehnitz—Bernöwe—Zehlendorf. Abfahrt nach Lehnitz Stett. Bhf. 5.48. — III. Ludwigsfelde—Saarmund—Babelsberg. Abfahrt nach Ludwigsfelde Anh. Bhf. 6.15. Gäste stets willkommen.

Arbeiter-Wanderverein Berlin. Sonntag, den 26. Oktober: Wanderfahrt nach Fredersdorf—Radebrück—Böhsee—Fängersee—Strausee—Stadt Strausberg—Heegermühle—Herrensee—Bahnhof Strausberg. Abfahrt 7.29 Schlesischer Bahnhof. Parteigenossinnen und Genossen als Gäste willkommen.

Fußball.

Märkische Spielvereinigung. Bez. Groß-Berlin. Am kommenden Sonntag 3 Uhr finden folgende Spiele statt: Weißensee—Borussia in Weißensee, Rennbahnstr. 40. Spandau—Neuhellas in Spandau, Seeburger Straße, Exerzierplatz. Fichte 11—Viktoria auf dem Tempelhofer Felde. Allemania—Reinickendorfer Ballspielklub in Friedrichshagen, Gemeindesportplatz. Verein für Bewegungsspiele—Charlottenburg in Friedrichshagen, Gemeindesportplatz. Schöneberg—Fichte 12 in Mariendorf, Bessemerstraße (Blanke Hölle).

•

Arbeiter-Samariterbund. Kreis Brandenburg.

Der für Mitte November angesetzte Kreistag ist vom Kreisvorstand umständehalber auf den 15. Februar 1914, sechs Wochen vor dem nächsten Bundestag, vertagt.

Berlin. Sonntag, den 26. Oktober, nachm. 3 Uhr, Besuch der Treptow-Sternwarte.

Berlin. Nächste Monatsversammlung Freitag, den 31. Oktober, im Restaurant Haberlandt, Neue Friedrichstr. 35.

Sämtliches Kolonnenmaterial ist mitzubringen.

Lehrabend haben in dieser Woche (Beginn 8½ Uhr):

Berlin, 1. Abt. Montag, 27. Okt., Kommandantenstr. 62, Beckers Festsäle (Tunnel).

Berlin, 2. Abt. Montag, 27. Okt., im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Straße 42.

Berlin, 7. Abt. Mittwoch, den 29. Oktober, Charlottenburg, Rostnenstraße 3, Volkshaus.

Friedrichshagen. Donnerstag, 30. Okt., Friedrichstr. 6, 2. Hof, parterre.

Nowawes. Montag, 27. Oktober, Wilhelm-, Ecke Friedrichstraße, bei Schmidt.

Nowawes (Abt. Potsdam). Mittwoch, 29. Oktober, Kaiser-Wilhelm-Straße, bei Glaser.

Ober-Schöneweide. Montag, 27. Oktober, Siemensstr. 12, bei Schulz.

Wilhelmsruh. Montag, 27. Oktober, Reinickendorf-Ost, Residenzstraße 6, bei Hirsch.

Aus aller Welt.

Grubenkatastrophe in Amerika.

Aus Dawson im Staate Neu-Mexiko bringt der Telegraph die Nachricht über eine neue furchtbare Grubenexplosion. Durch eine Kohlenstaubexplosion auf der Hirschschluchtgrube bei Dawson sind etwa 200 Bergleute von der Außenwelt abgeschlossen worden. Starke Abteilungen von Rettungsmannschaften versuchen in das Innere der Grube einzudringen. Bisher gelang es, fünf der Verschütteten lebend zu bergen. Man glaubt, daß genügend Luftzufuhr vorhanden ist, und das eine große Zahl der Eingeschlossenen wird gerettet werden können. Eine große Menge von Frauen, Kindern und Männern umlagert die Eingänge zu den Schächten.

Eine neue Schiffskatastrophe.

Noch ist die schreckliche Brandkatastrophe, von der der englische Dampfer „Volturno" betroffen wurde und bei der über hundert Menschen ums Leben kamen, nicht aus der Erinnerung geschwunden, da meldet der Telegraph schon wieder ein großes Schiffsunglück. Wie aus Helsingfors berichtet wird, geriet der finnische Dampfer „Vestkusten" in der Nähe von Vasa auf Grund, wurde leck und sank mit der gesamten Besatzung, die aus 29 Personen — Passagieren und Mannschaften — bestand. Ein Rettungsdampfer ging zwar sofort an die Unfallstelle, kam jedoch leider zu spät. Nur ein Passagier wurde noch lebend angetroffen, der sich an den obersten Tauen des Wracks festgehalten hatte.

Ueber die Ursache des Unglücks geht uns noch folgende Meldung zu:

Hernoesand, 23. Oktober. Der Dampfer „Carl von Linné", Kapitän Soederstroem, der Svea-Gesellschaft traf heute abend mit dem **einzigen Geretteten** des untergegangenen Dampfers „Vestkusten", dem Viehhändler **Henriksson** aus Sundvall, hier ein. Ueber das Unglück teilt Kapitän Soederstroem folgendes mit: Als die Dampfer „Carl von Linné" und „Vestkusten" gestern aus Vasa auliefen, **gerieten sie in einen orkanartigen Sturm.** „Carl von Linné" ging deswegen vor Anker, während „Vestkusten" weiterfuhr. Als „Carl von Linné" bei Tagesanbruch die Anker lichtete, bemerkte die Besatzung in den Vasaschären zwei Masten, die aus dem Wasser hervorragten. Kapitän Soederstroem ließ sofort stoppen und sandte ein Rettungsboot nach der Unglücksstätte. **Man fand nur eine Person, den Viehhändler Henriksson, der in der Reeling des Wracks hing.** Seit gestern abend 6 Uhr hatte er sich dort festgehalten und wurde nun, ganz erschöpft, an Bord des „Carl von Linné" gebracht. Nach Aufklärungen, die er dem Kapitän gab, befanden sich an Bord des Dampfers „Vestkusten" 22 Personen Besatzung und 7 Passagiere.

Das Massengrab bei Cardiff.

Auf der Grube „Universal" wurde eine aus neunzehn Mann bestehende Rettungsmannschaft im letzten Augenblick, als sie schon von Gasen halb betäubt war, von einer Ambulanzabteilung, die mit Sauerstoff zur Hilfe kam, gerettet. Die Mannschaft war so weit vorgedrungen, daß sie feststellen konnte, daß die Arbeiter entweder durch die Explosion oder durch Nachschwaden getötet sein müssen. Die weiteren Rettungsarbeiten sind wegen der Gefahr in der Grube, besonders wegen der Gase, die aus dem glimmenden Feuer aufsteigen, auf ein bis zwei Tage eingestellt worden. Den Hinterbliebenen der Vermißten ist mitgeteilt worden, daß die Bergung der Leichen nicht vor Freitag fortgesetzt werden können. Die Rettungsmannschaft stieß auf eine große Anzahl von Leichen.

Immer wieder Korruption.

Aus Amerika wird eine neue Korruptionsgeschichte gemeldet, deren Schauplatz diesmal die Stadt St. Louis ist. Vierundzwanzig aktive und frühere städtische Beamte sind unter Anklage gestellt worden, und zwar sollen die meisten den Versuch gemacht haben, die Stadt um größere Geldsummen zu betrügen. Unter den Angeklagten befinden sich ein früherer Bürgermeister und ein früherer Schatzmeister der Stadt.

Kleine Notizen.

Eisenbahnunglück in Oberschlesien. Auf dem Waldenburger Güterbahnhof löste sich infolge Sturmes ein leerer Kohlenwagen los und trieb die Strecke Waldenburg—Altwasser entlang. Bei dem Bahnübergang von Neu-Weißstein kam ein elektrischer Wagenzug mit Arbeitern über die Gleise der Staatsbahn. Der leere Wagen fuhr in beide Wagen hinein. Alle Wagen wurden völlig zertrümmert. Vierzehn Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Schwere Automobilkatastrophe in der Pfalz. In der Nacht zum Donnerstag ereignete sich aus bis jetzt noch nicht bekannter Ursache am Eingang des Ortes Frankenstein ein schweres Automobilunglück. Regierungsrat Fetertag und Gymnasiallehrer Senffert aus Kaiserslautern sind tot; Bauamtmann Schmidt aus Kaiserslautern wurde schwer verletzt. Der Lenker und Besitzer des Automobils Dr. Stein-Kaiserslautern blieb unverletzt.

Explosion in einem französischen Arsenal. Im Arsenal von Toulon platzte ein Petroleumreservoir, als man dessen Widerstandsfähigkeit durch Einpumpen von Druckluft prüfen wollte. Zwei Arbeiter wurden durch Metallsplitter am Kopfe getroffen und lebensgefährlich verletzt.

New York im Dunkeln. Eine schwere Explosion erfolgte am Mittwoch in der elektrischen Kraftstation von Staten-Island. Hierbei wurden sechs Personen getötet und zwei tödlich verletzt. Die Explosion setzte einen großen Teil von New York in Dunkelheit. Die elektrische Eisenbahn und Straßenbahn mußten für die ganze Dauer der Stromunterbrechung den Betrieb einstellen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (V. a. G.) zu Hamburg. Filiale Baumschulenweg. Sonnabend, den 25. Oktober, abends 8½ Uhr: Mitgliederversammlung im Lokal von Boche, Baumschulenstr. 67.

Extraverkauf in Kamelhaarschuhen

Besichtigen Sie unsere Spezial-Ausstellung

Unsere ärztlich empfohlenen Kamelhaarschuhe sind für die kalte Jahreszeit unentbehrlich!

Kamelhaar-Hausschuhe mit Filz- und Ledersohlen ... Größe 19/23 **1.00** Größe 24/29 **1.25** Größe 30/35 **1.50** Größe 36/42 **1.90** Größe 43/47 **2.40**

imit. Kamelhaar, mit Kordelsohlen ..... Größe 36/42 **85** Pf. Größe 43/47 **95** Pf.

Kamelhaar-Schnallenstiefel Filz- und Ledersohlen, feste Kappen **1.35** **1.70** **2.00** **2.60** **2.95**

dieselben in imit. Kamelhaar / kräftige Lederspitze ..... Größe 21/26 **1.35** Größe 27/30 **1.70** Größe 31/35 **1.95**

Moderne Umschlagschuhe in Kamelhaar, Filz- und Ledersohlen, elegant .... für Damen **2.50**

Kamelhaar-Pantoffel weich gepolstert / Filz- und Ledersohlen ..... für Damen **1.65** für Herren **2.00**

Billige Preise

Billige Preise

Unsere vielgerühmte Spezialität:

„Echte" Kamelhaar-Schuhe und -Stiefel

Hausschuhe für Damen **3.95**

Nach Vorschrift von Professor Dr. Jäger
Das Beste gegen kalte Füße / mollig-warm

Hausschuhe für Herren **4.75**

Schuhfabrik Conrad Tack & Cie. A.-G., Burg b. Magdeburg

135 Verkaufsstellen im Reich, davon 21 in Berlin u. Umgegend:

C, Spittelmarkt 15
C, Rosenthaler Straße 14
W, Potsdamer Straße 50
W, Schillstraße 16
NW, Turmstraße 41
NW, Wilmsacker Str. 22
NW, Beusselstraße 29
N, Friedrichstraße 127
N, Müllerstraße 3
N, Reinickendorfer Str. 35
N, Brunnenstraße nur 37
N, Danziger Straße 1
O, Andreasstraße nur 50
O, Frankfurter Allee 125
SO, Oranienstraße 2a
SO, Oranienstraße 32
SO, Wrangelstraße 49
SW, Friedrichstr. 240-241
Charlottenburg: nur Wilmersdorfer Str. 122-123
Neukölln: Bergstraße 30-31
Potsdam: Brandenburger Str. 54

BEBEL-BÜSTE

Der Bildhauer JULIUS OBST-Berlin hat eine Büste von AUGUST BEBEL geschaffen, deren Generalvertrieb die Buchhandlung Vorwärts Berlin übernommen hat.

Die Büste ist in vier Größen vorrätig:

Größe 1, 80 cm hoch .... Preis 20 Mark
Größe 2, 60 cm hoch .... Preis 15 Mark
Größe 3, 40 cm hoch .... Preis 8 Mark
Größe 4, 20 cm hoch .... Preis 2.50 Mark

Größe 1 eignet sich zur Dekoration von großen Sälen — Größe 2 ist für kleinere Säle, Vereinszimmer, Partei- und Gewerkschaftsbureaus bestimmt

Die Größen 3 und 4 sind besonders als Schmuck für Arbeiterwohnungen gedacht

Die Abgüsse der vom Bildhauer Julius Obst modellierten Büste tragen ein Schild: Buchhandlung Vorwärts Berlin, worauf wir zu achten bitten.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69.

Kopfläuse

mit Brut vernichtet radikal **Rademachers Goldgeist**, ges. gesch. Nr. 75198. Geruch- u. farblos. Reinigt die Kopfhaut v. Schuppen, beförd. d. Haarwuchs, verhütet Zuzug von Parasiten. — Wichtig für Schulkinder. Tausende v. Anerkennungen. Fl. à 0.50 u. 1.00 M. in Apotheken und Drogerien. Man weise Nachahmungen zurück u. achte genau auf d. Namen:

Goldgeist!

Verkaufsstelle: Fritz Kratz, Berlin N. 39, Reinickendorfer Str. 119.
Engrosniederlage: A. Neumann, W. 57, Potsdamer Str. 65.

Ohne Anzahlung

Sehr an jedermann

Möbel auf Kredit

bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung u. bequem. Abzahl.
komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne
Möbelstücke, Polsterwaren, farb. Küchen
Portieren, Teppiche, **Gardinen**, Leib- u. Bettwäsche, Steppdecken, Betten, Kronen, Kinderwagen usw.
Garderobe für Herren, Damen u. Kinder
Pelze, Stolas, Muffen
Größte Auswahl neuester Fassons

Sonntags 12—2 geöffnet. Sonntags 12—2 geöffnet.

S. DORN, Weinmeisterstr. 9, Ecke Alte Schönhauser Str.

Stoffe

für eleg. **Maßanzüge, Paletots** Meter **M. 5, 7, 9**
Kostüm- und Ulsterstoffe Mtr. **M. 3, 4, 5**
Persianer imit.
Plüsche 130 cm br. Meter **M. 7.50 9.50**
Seiden-Seal prima Qual. Meter **M. 15**
Astrachan, Fehfutter Meter **M. 4.50 6.50**

Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudtenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

Achtung!

6—700 Anzüge sowie
getragene Winterpaletots u. Ulster
Monatsgarderobe
in feinsten Werkstätten Berlins gearbeitet, teils auf Seide, für jede Figur passend, verkauft zu staunend billigen Preisen

Nathan Wand
129 Stalitzer Str. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
Abt. II: **Neue Garderobe.**

Patentanwalt Prillwitz
Berlin N.W. 21, Thurmstraße 34.

Das **größte Abonnementshaus feinster Herren-Moden** J. Stock & Co. verkauft seine

Monats-Garderobe direkt an Private.

Anzüge und Paletots von 10 M. an.

Friedrichstr. 108 Eingang Johannisstr. vis-à-vis der Karlstraße.

Theater.

Freitag, 24. Oktober 1913.

Anfang 6 Uhr.

Cines Palast am Zoo. Varieté-Lichtspiele.

Anfang 6½ Uhr.

Cines Rollendorf-Theater. Varieté-Lichtspiele.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Die Maienkönigin. Bajazzi.
Kgl. Schauspielhaus. Die drei Brüder von Damaskus.
Deutsches. Der lebende Leichnam.
Kammerspiele. Der verlorene Sohn.
Zirkus Busch. Galavorstellung.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Mit dem „Imperator" nach New York.
Hörsaal: Prof. Dr. P. Schwahn: Gletscher und Eiszeit.
Lessing. Professor Bernhardi.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Deutsches Künstlertheater. Der Biberpelz.
Deutsches Opernhaus. Lobetanz.
Deutsches Schauspielhaus. Die heitere Residenz.
Neues Operntheater (Kroll). Almenrausch und Edelweiß.
Berliner. Wie einst im Mai.
Thalia. Die Tangoprinzessin.
Theater am Nollendorfplatz. Die Heimkehr des Odysseus.
Komödienhaus. Das Paar nach der Mode.
Theater des Westens. Gräfin Fifi.
Schiller O. Jugendfreunde.
Schiller Charlottenburg. Moral.
Montis Operetten. Geschlossen.
Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.
Kasino. Ferdinand der Tugendhafte.
Kleines. Belinde.
Trianon. Seine Geliebte.
Herrnfeld. Was sagen Sie zu Leibusch?
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Cines Apollo-Theater. Varieté-Lichtspiele.
Cines Friedrich-Wilhelmstädt. Varieté-Lichtspiele.

Anfang 8½ Uhr.

Rose. Im weißen Rößl.
Residenz. Die Frau Präsidentin.
Lustspielhaus. Puppenklinik.
Luisen. Von Stufe zu Stufe.
Folies Caprice. Ritter Baldrian. Die Mißgeburt. Das Adoptivkind.
Walhalla. Der Liebesonkel.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Rausch.

Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Die lustige Puppe.
Cines Rollendorf-Theater. Varieté-Lichtspiele.

Sternwarte, Invalidenstr. 57—62

Schiller-Theater O. Wagner-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr: **Jugendfreunde.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Wenn der neue Wein blüht**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Freiwild.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Wenn der neue Wein blüht**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr: **Moral.**
Sonnabend, nachmittags 3 Uhr: **Götz von Berlichingen.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Rosenmontag.**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Der Pfarrer von Kirchfeld**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Rosenmontag.**

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Die heitere Residenz.

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**

Komödienhaus.
8 Uhr: **Das Paar nach der Mode.**

Berliner Theater.
8 Uhr: **Wie einst im Mai.**

Theater des Westens.
8 Uhr: **Gräfin Fifi.**
Sonntag 3½ Uhr: Der liebe Augustin.

7½ Uhr **Residenz-Theater** 7½ Uhr.
Zum ersten Male:
Hoheit — der Franz!
Musikalische Groteske in 3 Akten von Artur Landsberger und Willi Wolff. Musik von Robert Winterberg.
Morg. u. f. Tage: Hoheit — der Franz!
Sonntag, 26. Okt., nachm. 3 Uhr: **Die Frau Präsidentin.**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8¼ Uhr.
Im weißen Rössl.
Lustspiel in 3 Akten von Blumenthal und Kadelburg.
Morgen: Im weißen Rößl.
Sonnabend 4 Uhr: Hänsel und Gretel.

Lessing-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Professor Bernhardi.
Komödie von Artur Schnitzler.

Deutsches Künstlertheater
Sozietät.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
8 Uhr: **Der Biberpelz.**

Theater am Nollendorfplatz 5.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Heimkehr des Odysseus.
Burleske-Operette.

Montis Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 4a.
8 Uhr: Gastspiel Jul. Spielmann: **Der lachende Ehemann.**
Sonnt. 3 Uhr: **Der Vogelhändler.**

Metropol-Theater

Abends 7 Uhr 55 präzise:

Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Gr. Ausstattungsst. m. Ges. u. Tanz in 19 Bild. m. vollständ. freier Benutzung des Jules Verne'schen Romanes von **Julius Freund.**
Musik von Jean Gilbert.
In Szene ges. v. Dir. Richard Schultz.
Karl Bachmann. Joseph Giampietro. Guido Thielscher. Alfred Schmasow. Leopold Wolf. Ludwig Wolf. Helene Ballot. Ida Russka. J. de Lande.
Neu! Von 9—1 Uhr: Neu!

Metropol-Bar

Rendezvous der vornehmen Lebewelt.
2 Kapellen.

Passage-Panoptikum
Mundmaler Schuldis der **Rafael ohne Arme** bei seinen Arbeiten.
Lebend zu sehen!
Und die anderen Attraktionen.
Die gr. Kino-Varieté-Vorstellung
von 5 (Sonntags 3) bis 11 Uhr.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger „Alarm!"
Militär. Humoreske.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßigt. Preisen: **„Alarm!"**
Log. 1 M., Balk. 75 Pf., Entree 39 Pf.

URANIA

Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Mit dem „Imperator" nach New York.
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. P. Schwahn: **Gletscher und Eiszeit.**

Zirkus Busch.
Heute Freitag, abends 7½ Uhr:
Humoristischer Gala-Abend.
Max, Moritz und **Teddy,** die Urkomischen
aus Karl Hagenbecks Tierpark in Hamburg bilden die Hauptsensation des reichhaltigen Programms.
Ferner das glänzende **Spezialitäten-Programm** und **Aus unseren Kolonien.**
Voranzeige. Sonntag 2 große Gala-Vorstellungen, nachm. 3½ u. abends 7½ Uhr. Nachm. ein angehör. Kind unter 10 Jahren frei. In beiden Vorstellungen Hagenbecks lustiges Schimpansen-Trio.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Montag, d. 27., u. Freitag, d. 31. Okt.: Oper.-Gastsp. (Dir. Steiner-Sandori)
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Jean Gilbert.
Anfang 8¼ Uhr.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.

Luisen-Theater.
Freitag 8¼ Uhr:
Von Stufe zu Stufe.
Lebensbild mit Ges. u. Tanz in 5 Bild.

Walhalla-Theater.
Täglich 8¼ Uhr:
Der Liebesonkel.
Posse mit Gesang u. Tanz in 3 Akten.

Brauerei Friedrichshain
am Königstor. Oekonom: Ernst Liebing.
Mittwoch, den 29. Oktober cr.:
Heiterer Künstler-Abend.
Anfang 8 Uhr. **Sensations-Programm.** Entree **39** Pf.

„Clou" :: Berliner :: Konzerthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Berliner Konzerthaus-Orchester. Leitung: Komponist Frz. v. Blon
und als Gastdirigent: Hofkapellmeister Prof. Traugott Ochs.
Musikkorps des 1. Garde-Dragoner-Regiments. Dirig.: Oberm. Baarz.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt.

ODEON

Vergnügungs-Palast der 10.000
Potsdamerstr. 72 — Hochbahn Bülowstr.

Heute Eröffnung

8 Uhr abends.

:: Eintritt 30 Pfennig. ::

Im blauen Saal bei freiem Eintritt Gesang und Humor.

Waidmannslust • Schweizerhaus
Sonntag, den 26. Oktober: **Schlachtefest,**
wozu freundlichst einladet **Wilh. Hartig.** [22332]

Zirkus
Alb. Schumann.
Heute Freitag, 24. Oktober, abends 7½ Uhr:
Große Sport-Vorstellung.
U. a.
Nur noch einige Tage!
10 Bengal-Königs-Tiger 10
vorgeführt von Herrn Sawade.
Die Schleuderfahrt im Luftschiff
u. das übrige Glanzprogramm.
Um 9½ Uhr:
Tango vor Gericht!
Pantomimen-Burleske mit Gesang u. Tanz in 3 Akten.

MARMOR-HAUS
(An der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche)
LICHT-SPIELE
Kurfürstendamm 236.

Stärker als ein Elefant ist
„Die blaue Maus"
sie zieht Tausende in unser Theater!!
Vorstellungen um 5 7 9 Uhr.

Sonntag, den 26. Oktober. mittags 12 Uhr:
Matinee
zu kleinen Preisen.
Vorverkauf an der Theaterkasse des K. d. W.

Preise:

Rang- u. Parkett-Mittelloge	2.50
Parkett- u. Rangloge	1.75
Rang- u. Parkettfaut.	1.10
1. Parkett u. 1. Rang	0.85
2. Parkett u. 2. Rang	0.60

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Der neue Saison-Possen-Schlager
Ferdinand der Tugendhafte.
Das broll. Stück seit Bestehen d. Theat. Vorher das erstk. Spezialität.-Progr.
Sonntag, nachm. 4 Uhr:
Am grünen Strand der Spree.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Seine Geliebte.

Die CINES Theater

Apollo-Theater
Täglich Anfang 8 Uhr.
Palast am Zoo
Täglich Anfang 6 Uhr.
Sonntags 3 Uhr **Matinée.**
Komplettes Programm grosser **Variété-Akte**
sowie unsere renommierten Lichtspiele

Friedr.-Wilhelmst.
Richard Wagner
1813—1913
Eine Filmbiographie zum 100. Geburtstage des Meisters
Täglich Vorstellung 7 u. 9 Uhr.

Nachmittags
Lichtspiel-Vorstellungen
Apollo-Theater
Täglich Anfang ½5 Uhr.
Friedr.-Wilhelmst.
Wochentags Anfang 5 Uhr.
Sonntags 3 u. 5 Uhr.
Nur zwei Preise
35 Pfennig und 60 Pfennig.

Nollendorf-Theater
Cleopatra
Die Herrin des Nils
Das Filmwunder der Welt
Wochentags Anfang 6½ u. 9 Uhr
Sonntags 4, 6½ und 9 Uhr.
Jugend-Vorstellung
Wochentags 4 Uhr
zu halben Preisen.

Voigt-Theater
Badstraße 38.
Freitag, den 24. Oktober 1913:
Eine tolle Nacht.
Große Operetten-Posse in 4 Bildern von J. Freund und W. Mannhädt.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8¼ Uhr.

Folies Caprice.

Anfang 8¼ Uhr
Ritter Baldrian
Das Adoptivkind
Die Mißgeburt

Admiralspalast.
Eis-Arena. — Allabendlich das neue mit durchschlagendem Erfolg aufgeführte Eisballett
Die lustige Puppe.
Beginn der Vorstellung 8¼ Uhr.
Bis 6 Uhr und von 10¼ Uhr halbe Kassenpreise.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Der neue Krupp-Prozeß.

Um 9¼ Uhr begann gestern die Eröffnung der Verhandlungen in Moabit über den Krupp-Prozeß. Der Vorsitzende gibt den Zeugen ein kleines Resumee aus der Anklageschrift mit dem Hinweise, daß es hier in ganz besonderem Maße darauf ankomme, die reine lautere Wahrheit zu hören. Die Zeugen werden hierauf für gestern entlassen, da der Sitzungstag mit der Vernehmung der Angeklagten völlig ausgefüllt wird. Die

Anklage

richtet sich gegen

1. den Bureauvorsteher Maximilian **Brandt**, geboren zu Bismark, Kreis Stendal, am 2. Juni 1868, wohnhaft zu Rahnsdorf, vom 8. Februar bis 17. Juni in dieser Sache in Untersuchungshaft gewesen;

2. den Direktor der Firma Friedrich Krupp A.-G. in Essen, Otto **Eccius**, geboren in Greifswald am 7. Januar 1868, unverheiratet.

a) **Beide** werden beschuldigt: je durch eine fortgesetzte Handlung gemeinschaftlich und zwar **Brandt** in den Jahren 1906—1911 zu Berlin, Eccius in den Jahren 1908—1913 zu Essen und Berlin Beamte und Mitglieder der bewaffneten Macht, nämlich: 1. den Zeugfeldwebel und späteren Zeugleutnant bei der Munitionsfabrik in Spandau, Adolf **Tilian**; 2. den Zeugfeldwebel, späteren Zeugleutnant bei dem Artilleriedeport in Koblenz, Helmut **Schleuder**; 3. den Zeugfeldwebel, späteren Zeugleutnant bei dem Artilleriedepot in Marienburg, Emil **Hinst**; 4. den Feuerwerker Franz **Schmidt**; 5. den früheren Zeugfeldwebel, jetzigen Sekretär bei der Firma Fr. Krupp in Essen, Richard **Dröse**; 6. den Zeugleutnant bei der Artillerieprüfungskommission Artur **Hege**; 7. den Ober-Militär-Intendantur-Sekretär Adalbert **Pfeiffer** Vorteile — Brandt auch Geschenke — angeboten und gewährt zu haben, um sie zu Handlungen zu bestimmen, die eine Verletzung von Amts- und Dienstpflichten enthalten.

b) **Brandt** wird **weiter** beschuldigt, durch eine **zweite** selbständige Handlung vorsätzlich und rechtswidrig die Kenntnis von Gegenständen, **deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist**, sich verschafft zu haben, jedoch **ohne** die Absicht, davon zu einer die Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdenden Mitteilung an andere Gebrauch zu machen. (Vergehen gegen die §§ 333, 74, 47 St.G.B. und § 4 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juli 1893.)

Die Anklage wird vom Oberstaatsanwalt **Chrzescinski** und dem Staatsanwaltschaftsrat **Toepffer** vertreten.

Als Zeugen sind unter anderen geladen: die obengenannten 7 Militärpersonen, der Polizeirat **Koch** vom Berliner Polizeipräsidium; der Kaufmann Wilhelm von **Metzen**; der Handlungsbevollmächtigte der Firma Krupp, Otto von **Dewitz**; der stellvertretende Direktor Wilhelm **Mühlon** in Essen; der Direktor Finanzrat a. D. Ernst **Hauz** in Essen; der Vorsitzende des Direktoriums der Firma Krupp, Geh. Finanzrat a. D. Alfred **Hugenberg** in Essen, der frühere Generaldirektor, jetzige Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Industrieller Landrat a. D. Max **Rötger** in Berlin-Grunewald; Direktor Friedrich **Mouths** in Ulm a. Donau; ferner der Abgeordnete Rechtsanwalt Dr. Karl **Liebknecht**.

Als Beweisstücke sind auch herangezogen die am 7. Februar 1913 zu Essen von dem Untersuchungsrichter beschlagnahmten Briefschaften und die von der Firma Krupp geführten Personalakten des Angeklagten Brandt.

Ueber

Ursprung und Entwickelung dieser Strafsache

sei kurz folgendes ins Gedächtnis gerufen: Am 9. September 1912 ging bei dem Kriegsminister von Heeringen ein Brief des **Abg. Genossen Dr. Liebknecht** ein, der folgendes besagte: Nach einer ihm zugekommenen Zuschrift unterhalte der Vorstand der Firma Krupp einen früheren Feuerwerker namens Brandt, der seit Jahren die Aufgabe habe, sich an höhere und niedere Beamte, speziell an das Kanzleipersonal der Armee- und Marineverwaltung heranzumachen, um sie durch Bestechung zum Verrat solcher militärischen Geheimnisse zu bestimmen, die die Firma interessieren. Insbesondere solle ihm aufgetragen sein, die Absicht der Behörden in Bewaffnungsfragen zu erforschen, Angaben über Konstruktionen und Offerten der Konkurrenz zu erhalten usw. usw. In dem Briefe wurde weiter darauf hingewiesen, daß es **nötig sein würde, mit großer Vorsicht und Energie zuzugreifen**, damit die verantwortlichen Personen nicht in die Lage kämen, die Spuren zu verwischen. Dem Briefe waren 17 Blätter beigefügt, mit der Maschine geschriebene Briefe mit Mitteilungen über Bestellungen und Anschaffungen von Artillerie-Material, die aus den Geheimakten militärischer Behörden, nämlich der **Feldzeugmeisterei, der Artillerie-Prüfungskommission** und der **Abteilung des Kriegsministeriums für die Fuß- und Feldartillerie** entnommen sein mußten. Es wurde von den Militärbehörden eine Untersuchung eingeleitet und im Januar 1913 auch die Staatsanwaltschaft mit ihr befaßt. Das Ergebnis der Untersuchung hat nach Ansicht der Anklagebehörde nicht ergeben, daß es die **Absicht der Firma** gewesen sei, militärische Geheimnisse im Sinne des Gesetzes vom 3. Juli 1893 zu ermitteln, wohl aber ist festgestellt, daß Brandt Jahre hindurch mit Angestellten der Militärverwaltung Beziehungen unterhalten hat, um von ihnen über die Fortschritte und die Preise der Konkurrenz Nachrichten zu erhalten, welche jene Angestellten nicht ohne Verletzung ihrer Amts- und Dienstpflicht geben konnten. In Frage kommende Militärpersonen sind bekanntlich schon vom Militärgericht abgeurteilt worden. Jetzt hat sich außer **Brandt** auch der Direktor **Eccius** zu verantworten, weil angenommen wird, daß Brandt mit seinem Wissen und Willen seine Tätigkeit im strafbaren Sinne entfaltet hat. Die von Brandt übermittelten Nachrichten sollen wenigstens zu einem Teile auf dem Gebiete des militärischen Geheimnisses liegen. Andererseits steht die **Anklagebehörde** auf dem Standpunkte, daß diese militärischen Geheimnisse angesichts der Aufgaben, die der Firma Krupp in ihrer geschäftlichen Verbindung mit der Heeresverwaltung zufallen, den maßgebenden Leitern der Firma naturgemäß früher oder später offenbart werden. Zu der Feststellung, daß irgendeiner der Leiter durch Eindringen in solche Geheimnisse einen Verstoß gegen das Gesetz vom 3. Juli 1893 begangen hätte, würde daher der Nachweis erforderlich sein, daß eben dieses Geheimnis den Leitern der Firma gegenüber zur Zeit der Uebermittelung durch Brandt noch Geheimnis war und **dieser Nachweis lasse sich nicht führen**. Dagegen habe sich **Brandt**, der nach seiner Stellung nicht berufen war, Mitwisser des Geheimnisses zu sein, des Vergehens gegen § 4 des Gesetzes vom 3. Juli 1893 schuldig gemacht.

Stimmungsmache gegen einen Hauptzeugen.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses schießen die Verteidiger und der Staatsanwalt noch **vor** Vernehmung der Angeklagten einige nicht wohlduftende Bomben gegen den Zeugen von Metzen los. **Rechtsanwalt Dr. Löwenstein** erklärt: Der frühere Vorgesetzte des Herrn Brandt, Herr von Metzen, hat kurz vor Beginn der Verhandlung in einer Reihe von Zeitungen Mitteilungen veröffentlicht, in welchen er Brandt auf das schwerste beschuldigt. Namentlich heißt es darin, daß Brandt sich über seine ehemaligen Kameraden in sehr verächtlicher Weise geäußert habe und daß er Prozisionen in finanzieller Beziehung gegen die Firma Krupp begangen habe, und um allem die Krone aufzusetzen, daß Brandt der Gewährsmann und intellektuelle Urheber der an den Abg. Liebknecht gelangten Mitteilungen sei. Es ist zweifellos, daß eine solche Preßtreiberei auf den Gerichtshof keinerlei Eindruck machen wird, sie sind aber geeignet, die Oeffentlichkeit gegen Brandt zu verbittern und auch die Zeugen gegen ihn zu beeinflussen. Deshalb erkläre ich auf das bestimmteste, daß diese von Herrn von Metzen in die Presse gebrachten Mitteilungen unwahr sind und Strafantrag wegen verleumderischer Beleidigung bei der Staatsanwaltschaft gestellt ist.

Justizrat **von Gordon**: Ich werde diese vorher gedruckten Zeugenaussagen zum Gegenstand der Verhandlung machen. Auch die **Firma Krupp ist dadurch schwer beleidigt.** Besonderen Wert will ich darauf legen, daß Herr von Metzen wegen moralischer Verfehlungen von der Firma Krupp entlassen worden ist.

Oberstaatsanwalt Chrzescinski: Ich werde auf die Zeugenaussage des Herrn von Metzen besonders achten und eingreifen, wenn sich Widersprüche ergeben.

Vernehmung der Angeklagten.

Beide Angeklagten **bestreiten** schuldig zu sein.

Der Angeklagte Brandt ist, wie er auf Befragen erklärt, verheiratet, Vater von 3 Kindern und besitzt ein Landhaus in Rahnsdorf. Er bestreitet jede Schuld. Der **Vorsitzende** hält ihm vor, ob er sich denn auch der Bestechung für nichtschuldig halte. Er habe doch in der ganzen Voruntersuchung zugegeben, daß er den von dem Militärgericht verurteilten Personen Zuwendungen gemacht habe. — **Brandt** erklärt hierauf, daß er immer das Gefühl gehabt habe, daß diese Herren **aus Freundschaft** für ihn ihm die von ihm gewünschten Mitteilungen gemacht hatten. Im Laufe des Verkehrs habe sich ergeben, daß er das Gefühl bekam, den Leuten auch gelegentlich Gefälligkeiten erweisen zu müssen. Dies sei aber nicht zu dem Zweck geschehen, sie zu veranlassen, ihm weitere Nachrichten zu geben. Wenn in den Protokollen der **Voruntersuchung** manches nicht zutreffendes von ihm gesagt worden sei, so erkläre sich dies damit, daß er damals in verzweifelter Stimmung, in einer wirklich unbeschreiblichen Gemütsverfassung gewesen sei.

Der **Vorsitzende** kommt nun nochmals auf die

persönlichen Verhältnisse

des Angeklagten Brandt zurück, der hierzu folgendes erklärt: Er habe das Gymnasium in Stendal bis zum Einjährigenexamen besucht, er habe dann aber als Dreijähriger gedient, weil er kapitulieren wollte. Er sei dann beim 2. Garde-Feldartillerie-Regiment eingetreten, sei dann **Unteroffizier, Feuerwerker und Oberfeuerwerker und schließlich Zeugfeldwebel** geworden. Er habe dann längere Zeit die Stellung eines **Depotverwalters bei der Artillerie-Prüfungskommission in Spandau** bekleidet. Als er den Zivilversorgungsschein erhalten habe, sei er zuerst bei dem Kaiserl. Gesundheitsamt gewesen, dann habe er die **Stellung bei Krupp** angetreten, da ein Bekannter von ihm dort ebenfalls eine gute Stellung erlangte habe. Nach 8½jähriger Tätigkeit habe er Essen verlassen und sei **auf sein Betreiben nach Berlin versetzt** worden, weil seine Frau, als geborene Berlinerin, Heimweh hatte. Der damalige Vorsteher des Berliner Bureaus, Herr von Schütz, habe sich für ihn verwandt, Direktor Eccius habe jedenfalls mit der Versetzung nichts zu tun gehabt, sie auch nicht einmal in Anregung gebracht. Als Schütz gestorben war, wurde — so fährt Brandt fort — Herr von Metzen Leiter des Bureaus. **Vorsitzender:** Haben Sie Anweisung erhalten, wie Sie sich hier zu verhalten hatten und was Sie tun sollten, um für die Firma Krupp wichtige Nachrichten zu bekommen? **Angekl. Brandt:** Nein, das ist mir von keinem Menschen gesagt worden. Es wurde mir nur gesagt, ich solle mich orientieren. Dann im Laufe der Zeit erzählte mir Herr von Schütz die ganze Sachlage in Berlin und äußerte u. a., er habe hier in Berlin große Schwierigkeiten, heute sei die Sachlage so, daß die Firma infolge der hohen Preise kleine Lieferungen überhaupt nicht mehr erhalte, er habe deshalb wiederholt **angeregt, die Preise herunterzuschrauben.** Herr Direktor Budde sei aber sehr halsstarrig gewesen und man müsse deshalb danach streben, der Firma die Preise der Konkurrenz zur Nachachtung zu unterbreiten, damit auch sie mit den Preisen heruntergehe und auch Aufträge für kleinere Lieferungen erhalte. **Vors.:** Wie sollten Sie denn Nachrichten über die Preise der Konkurrenz erhalten? **Angekl. Brandt:** Herr von Schütz sagte: Sie verstehen das besser wie ich; Sie haben doch in **Kameradenkreisen** Bekannte und da würde es Ihnen doch leicht sein, **Nachrichten** zu erhalten. Wir wollen doch nur etwas Gutes, denn die Preise sollen doch nicht erhöht, sondern heruntergesetzt werden. **Vors.:** Hatten Sie denn nicht Bedenken, mit Ihren ehemaligen Kameraden in eine solche Verbindung zu treten? **Angekl. Brandt:** Jawohl, aber da Herr von Schütz ein sehr ehrenwerter und bei der Firma sowohl wie bei der Militärbehörde sehr angesehener

Mann mit patriotischem Empfinden

war, der,

als er Korpsstudent war, Bismarckkommerse leitete

u. a., so habe ich nichts daran gefunden, wenn ich mich an die Kameraden wandte. **Vors.:** Sind Ihnen nicht Bedenken gekommen, daß es sich um **geheime** Sachen handeln könnte? **Angekl. Brandt? Nein!** von Schütz sagte einmal zu mir: Wir erfahren ja doch alles offiziell, für uns gibt es keine Geheimnisse, für uns können doch die Sachen, die wir erfahren, überhaupt keine Geheimnisse sein. **Vors.:** Gab Ihnen Herr von Schütz sonst noch Direktiven? **Angekl. Brandt:** Nein, er sagte nur, ich solle doch in die Vereinigungen der Kameraden gehen, ich könnte ja ein Glas Bier oder eine Flasche Wein mit ihnen trinken, da wäre doch absolut nichts dabei. **Vors.:** Wer sollte denn die Unkosten dabei tragen? **Angekl.** Ich selbst. **Die dabei verausgabten Beträge sollten mir dann von der Firma Krupp zurückerstattet** werden. Mir wurde gesagt, ich solle den Leuten nie etwas geben oder versprechen. **Vors.:** Sie haben früher gesagt, Herr von Schütz habe Sie ausdrücklich gewarnt, keinesfalls Bestechungen zu begehen. **Angekl.:** Ich habe diese Warnungen auch befolgt. Ich ging häufig in den Kegelklub meiner ehemaligen Kameraden, um mit ihnen näher bekannt zu werden. Nach dem Kegeln gingen wir zu einem Glase Bier oder Wein in ein Restaurant. **Vors.:** Sie haben den Leuten doch auch wiederholt kleine Barbeträge gegeben? **Angekl.:** Ja, kleine Beträge von **10 bis 20 M.** Es lag da aber jedesmal eine besondere Veranlassung dazu vor, die Kameraden mußten entweder eine kleine Reise unternehmen oder hatten Geschenke zu machen und hatten nicht das genügende Geld bei sich. **Vors.:** Sie waren doch selbst Feuerwerker und wußten doch wohl, daß die Leute über gewisse militärische Angelegenheiten überhaupt nicht sprechen durften. **Angekl.:** Ja, aber die Nachrichten, die die Herren mir brachten, konnte man auch auf ganz offiziellem Wege erhalten. **Vors.:** Was waren denn das für Nachrichten? **Angekl.: Es waren**

Nachrichten über die Preise der Konkurrenz,

über Bestellungen, Angebote anderer Firmen, Nachrichten über **Versuche mit neuen Geschützen** und Geschützteilen. — Der Angeklagte **Eccius** erklärt hierzu, daß Herr von Schütz sich früher, vor dem Eintritt des Brandt, um solche auch offiziell zu erlangenden Dinge überhaupt nicht bekümmert habe, da ihm an diesem Kleinkram nichts lag. —

Der Vorsitzende geht dann zu den schon in dem Prozeß vor dem Militärgericht eingehend erörterten Verbindungen des Angeklagten Brandt mit den in Frage kommenden Militärpersonen über.

Der Angeklagte erklärt über seine Verbindungen mit dem vor dem Kriegsgericht abgeurteilten **Zeugleutnant Tilian**, er habe T. auch auf der Kegelbahn näher kennen gelernt, nachdem er ihm erzählt habe, daß die Vertreter anderer Firmen bisher stets erschienen seien, nur Herr von Schütz sei noch niemals gekommen. Späterhin habe ihm T. Angaben über die Konkurrenzpreise, Verteilung der Aufträge usw. gemacht. Er, Brandt, habe ihm niemals irgendwelche Vorteile versprochen, erst im Laufe der Zeit sei es hierzu gekommen. **Vors.:** Wieviel haben Sie für Tilian aufgewendet? **Angekl.: Das weiß ich nicht. Vors.:** Auch nicht ungefähr? **Angekl.:** Nein, ich kann es nicht mehr sagen. **Vors.:** Sie haben doch auch mit Tilian **Zechen** gemacht. Wie hoch beliefen sich diese? **Angekl.:** Zusammen etwa auf **100 M. Vors.:** Haben Sie dem Tilian nicht auch wiederholt **Geld** in die Hand gedrückt? **Angekl.: Das weiß ich nicht mehr. Vors.:** In der ersten Vernehmung **vor dem Kriegsgericht** haben Sie **offen zugegeben**, daß Sie dem Tilian Geld in die Hand gedrückt haben. **Angekl.: Nein, das stimmt nicht!**

Der **Vorsitzende** verliest daraufhin das Protokoll der fraglichen Vernehmung, aus dem hervorgeht, daß Brandt angegeben, er habe dem Tilian Beträge von 5, 10 und 20 M. gegeben. **Angekl.: Das stimmt nicht! Vors.:** Na, wie soll es denn in die Protokolle kommen? **Angekl.:** Das weiß ich nicht, ich habe dem Tilian allerdings wiederholt kleine Beträge **geborgt.** — **Vors.:** Ach so, Sie sagen, dies waren keine Geschenke, sondern Darlehen? **Angekl.:** Jawohl. **Vors.:** Wie hoch waren diese Darlehen? **Angekl.:** Zusammen etwa **50 M.** Vors.: Sie haben früher gesagt, zusammen **200 M. Angekl.: Das kann ich heute nicht mehr sagen. Vors.:** Von Tilian sind **„Kornwalzer“** nicht vorhanden. Die vorhandenen beginnen erst mit dem Jahre 1910.

Wo kommt das Wort Kornwalzer her?

Justizrat Dr. **von Gordon:** Ich möchte hier gleich betonen, daß das Wort **„Kornwalzer“** nicht etwa zu bestimmten verdächtigen Zwecken erfunden ist. Es stand in dem Telegramm-Code, in welchem Tausende solcher Deckworte vorhanden sind. **Oberstaatsanwalt Chrzescinski:** Es ist doch nicht ganz ohne Interesse, wenn man sich den Code ansieht, so findet man, daß mit jedem Wort gewissermaßen ein versus memorialis verbunden ist und da scheint es doch so, als ob mit dem Wort Kornwalzer der Gedanke der **Geheimberichte** ausgesprochen werden sollte. — **Angekl. Brandt:** Ich habe in dem Wort nie etwas gefunden, es ist doch eine ziemlich unsinnige Zusammenstellung. **Angekl. Eccius** tritt dem vom Oberstaatsanwalt ausgesprochenen Verdacht entschieden entgegen, die Firma Krupp hat ein Verzeichnis von telegraphischen Deckworten, die dem internationalen Telegramm-Code entnommen worden sind. Als eine neue Auflage dieses Depeschenbuches hergestellt wurde, wurde ein Beamter beauftragt, aus dem internationalen Telegramm-Code Worte mit nicht mehr als 10 Buchstaben herauszusuchen. Der Beamte hat eine genügende Anzahl solcher Worte herausgezogen, ohne daß er den Worten eine bestimmte Bedeutung gab. Das Wort „Kornwalzer“ ist nicht gleich in dem Verzeichnis gewesen, sondern erst im Nachtrag. Ich glaube, ein rumänischer Vertreter hatte die Anwendung eines bestimmten Wortes für **„vertrauliche Berichte“** gewünscht. **Oberstaatsanwalt Chrzescinski:** Es scheint doch nicht reiner Zufall gewesen zu sein, wenn das Wort „Kornwalzer“ gewählt wurde, denn mit jedem Wort verband sich ein bestimmter Begriff, z. B. **„Radreifen“** für einen artilleristischen Gegenstand, **„Machtpfeiler“** für Geschütz, **„Mehlwurm“** für Granate und **„Lindenbaum“** für Feldartillerie.

Angekl. **Eccius:** Dann muß ich aber doch beantragen, den Beamten zu laden, der damals die Sache bearbeitet hat. Wenn der Herr Staatsanwalt Wert darauf legt, lege ich meinerseits auch Wert darauf, daß die Sache dann vollständig klargelegt wird. Ich weiß nicht, wie der Staatsanwalt zu solcher Ansicht kommt, „Walzer“ ist doch nichts Geheimes und „Korn“ auch nicht.

Dieses Thema wird hierauf verlassen und der **Vorsitzende** erörtert weiter unter wiederholtem Hinweis auf die

Ergebnisse des Prozesses vor dem Militärgericht

die Entwickelung des Verkehrs des Angeklagten Brandt mit **Schleuder, Schmidt, Dröse, Hinst, Hoge** und **Pfeiffer**, die Nachrichten, die diese ihm gegeben hatten und die Aufwendungen, die Brandt für sie in Gestalt von Bezahlen der Zeche bei Gastereien, Hingabe von Darlehen usw. gemacht hat. — Justizrat Dr. von Gordon weist darauf hin, daß bei den vom Kriegsgericht von der Anklage der Bestechung freigesprochenen Militär- oder amtlichen Personen festgestellt ist, daß sie dem Angeklagten Brandt zahlreiche Nachrichten gegeben hatten, ohne daß sie von ihm auch nur einen Pfennig Vorteil gehabt hatten. Bezüglich des damaligen Angeklagten Hoge bestätigt Brandt auf Vorhalt, daß er diesem einmal ein **Darlehn von 1000 M.** gegeben habe, welches mit 4 Proz. verzinst werde. Das sei aber **vor** der Zeit gewesen, zu der ihm Hoge Nachrichten gegeben habe. Justizrat Dr. **von Gordon:** Hat Brandt in irgendeinem Falle Nachricht über die erzielten **Preise** erhalten, **bevor** der Zuschlag erteilt war. **Brandt:** Nein, immer viel später.

Der **Vorsitzende** ist wiederholt genötigt, den Angeklagten Brandt auf

Widersprüche

in seiner jetzigen Aussage und seiner Zeugenaussage vor dem Kriegsgericht hinzuweisen, die Brandt aufzuklären versucht. So hat er in jenem Verfahren bezüglich zweier Militärpersonen gesagt, er habe die Geldopfer gebracht, um sie „warm zu halten“, er will dies aber in unverfänglichem Sinne gesagt haben. **Vors.:** Stimmte denn alles, was in den „Kornwalzern“ stand bezw. das von den Kameraden erhaltene Material? **Angekl. Brandt:** Nein, ganz gewiß nicht, es war auch viel Material dabei, welches ich von anderer Seite, von Vertretern, auch von Herrn von Schütz selbst erhalten hatte. **Vors.:** Sie wissen, daß

751 „Kornwalzer“

gefunden worden sind, die aus den Jahren 1910 bis 1913 stammen. Nicht gefunden sind die ersten „Kornwalzer“, die nach Beginn Ihrer Tätigkeit in Berlin verfaßt worden sind. Wo sind diese geblieben? **Angekl. Brandt:** Das weiß ich nicht, sie müssen in Essen sein. **Vors.: Warum mögen sie denn vernichtet worden sein? Brandt: Das weiß ich nicht. Vors.:** Einigen Anhalt hat man ja aus dem bei Ihnen beschlagnahmten Notizbuch. **Brandt:** Was in dem Notizbuch steht, ist doch nicht alles hinausgegangen; das war doch bloß das Arbeitsmaterial. **Vors.:** Das Ihnen zugestellte Material soll teilweise auf Dingen beruht haben, die **im Interesse der Landesverteidigung** streng geheim zu halten waren. **Brandt:** Für mich waren sie nicht geheim.

Der **Vorsitzende** verliest hierauf den Verpflichtungsschein, den Brandt unterschrieben hatte. In diesem Schein erklärt Brandt u. a., daß ihm die Bestimmungen des Gesetzes über den Verrat militärischer Geheimnisse bekannt seien. **Vors.:** Die nach Essen geschickten „Kornwalzer“ sind zunächst von Herrn von Schütz unterschrieben worden, später hat sich **von Schütz** mit einem Male **geweigert, die Unterschrift zu leisten** und die „Kornwalzer“ gingen ohne Unterschrift nach Essen. Weshalb mag das geschehen sein? **Angekl. Brandt:** Das weiß ich nicht. Herr von Schütz sagte einfach, er wolle seine Unterschrift nicht mehr darunter setzen. Es sollten ja auch lediglich Notizzettel sein, die ich in ein Kuvert steckte, auf das ich auch nicht einmal „geheim“ schrieb und nach Essen schickte. Die „Kornwalzer“ wurden dann auch den offiziellen Briefen an

die Firma Krupp beigefügt und zusammen mit diesen in ein gemeinsames Kuvert gesteckt. Sie wurden zuerst **an den Landrat a. D. Rötger**, später an den **Direktor Mouths** und an **Herrn von Dewitz** adressiert. **Vors.:** Hat Sie denn niemals jemand befragt, in welcher Weise Sie Ihre Tätigkeit in Berlin ausüben? **Angekl. Brandt:** Nein, es hat niemand mit mir darüber gesprochen. **Vors.:** Sie sollen aber einmal dem Herrn von Schütz gegenüber geäußert haben, daß es doch wohl gefährlich sei, solche Sachen nach Essen zu geben. **Angekl. Brandt:** Nein, ich habe mir keine Gedanken gemacht. Herr von Schütz hatte mich ja beruhigt, indem er wiederholt sagte: Es liege das ja im Interesse der Heeresverwaltung, daß **niedrigere Preise** für sie erzielt werden und außerdem gehen die Berichte ja doch nur an eine Person, die sicher unrechtes damit nicht unternimmt. **Vors.:** Als nun Herr von Metzen der Nachfolger des Herrn von Schütz wurde, ging der denn nun mehr als von Schütz zu den Behörden. **Brandt:** Nein, erst recht nicht. Herr von Metzen war oft monatelang verreist, denn er war auch Vertreter für Belgien und fuhr oft dahin.

Auf weitere Fragen erklärt der Angeklagte noch, daß er **die Kornwalzer Herrn von Metzen habe vorlegen müssen** und dieser sie unterschrieben habe. von Metzen sei über alles orientiert gewesen und wußte, daß er, Brandt, von Kameraden die Nachrichten erhalten hatte. **Vors.:** Wurden von den Kornwalzern **Abschriften** genommen? **Angekl.:** Früher nicht, aber Metzen ordnete es an. Sie wurden in einem Geheimfach im Kontor aufbewahrt und dann später in meiner Wohnung beschlagnahmt. Ich hatte sie, da in dem Bureau Zentralheizung war und sich dort kein Ofen befand, mit in die Wohnung genommen, um sie hier zu verbrennen, bin aber nicht dazu gekommen. **Rechtsanwalt Dr. Löwenstein:** Hat der Angeklagte nicht allen Kameraden, die ihm Nachricht gaben, gesagt, es handle sich lediglich um das Interesse der Heeresverwaltung? **Angekl.:** Jawohl.

Vorsitzender: Was ist in der Zeit, während der sich von Metzen in Italien aufhielt, passiert? **Angekl. Brandt:** Herr von Metzen ist von Mai bis Juli in Italien gewesen, inzwischen ist Direktor Muelon, der den Direktor Eccius vertrat, zu mir ins Bureau gekommen und hat gefragt, ob ich, da Herr von Metzen wohl nicht wiederkommen werde, in meiner **Sonderstellung** die Sache weitermachen wollte und ob ich glaube, daß ich das machen könne? Ich bejahte mit dem Hinweise, daß mich der Direktor Draeger unterstützen müsse, wenn etwas besonders Wichtiges vorkäme. Ich schrieb dann an Direktor Muehlon einen Brief, in dem ich mitteilte, daß ich nach reiflicher Ueberlegung zu dem Entschluß gekommen sei, daß es nicht möglich sei. Dabei habe ich auch auf mein nicht gerade besonders hohes Gehalt hingewiesen, erklärte aber, daß ich auch bei diesem Gehalt weiterarbeiten wolle, aber nur wie in der bisherigen Weise. Die Erhöhung meines Gehalts wurde mir dann ohne mein weiteres Zutun zugesagt. Dann kam Herr von Metzen zurück, und ich teilte ihm mit, daß mir die Offerte gemacht sei, allein weiterzuarbeiten, ich aber abgelehnt habe. **v. Metzen war ganz betroffen, und ich war ihm von nun an ein Dorn im Auge, weil ich die Augen zu seiner Stellung aufgeschlagen hatte.** Ich bat dann Metzen, für meine Gehaltserhöhung einzutreten oder aber mir die **Nebenarbeit der Berichterstattung abzunehmen**, da ich sehr nervös geworden sei. Herr von Metzen tat auch, als wenn er mir sehr wohl geneigt sei, er hat aber, wie ich später festgestellt habe, Komödie mit mir gespielt. Ich fühlte, daß v. Metzen mich weg haben wollte und habe später Herrn Muehon gegenüber wiederholt gesagt, daß es mir am liebsten wäre, wenn ich die Berichterstattung los würde. Es wurde mir da gesagt, daß ich ja die Berichterstattung in dem Umfange weiter übernehmen möge, wie ich es mit meiner Kraft glaube vereinbaren zu können. Bei diesem Gespräch mit Muehlon saß v. Metzen dabei, sagte aber kein Wort; ich hatte das Gefühl, daß es ihm nur darauf ankam, Herrn Muehlon auf irgendeine Bemerkung festzunageln, und daß er eine Komödie spielte. Der **Vorsitzende** stellt fest, **daß über diese Unterredung die Aussagen der Beteiligten ganz erheblich auseinandergehen.** Nach der Aussage des Zeugen Muehlon soll der Angeklagte etwas in dem Sinne gesagt haben, daß er die Berichterstattung gern los sein möchte, **da er ein anständiger Mensch bleiben möchte.** Herr Dr. Muehlon habe darauf gefragt, ob er denn etwas Unrechtes tue, und der Angeklagte habe geantwortet: „Ich glaube nicht." **Angekl. Brandt:** Mir kam die ganze Unterhaltung etwas konfus vor, und ich glaubte, daß Muehlon seine Fragen an mich auf Grund der Angaben richtete, die von Metzen ihm wahrscheinlich gemacht hatte. Das konnte ich mir absolut nicht erklären. **Denn er war, wie gesagt, früher immer sehr nett zu mir** und wußte auch ganz genau, was es mit den Geheimnissen für eine Bewandtnis hatte, und nun war er augenscheinlich etwas sehr gehässig, denn er machte manche nicht sehr angenehme Zwischenbemerkung. **Vorsitzender:** Bei dieser Gelegenheit sollen Sie **geweint** haben? **Angekl. Brandt:** Ich hatte eine schwere Nasenoperation durchgemacht und litt an Augentränen. Der **Vorsitzende** hält dem Angeklagten auf Grund der Aussage des Direktors Muehlon vor, daß Brandt von dem letzteren

wiederholt Bedenken

über die Art der Herbeischaffung seiner Berichte entgegengebracht worden seien, Brandt habe dabei die Furcht geäußert, daß er seine Stellung verlieren könnte, wenn er keine Geheimberichte mehr liefere. Direktor Muehlon habe ihm kipp und klar gesagt, daß er seine Stellung dann verlieren würde, wenn er in seiner Tätigkeit über die Grenzen des Erlaubten hinausginge. **Muehlon habe ihm weiter gesagt, daß er allmählich den Verkehr mit den Kameraden abzubrechen habe** und er die Repräsentationszulage nur noch bis zum Abbruch des Verkehrs beziehen würde. — Der **Angekl. Brandt** vertritt bei seiner Schilderung dieser Unterredung den Standpunkt, daß es sich um **eine verabredete Komödie** gehandelt habe, daß man ihn habe bluffen wollen und ihn im Grunde habe zwingen wollen, die Sache weiter zu machen und alle Schuld, wenn etwas Unerlaubtes vorkomme, auf ihn zu schieben. — Der **Vorsitzende** will dann weiter feststellen, was mit den Abschriften der Kornwalzer geschehen ist, als Herr v. Metzen wieder aus Italien zurückgekehrt war. Der **Angeklagte** erklärt hierzu, daß er dem v. Metzen die Durchschläge der Kornwalzer vorgelegt habe, die in der Zwischenzeit abgesandt wurden. Es mögen 72 gewesen sein. v. Metzen habe sie in ein Fach gelegt, was daraus geworden, wisse er nicht; er habe v. Metzen wiederholt vergebens um Zurückgabe ersucht.

Durch Erläuterungen des Oberstaatsanwalts, des Vorsitzenden und der Verteidiger Dr. **Löwenstein** und Dr. **v. Gordon** wird festgestellt, daß die von Dr. **Liebknecht** dem Kriegsminister überreichten 15 Kornwalzer nicht Originale, sondern Abschriften waren. Die 72 Durchschläge, die Herrn **v. Metzen** bei seiner Rückkehr aus Italien vorgelegt wurden in den Abschriften, die in dem Bureau in der Wohlstraße beschlagnahmt wurden, fehlen, und es ist wahrscheinlich, daß auch die 15, die Dr. Liebknecht dem Kriegsminister überreicht hat, dazu gehören.

Der **Vorsitzende** geht dann etwas näher auf den Besuch ein, den Brandt dem **v. Metzen** in Schlachtensee gemacht hat. Brandt erklärt, daß er in der dort geführten Unterredung mit Metzen erst erfahren habe, daß dieser auf Grund seiner Reise nach Italien infolge gewisser Vorkommnisse in böse Konflikte mit der Firma gekommen sei. Bei dieser Gelegenheit äußerte Herr v. Metzen auch: er habe zu seinem Prozeß sein Material so in Sicherheit gebracht, daß es niemand finden würde. v. Metzen äußerte dabei wörtlich: **„Sie wissen ja, die Firma hat oft genug geschrieben und mich aufgefordert, solche Geheimberichte zu machen."** Ich war, so bekundet Brandt weiter, über diese Aeußerungen des Herrn von Metzen ganz verwirrt, da ich ja auch gar nicht wußte, was vorgefallen war. Als ich fortging, sagte er mir noch: **ich sollte Herrn Direktor Draeger von diesem Gespräch nur ruhig Mitteilung machen.** Er wolle stets für mich eintreten, er wisse, daß ich stets ein anständiger Mensch gewesen sei und nur meine Pflicht gegen die Firma getan habe. Ich ging dann sofort zu dem Direktor Draeger und teilte ihm den Inhalt des Gesprächs mit. Dieser äußerte: **Wie kann denn v. Metzen so etwas sagen? Er kann sich doch nicht selbst belasten.** Was er getan hat, hat er aus eigenem Antriebe getan; er wird doch **dabei hoffentlich nichts Unrechtes begangen haben.** Herr Direktor Draeger erzählte mir nun, daß v. Metzen in Italien solche Sch.....ei gemacht habe, daß er entlassen werden mußte. Es handelt sich um Dinge, wie sie noch nie bei der Firma Krupp vorgekommen seien. **Vorsitzender:** Der Direktor Draeger ist dann wohl sofort nach Essen gefahren? **Angekl. Brandt:** Jawohl. Er kam dann zurück und legte mir das Schriftstück vor, welches ja hier sein muß.

Es wird das erwähnte Schriftstück von dem Vorsitzenden verlesen, welches ungefähr lautet:

„Beschluß. Herr Brandt wird erneut an seine bei Antritt der Stellung eingegangenen Verpflichtungen erinnert. Er darf bei der Erlangung der kleinen Informationen keinesfalls in einer Weise vorgehen, welche von einem redlichen Geschäftsgebaren in irgendeiner Weise abweichen. Um solche Auffassungen Außenstehender zu verhüten, sollen von jetzt ab sämtliche eingehenden Berichte des Berliner Bureaus an die Firma direkt gesandt und von dieser registriert werden. Ferner soll die Einziehung der fraglichen Auskünfte möglichst beschränkt werden. Durch die neuen Beschlüsse werden die Bezüge des Herrn Brandt nicht berührt."

Dieses Protokoll ist von dem Angeklagten Brandt unterschrieben und nach Essen zurückgesandt worden. — **Vorsitzender:** Was haben Sie nun nach diesem Direktionsbeschluß getan? **Angekl. Brandt:** **Ich habe die Sache ruhig fortgesetzt.** **Vorsitzender:** Die Berichte wurden von jetzt ab aber von Direktor Draeger selbst unterzeichnet. Jetzt wurden die Berichte auch auf gewöhnliches Kanzleipapier der Firma Krupp geschrieben und an die Firma selbst adressiert. **Vorsitzender:** Hat der Direktor Draeger nichts über die noch vorhandenen Schreibmaschinendurchschläge der früheren „Kornwalzer" gesagt? **Angekl. Brandt:** Jawohl, er sagte, **ich solle doch die Durchschläge vernichten, damit sie nicht in falsche Hände kämen.** **Vorsitzender:** Vielleicht sollten sie auch vernichtet werden, da man mit der Möglichkeit eines Strafverfahrens rechnete? **Angekl. Brandt:** Von einem Strafverfahren ist niemals die Rede gewesen. **Vorsitzender:** Was haben Sie denn nun getan? **Angekl. Brandt:** Ich habe die Papiere aus dem Geheimschrank genommen und nach Hause mitgenommen. Es war mir zu gefährlich mit den geheimen Sachen, ich konnte sie nicht im Bureau vernichten und nahm sie deshalb nach Rahnsdorf mit. **Vorsitzender** Wenn Ihnen die Sache als sehr eilig hingestellt wäre, hätten Sie dann die Dokumente sofort vernichtet? **Angeklagter:** Ja natürlich, sofort. **Vorsitzender:** Sie mußten doch also Bedenken haben, daß es sich vielleicht um nicht zulässige Sachen handelte, die in einem gerichtlichen Verfahren sehr unangenehm werden könnten. **Angeklagter:** Daran habe ich nicht im entferntesten gedacht.

Rechtsanwalt Dr. **Löwenstein** bittet die fraglichen Papiere vorzulegen, zum Beweise dafür, daß es tatsächlich auch gar nicht zu einfach war, ein so umfangreiches Aktenbündel schnell zu vernichten. Der Augenschein ergibt, daß es sich tatsächlich um ein **recht gewichtiges Aktenstück** handelt.

Vorsitzender (zu Brandt): Wissen Sie, ob sich auf die Kornwalzer hin die **Preise** in Essen geändert haben? **Angekl. Brandt:** Jawohl. Ich habe die Preise während der ganzen Zeit dauernd kontrolliert, da ich natürlich ein großes Interesse daran hatte, zu sehen, welche Früchte meine Arbeit getragen habe. Um zu wissen, was die Firma mit den Berichten macht, habe ich die früheren Preise und auch die jetzigen heruntergesetzten ständig aufgeschrieben. **Vorsitzender:** Also die Firma Krupp ist mit den Preisen stets heruntergegangen und hat sie niemals erhöht? **Angekl. Brandt:** Auf meine Berichte hin sind die Preise **stets heruntergesetzt** worden. **Vorsitzender:** Sie haben ja auch ein Beispiel angeführt. Auf eine Aufforderung des **Kriegsministeriums** hatte die Firma Krupp Achsen zum Preise von 89,50 M. angeboten, während sie die „Rheinische Metallwarenfabrik (Ehrhardt) zum Preise von 89 M. anbot. Stimmt das so? **Angekl. Brandt:** Jawohl. Nachdem ich dies in meinem Bericht mitgeteilt hatte, ging die Firma Krupp auch auf 89 M. herunter. **Vorsitzender:** Also **erhöht** sind die Preise niemals? **Angeklagter:** Nein, **niemals.** Rechtsanwalt Dr. **Löwenstein:** Haben Sie diese Ziffern nicht auch den militärischen Beamten vorgehalten, zum Beweise, daß sie kein Unrecht täten, da Krupp dadurch billiger arbeite? **Angeklagter:** Jawohl, ich habe stets gesagt, sie sollten sich selbst davon überzeugen, daß dadurch billiger geliefert werde. Außerdem war es mir bekannt, daß auch die Vertreter der anderen Firmen die Kruppschen Preise kannten und mit ihren Preisen ebenfalls heruntergingen, wenn sie erfuhren, daß Krupp ein niedrigeres Angebot gemacht hatte.

Rechtsanwalt Dr. **Löwenstein** hebt einige Momente hervor, die darauf hindeuten sollen, daß v. Metzen bis zu seiner Reise nach Italien genau von den Kornwalzern unterrichtet gewesen, nach seiner Rückkehr aus Italien aber und nach dem Ausbruch seiner Konflikte mit der Firma zuerst dem Brandt das Herz schwer gemacht und **ihm gesagt habe, daß er das doch nicht machen dürfe, da ja ein ganzes System in dieser Berichterstattung** liege. Nach Ansicht des Verteidigers habe v. Metzen ein Doppelspiel getrieben und er sei es auch gewesen, der Brandt überredet habe, in Essen vorstellig zu werden, daß ihm die Berichterstattung abgenommen werden möge.

Der **Vorsitzende** erörtert dann im einzelnen die **Gehaltsverhältnisse** und die sonstigen Bezüge des Angeklagten auf Grund seines ersten Vertrages und die Steigerung des Gehalts, sowie die Höhe der Gratifikationen usw., die er in den einzelnen Jahren erhalten hat. Als er 1906 nach Berlin versetzt wurde, behielt er sein bis dahin bezogenes Gehalt von 5200 M. und erhielt einen **Wohnungsgeldzuschuß von 300 M.** Das Gehalt steigerte sich sodann bis 1. Juli 1910 bis auf 5800 M. Dann wurde das Gehalt auf 6500 M. normiert unter Wegfall des Monatsgeldzuschusses und unter Wegfall des vertragsmäßig vorgesehenen regelmäßigen Gehaltssteigerung. Auf Grund eines mit ihm abgeschlossenen Dienstvertrages wurde ihm eine **pensionsberechtigte Funktionszulage von 3500 M.** bewilligt. Aus den Erörterungen geht hervor, daß der Angeklagte recht große Repräsentationsgelder bis dahin bezogen hatte, daß ihm in Anerkennung seiner **erfolgreichen Tätigkeit** wiederholt **große Gratifikationen** zugebilligt worden sind.

Auf eine Frage des **Vorsitzenden** erklärt Brandt, daß es ihm unmöglich sei, im einzelnen anzugeben, wieviel er für Geschenke, häusliche Repräsentation usw. ausgegeben hat. Er erwähnt u. a., daß er 1250 M. Miete zahlt, für ein besseres Dienstmädchen 800 bis 900 M. aufwandte, daß seine Kleiderrechnung etwa 500 bis 600 M. betrug. Dazu kamen die ziemlich hohen Abzüge für die Pensionskasse, die Beträge für Diebstahls- und Lebensversicherung usw. Was er für reine Geselligkeit ausgegeben, könne er nicht schätzen. Seit 1909 bewohnt er eine Villa, die er selbst erbaut habe, doch möchte er über deren Preis keine Angaben machen, da ihm dies bei einem etwaigen Verkauf schaden könnte. Er erklärt dann aber auf eine ihn beruhigende Bemerkung des Vorsitzenden, daß das Grundstück 10 000 M. und das Haus selbst 30 bis 40 000 Mark gekostet habe; eine Baufirma habe ihm seinerzeit das Geld zur Verfügung gestellt und es hypothekarisch eintragen lassen. — **Vors.:** Aus einer früheren Aussage geht doch hervor, daß Sie früher niemals mit der **Möglichkeit einer Bestrafung** gerechnet haben. — **Angekl.: Der Gedanke ist mir damals einmal gekommen** bei der Vernehmung, wo ich alles grau in grau sah und verzweifelt war. — **Vors.:** Sie haben sich auch einmal geäußert, daß Sie sich in dieser Stellung unglücklich gefühlt haben. — **Angekl.:** Ich wollte nur andeuten, daß ich zuviel Dienst hatte. — **Vors.:** Haben Sie mit dem Direktor Eccius über das Zustandekommen der Kornwalzer jemals gesprochen? — **Angekl.:** Nein, niemals. — **Vors.:** Hatten Sie vielleicht die Absicht, eine Vertreterstelle dadurch sich zu erwerben, daß Sie sich als einen Mann zeigten, der viel leisten kann? — **Angekl.:** Nein, der Gedanke war mir nicht gekommen, aber als Herr Direktor Muehlon es anregte, dachte ich mir, die Sache ließe sich vielleicht machen.

Die Verhandlung wird auf heute 9 Uhr vertagt. Heute soll Direktor Eccius vernommen werden.

Aus Industrie und Handel.

Die Steigerung der Bergarbeiterlöhne muß auch im Geschäftsbericht der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktien-Gesellschaft wieder zur Begründung für die Hochtreibung der Kohlenpreise herhalten. Aber aus den Angaben der Gesellschaft selbst ergibt sich, wie unzutreffend eine derartige Beweisführung ist. Der Geschäftsbericht berechnet, daß sich der Verwertungspreis der Kohlen gegen das Vorjahr von 12,09 auf 13,49 M. pro Tonne erhöhte. Die Steigerung betrug also hier 12 Prozent. Der Durchschnittslohn der Zechenarbeiter stieg dagegen nur von 5,02 auf 5,35 M. pro Mann und Schicht, also nur 7 Prozent. Ebenso skeptisch wie die Behauptung, daß die „mäßige" Preiserhöhung dazu gedient habe, den Bergarbeitern einen angemessenen (!) Anteil an der guten Geschäftslage des Hochkonjunkturjahres 1912 zukommen zu lassen, muß die Vertröstung hingenommen werden, daß in Zukunft die technisch und finanziell gestärkte Kohlenindustrie demnächst eher in der Lage sein wird, „Preisopfer" zu bringen. Das Festhalten des Kohlensyndikats an den hohen Preisen des Vorjahres, trotzdem die Konjunktur zurückgeht, beweist das Gegenteil. Nicht einmal zu Preisherabsetzungen für Koks hat sich das Syndikat, bei dem Deutsch-Luxemburg eine der größten Beteiligungsziffern besitzt, entschließen können, obgleich die Eisenindustrie schwer darunter leidet.

Die Berliner Elektrizitäts-Werke beschäftigen sich in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1912/13 auch mit ihrem Verhältnis zur Berliner Stadtgemeinde. Es heißt da: „Die Stadtgemeinde hat von ihrer Befugnis zur Kündigung des bestehenden Vertrages Gebrauch gemacht, indem sie uns davon Kenntnis gab, daß die Anlagen der B. E.-W. zum 1. Oktober 1915 in ihr Eigentum übergehen sollen. Diese Kündigung war zur formellen Wahrung der vertragsmäßig der Stadt eingeräumten Befugnisse erforderlich; indessen nehmen die Verhandlungen über Verlängerung des Vertrages ihren Fortgang, und man ist weiter bestrebt, eine Basis für eine Verständigung zu finden. Eine solche wäre für die Gesellschaft wertvoll, wenn ihr der Betrieb der Werke auf eine längere Reihe von Jahren zugesichert würde. Sollten die Verhandlungen an den Ansprüchen der Stadtgemeinde scheitern, so würde das der Gesellschaft für Ueberlassung der Werke zufallende belangreiche Kapital sie in die Lage setzen, ihre Tätigkeit neuen gewinnbringenden Unternehmungen zuzuwenden, die seit Jahren vorbereitet werden." Die Uebernahme der B. E.-W. durch die Stadt begegnet dadurch Schwierigkeiten, daß die B. E.-W. ihre Anlagen außerhalb des Weichbildes der Stadt stark ausgedehnt hat und finanzielle Beziehungen der B. E.-W. zu anderen Elektrizitäts-Unternehmungen bestehen. Wie der Geschäftsbericht hervorhebt, sind die B. E.-W. auf neue Unternehmungen vorbereitet. Auch diese Schritte erschweren jetzt bereits der Stadt die Uebernahme der B. E.-W. Dahin gehören u. a. die Erwerbungen von Kohlenfeldern durch die B. E.-W. im Bitterfelder Braunkohlenrevier, wohin die Kraftanlagen verlegt werden sollen. Im Geschäftsbericht heißt es darüber nur allgemein: „Um eine weitgehende Herabsetzung der Tarife in Zukunft zu ermöglichen, glauben wir, die Verlegung der Stromerzeugung an die Fundstelle des Heizmaterials vorbereiten zu müssen, und wir haben uns zu diesem Zweck Braunkohlenvorkommen in der Nähe von Bitterfeld in einem Umfang gesichert, der nicht häufig in einer Hand vereinigt war." Neben den betriebstechnischen Rücksichten war für die Erwerbung sicherlich aber auch der Wunsch maßgebend, der Stadtgemeinde den Erwerb der B. E.-W. zu erschweren.

Das abgelaufene Geschäftsjahr hat der Gesellschaft eine befriedigende Weiterentwickelung gebracht. Die Anschlüsse stiegen um 12,7 Proz., auf 255 721 Kilowattstunden. Der Bruttogewinn stellte sich auf 23,05 Millionen Mark. Nach Abzug der Betriebsunkosten, Steuern, Zinsen und Abschreibungen verblieb ein Reingewinn von 11,36 Millionen. Die Stadt erhält davon einen Anteil von 3,9 Millionen. Die Aktionäre beziehen 6,2 Millionen als Dividende, 12 Proz. auf die Stammaktien, 4½ auf die Vorzugsaktien. Die Tantieme des Aufsichtsrats mit 206 400 M. ist nur um 20 000 Mark niedriger als die Zuweisung an die Krankenkassen-, Pensions- und Wohlfahrtsfonds angesetzt. Aus dem Konto Beteiligungen geht hervor, daß die B. E.-W. Aktien der Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft, der Berliner Vororts-Elektrizitätswerke und der Sächsischen Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft besitzen.

Die Schultheiß-Brauerei A.-G. erhöht ihre Dividende von 15 auf 16 Proz. Die Abschreibungen werden auf 2,1 Millionen bemessen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Hofruhe —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

G. W. 100. Beauftragen Sie einen Sachverständigen mit der Untersuchung der Räume. Hält dieser die Räume für erheblich gesundheitsgefährdend, so können Sie ausziehen und Schadenersatz verlangen. — **Putzwasser 71.** 1. Es müssen mindestens 200 Beitragswochen geleistet sein. 2. Darüber können wir Ihnen leider keine Auskunft geben. — **A. M. 226.** Ja, sofern ein Verschulden nachweisbar ist und zwar gegen den Schuldigen. — **A. S. 222.** Als Scheinvertrag nichtig. — **A. P. 05.** 1. Der Abzug ist leider zulässig. 2. Falls wiederum Kürzung der Rente erfolgt, raten wir, wiederum Berufung einzulegen. — **E. B. S. 20.** Der Lohnabzug war unbegründet. Sie können beim Gewerbegericht Klage erheben. — **K. L. 21.** Nein. — **P. J. 100.** Reklamieren Sie bei der Kirchenbehörde. — **Traben 66.** 1. Wiederholen Sie Ihre Anfrage unter Beifügung des Vertrages. 2. Sie können vor dem 1. 12. 15 den Betrag nicht fordern. — **K. K. 7.** 1. Sie sind zahlungspflichtig. 2. Ja, sofern es sich um Schulden zur Bestreitung des Unterhalts handelt. — **K. S. 1864.** Nachfrage bei den in Betracht kommenden Ortsbehörden. Auch könnten Sie sich an die Polizeibehörde mit dem Ersuchen um Recherchen wenden. — **F. S. 1000.** Wir raten, sofort an den Anwalt zu zahlen. — **W. W. 28.** Durch Gesetz nicht geregelt. Es können aber ortspolizeiliche Vorschriften bestehen. Das Nähere erfahren Sie beim Amtsvorsteher. — **K. S. 50.** Eine Schenkung ist nicht zulässig, jedoch möglicherweise eine Adoption. Ob die gesetzlichen Erfordernisse vorliegen, läßt Ihr Schreiben nicht erkennen. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **Kurt 6.** Dagegen wird sich kaum etwas tun lassen. Versuchen Sie es mit einer Rücksprache mit dem Rektor. — **U. 32.** In beiden Fällen ist der Betrag, der 28,85 M. in der Woche übersteigt, beschlagnahmefähig, und zwar auf Grund des Lohnbeschlagnahmegesetzes in Verbindung mit § 850 der Zivilprozeßordnung. — **A. H. 178.** Den Taufschein Ihres Vaters. — **P. L. 32.** Auch unseres Erachtens liegt eine strafbare Handlung vor. Außerdem ist der Verwalter schadenersatzpflichtig. — **Ou. No. 129.** Der Ausgang des Prozesses ist recht zweifelhaft. Wir raten ab, sich auf den Prozeß einzulassen. — **M. K. 100.** 1. Bund für Mutterschutz, Wilmersdorf, Sigmaringenstr. 25. 2. Deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kinderschutz, Charlottenburg, Dahlmannstr. 25. Beides sind private Institute und unterhalten Auskunftsstellen, die sich über Berlin und Umgegend erstrecken. — **W. M. 1913.** Das ist nur möglich, wenn Sie für volljährig erklärt werden. Ein dahingehender Antrag ist bei dem Amtsgericht Berlin-Mitte, Vormundschaftsabteilung, zu stellen. — **R. W. 56.** Den Durchgang durch Ihren Korridor müssen Sie nach wie vor dulden. Ein Recht zur Lösung des Vertrages steht Ihnen nicht zu. Kupplei kommt für Sie unter den geschilderten Umständen nicht in Frage. — **G. R.** Die Fragestellung ist unverständlich. — **K. 1.** 1. Nein. 2. Frau ¹/₄, Kinder ³/₄. — **R. P. 46.** 1. und 3. Ja. 2. 10 Monate. 4. An das Amtsgericht. — **E. H. Brin.** 1. Nein. 3. Ja. **A. S. 20—000.** Ein Erbrecht des unehelichen Kindes besteht nicht, und zwar auch dann nicht, wenn das Kind vor dem 1. Januar 1900 geboren ist. — **H. L. 43.** 1. Nein. 2. Ja. 3. und 4. Eine besondere Klage ist nicht erforderlich. Sie müssen unter Ueberreichung der Belege beim Amtsgericht die Festsetzung der Kosten und Erteilung einer mit Vollstreckungsklausel versehenen Ausfertigung des Kostenfestsetzungsbeschlusses beantragen. Aus diesem Beschluß können Sie alsdann Zwangsvollstreckung veranlassen. — **A. B. C. 211.** 1. Gefängnisstrafe von einigen Wochen wäre zu erwarten, falls die Straftat nachgewiesen werden kann. 2. Nein, in 5 Jahren. Jede richterliche Handlung unterbricht jedoch die Verjährung. 3. Das wäre möglich. — **Streitfrage 073.** Nein. — **Schule.** Unseres Erachtens Nein. Machen Sie dem Präsidium Mitteilung, daß Sie nur an Erwachsene unterrichten. — **A. B. 300.** 1. Ja, solange die Zahlung nicht erfolgt ist. 2. Wenn die Möbel vollständig abgezahlt sind, können Sie die beiden Gegenstände dem Bruder übereignen. — **19. P. K.** Etwa 25 M. monatlich. —

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.